Antifaschistisches Blatt
info
Nr. 115 | Sommer 2017 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

Stop TTIP

Patriotische Europäer gegen die Amerikanisierung der Welt

DER RECHTE BLICK NACH RUSSLAND

www.antifainfoblatt.de



6

Foto: Tim Wagner

DER RECHTE BLICK NACH RUSSLAND
Die extreme Rechte in Europa schaut auf Russland. Ihr Blick nach Osten ist getragen von Putin-Bewunderung und der Faszination eines autoritären Staates. Doch auch Russland sucht die Nähe zur europäischen Rechten.



24

Screenshot Facebook

MOMENTAUFNAHME IM RECHTEN KONZERT-GESCHEHEN

RechtsRock und dessen Darbietung auf Konzerten, Kundgebungen oder Liederabenden erlebt seit 2015 einen Boom, den wir so zuletzt im Jahr 2010 wahrnehmen konnten. Die Szene kann dabei auf lang bestehende Orte zurückgreifen, eignet sich aber auch vermehrt Lokalitäten in Sachsen und in Thüringen an.



50

EIN PLÄDOYER FÜR DIE F*ANTIFA

Anfang der 1990er Jahre gründeten sich in mehreren Städten gut vernetzte, feministische Antifa-Gruppen. Um die Jahrtausendwende geriet die Antifa insgesamt in eine zunehmend marginalisierte Position, und auch viele F*antifagruppen lösten sich auf, das letzte deutschlandweite Treffen fand 1999 statt. Seit einigen Jahren ist eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten.



60

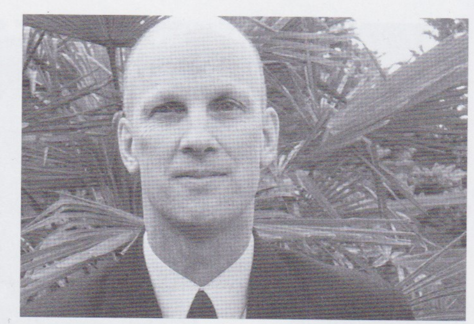
NEONAZI-MORDSERIE AUFGEDECKT?

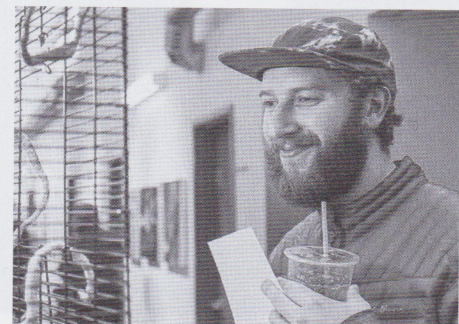
In Frankreich sind extrem rechte Skinheads weder zahlreich noch organisiert, aber sie sind in den letzten Jahren für mehrere Angriffe verantwortlich, von denen einige tödlich endeten. So sind gerade drei neonazistische Skinheads aus Nordfrankreich angeklagt, im Jahre 2011 den Gitarristen der Punk-Band Ashtones Hervé Rybarczyk ermordet zu haben.

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Noch vor wenigen Jahrzehnten galt Russland bzw. die Sowjetunion (SU) der europäischen extremen Rechten als ein wichtiger Gegner. Hinsichtlich einzelner Aspekte — vor allem mit Blick auf die Rolle der SU bei der Befreiung vom Nationalsozialismus — gilt dies bis heute. Doch spätestens seit dem Ukraine-Konflikt ist offensichtlich, dass aus den alten Feinden vielfach neue Freunde geworden sind. Die NPD hat den Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen schon seit längerem im Parteiprogramm verankert und bemüht sich um die sogenannten Russlanddeutschen. Aber auch die neuen Akteure des extrem rechten Spektrums wenden sich gen Osten. So reisten Vertreter der AfD gemeinsam mit dem Chefredakteur des extrem rechten Magazins „Zuerst!" als „Wahlbeobachter" zunächst in die Ostukraine und nun in die umkämpfte Republik Nagorny Karabach. Unter Einladung der sächsischen AfD-Fraktion traf sich das gleiche Spektrum kürzlich im sächsischen Freiberg mit VertreterInnen der FPÖ, des Vlaams Belang sowie russischen Think Tanks und einem Abgeordneten der Duma zu einem „Russland-Anti-Sanktionsgipfel" (Zum Verhältnis der AfD und Russland S.12). Doch die Kooperationen gehen über gemeinsame Treffen weit hinaus. So hat der Front National zur Finanzierung seiner Wahlkämpfe Kredite aus Russland erhalten (S.10). Allerdings ist nicht die gesamte extreme Rechte auf ein Bündnis mit Russland ausgerichtet. Teile des neonazistischen Spektrums solidarisieren sich mit den „Waffenbrüdern" des in der Ostukraine kämpfenden „Asow"-Regiments, dem sich auch etliche Neonazis aus dem Westen angeschlossen haben (S.16).

Am 26. Mai 2017 wurden in Portland/Oregon drei Männer bei einem Messerangriff schwer verletzt, als sie sich schützend vor eine Gruppe stellten, die von dem Täter









in der Metro rassistisch beschimpft worden war. Der 53 Jahre alte Rick „Ricky" John Best und der 23 Jahre alte Taliesin Myrddin Namkai-Meche erlagen ihren Verletzungen. Ebenfalls Ende Mai ereignete sich ein vermutlich rassistisch motivierter Mord in Chomutov, Tschechien. Der getötete 34-jährige Rom war am frühen Morgen auf der Straße in Streit mit einem Bekannten geraten, als ein unbeteiligter Anwohner aus seinem Haus kam und unter antiziganistischen Rufen das Feuer eröffnete. Bereits am 20. März wurde der 66-jährige

Von oben nach unten:
Rick John Best, Taliesin Myrddin Namkai-Meche, Timothy Caughman (li.) und Richard Collins

Timothy Caughman in Manhattan, New York von einem Rassisten erstochen. Der Täter gab gegenüber der Polizei an, er sei von Maryland nach New York gereist, um schwarze Männer zu töten. In der Nacht auf den 10. Mai warf ein bisher Unbekannter einen Molotow-Cocktail auf den Wohnwagen einer Roma-Familie in Rom. Die drei Schwestern Angelica, Elisabeth und Francesca Halilovic starben in dem brennenden Wagen. Am Tag nach dem tödlichen Anschlag protestierten Anwohner_innen gegen Rassismus und übermittelten der Familie der getöteten Mädchen Blumen und Beileidsbekundungen. Am frühen Morgen des 20. Mai stand der 22-jährige Student Richard Collins mit Freunden an einer Bushaltestelle nahe der Universität Maryland (USA), als ein weißer Student unvermittelt auf ihn zu trat und ihn mit einem Messerstich in den Hals tödlich verletzte. Der Täter hatte sich in sozialen Medien rassistisch geäußert. •



Ein Freund und politischer Mitstreiter ist von uns gegangen. Für diejenigen, die er in sein Herz geschlossen hatte, war er da.

Wir trauern um

Peter Rösch „Blase"

Wir werden dich und dein grundlegendes Misstrauen gegen jegliche Form von Herrschaft und Heilslehren in Erinnerung behalten.

„Keine Macht für Niemand" war lebenslang dein Wahlspruch — er wird auch der unsere sein.

Einzelpersonen des Vereins und des Kollektivs Schreinerstaße 47

Angriff auf Jugendliche am 1. Mai 2017 in Halle



Foto: Presseservice Rathenow

Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Neonaziaufmarsch gewaltbereiter Kameradschaften in Halle am 1. Mai 2017 kam es zu wiederholten Angriffen und Ausbruchsversuchen der offensichtlich stark frustrierten TeilnehmerInnen. Der von der Neonazipartei „Die Rechte" um Christian Worch angemeldete Aufmarsch konnte aufgrund massiver Gegenproteste nicht durchgeführt werden und wurde nach zwei Stunden beendet. Schon während des Aufmarschversuchs zeigte sich eine Gruppe, die mit dem Wort „Aryans" beschriftete Pullover trug, extrem aggressiv und suchte die körperliche Auseinandersetzung mit Gegendemonstrant_innen.

Als zwei Autos mit Neonazis an vermeintlichen Gegendemonstrant_innen vorbei fuhren, flogen erst Flaschen und Böller, dann wurde Reizgas aus den Autos versprüht. Beim vorderen Auto wurde die Tür aufgerissen und ein Neonazi stürmte bewaffnet mit einem Schlagstock auf eine Gruppe Jugendlicher zu. Weitere Neonazis aus beiden Autos folgten und schlugen gezielt auf die Köpfe der Jugendlichen ein. Später wurde bekannt, dass die Polizei wegen versuchtem Totschlag ermittelt, mittlerweile — laut Presse — „nur" noch wegen schwerer Körperverletzung.

Die TäterInnen erschienen in Halle überwiegend in einheitlichen Pullovern mit der Aufschrift „Aryans". Erstmals öffentlich in Erscheinung trat die Gruppe unter diesem Label bei einem Aufmarsch am 18. März 2017 in Leipzig. Die „Aryans" weisen große Überschneidungen mit der „Division Braune Wölfe" auf. Die Gruppierung ist mit beiden Labels bundesweit auf Neonaziaufmärschen präsent, oftmals auch mit eigenem Transparent. Auf der Facebookseite der „Aryans" werden rassistische und gewaltverherrlichende Parolen verbreitet.

Unter dem Label „Division Braune Wölfe" (DBW) / „Aryans" hat sich ein organisierter, überregionaler Zusammenhang gebildet, dessen Klientel neben dem Großraum NRW und dem Rhein-Main-Gebiet auch aus Bayern, Rheinland-Pfalz und Thüringen stammt. Gute Verbindungen bestehen zu Neonazibands, Labels und Shops. So trug Kevin Link — Mitglied der RechtsRock Band „Randgruppe Deutsch" — bei einem Auftritt auf dem Eichsfeldtag in Thüringen einen Pullover der „Aryans".

Das Vice-Magazin titelte in einem Bericht über die „DBW" treffend: „Die 90er haben angerufen und wollen ihre Neonazis zurück". Springerstiefel, Bomberjacken, verblichene Tattoos von SS-Totenköpfen, dazu laut, aggressiv und in der Sprache sexistisch, homophob, antisemitisch und rassistisch. Das Auftreten der Gruppe ist unter propagandistischen Gesichtspunkten eine Katastrophe. Anschluss an die bürgerliche Mitte oder Jugendliche ist jedoch auch nicht Sinn und Zweck, viel mehr geht es um Subkultur, Abgrenzung und das Verbreiten von Angst beim politischen Gegner.

Die Vorgeschichte des Zusammenhangs ist sehr überschaubar. Meist sind die beteiligten Personen regional aktiv und durch gewalttätiges Auftreten aufgefallen. Mit Aufkommen der „DBW" kam es auch zu den ersten Aufmarschteilnahmen. Etwas aus dem Bild fällt Nadine Hofmann. Sie ist in Bayern eine bekannte Neonazi-Aktivistin. 2015 wurde sie zur stellvertretenden Landesvorsitzenden in den Vorstand der Partei „Die Rechte" gewählt. Vorher war sie bereits Vorsitzende des Kreisverbands



Foto: linksunten.indymedia.org CC-BY-NC-SA 2.0 DE

Der Neonazi Carsten M. aus Gelnhausen stürmt bewaffnet aus seinem Auto.

Bamberg. Im März 2016 wurde ihr, wie auch ihrem Mann Patrick Hofmann-Kraus, die Verbotsverfügung für die „Weisse Wölfe Terrorcrew" (WWT) zugestellt. Hofmann-Kraus war Sektionsleiter der „WWT", Nadine Hofmann Mitglied. (Siehe AIB Nr. 111)

Große Teile der Gruppe agieren gewalttätig, ohne mögliche Konsequenzen in Betracht zu ziehen. Dazu passt die aktionistische Ausrichtung der Gruppe, die zuletzt bundesweit auf verschiedenen Aufmärschen zugegen war. Langjährige Gewalterfahrungen und ein Männlichkeitsbild, das durch martialische Inszenierungen geprägt ist, bergen ein erhebliches Gefahrenpotential. Egal ob „Aryans" oder „Division Braune Wölfe", das Ziel scheint einzig die Konfrontation zu sein. Ob der Angriff am 1. Mai in Halle ein juristisches Nachspiel haben wird, bleibt abzuwarten. •

Angriff auf DGB-Kundgebung am 1. Mai 2015

Erste Verfahren wurden eingestellt



Am 1. Mai 2015 griffen in Weimar rund 50 Neonazis eine Kundgebung des DGB mit 200 Teilnehmer_innen an. Die Angreifer aus Brandenburg, Hessen, Sachsen und Thüringen stürmten den Platz der Versammlung, riefen neonazistische Parolen und bedrängten etliche Gewerkschafter_innen. Drei Personen wurden bei dem Angriff verletzt, unter anderem durch gezielte Schläge mit einer Fahnenstange. Dem SPD-Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider wurde das Mikrofon entrissen, um über die Lautsprecheranlage Parolen zu brüllen. Auch der Weimarer Oberbürgermeister Stefan Wolf (SPD) wurde attackiert. Ein Teilnehmer der Versammlung sprach später von einem „Rollkommando", das ihn an die SA-Sturmtruppen erinnerte. Carsten Schneider schilderte: „Mit einem Holzschild haben sie einen von uns in den Bauch gestoßen", ein „sechzigjähriger Kollege" sei „in den Schwitzkasten genommen" worden.

Bereits am Tag zuvor war auf dem Facebook-Account der Jungen Nationaldemokraten (JN) dazu aufgerufen worden, es den „Arbeitsverrätern" zu zeigen. Als mögliches Ziel wurde unter anderem die Gewerkschaftskundgebung in Weimar benannt. Augenzeugen berichteten später, der Angriff sei gezielt und außerdem gut organisiert gewesen. Dafür sprechen auch die Plakate, auf denen u.a. „DGB = Arbeiterverräter" zu lesen war. Außerdem trugen die Angreifer Fahnen mit dem Logo der JN und verteilten auch Flyer mit Bezug zur Jugendorganisation der NPD.

Die Thüringer Polizei war lediglich mit einem Streifenwagen vor Ort. Erst nach Eintreffen zusätzlicher Polizeikräfte konnten bis zu 27 mutmaßliche Angreifer unweit der Kundgebung festgenommen werden. 16 der Festgenommenen stammten aus Sachsen, acht aus Brandenburg, zwei aus Hessen und einer aus Thüringen. Die 22 Männer und fünf Frauen im Alter von 18 bis 35 Jahren kamen nach einer Identitätsfeststellung wieder auf freien Fuß. Im Anschluss wurde wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung ermittelt.

Nach zwei Jahren mussten sich nun die ersten sechs Neonazis vor dem Amtsgericht Weimar verantworten. Da die Angeklagten zum Tatzeitpunkt noch minderjährig waren, fand das Verfahren vor einem Jugendstrafrichter statt. Das Verfahren gegen die mutmaßlichen Täter Hannes K. (Leipzig), Markus Richard Sch. (Bautzen), Sirko Rüdiger B. (Bautzen), Lucas Martin H. (Leipzig) und Florian Sch. (Darmstadt) wurde jedoch gegen die Zahlung einer Geldauflage in Höhe von 350 bis 650 Euro eingestellt. Weitere 100 Euro muss jeder Beschuldigte außerdem an einen der Nebenkläger entrichten, der durch Faustschläge am Kopf verletzt wurde. Auf die Einstellung des Verfahrens hatten sich die Verteidiger und der Staatsanwalt in einem Rechtsgespräch mit dem Richter geeinigt. Das Verfahren gegen den Angeklagten Patrick N. aus Zossen (Brandenburg) wurde abgetrennt, da er nicht zum Prozess erschienen war.

Die Verfahren gegen die erwachsenen Neonazis sind noch immer in der Schwebe. Die von der Staatsanwaltschaft Weimar gestellten Strafanträge wurden durch das Amtsgericht Weimar kassiert. Die Staatsanwaltschaft hat derweil gegen den Entschluss Beschwerde eingelegt. Die Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke Martina Renner kritisierte dieses Verfahrensergebnis. Dass bei einer Tat, „die darauf angelegt war, Parallelen zum 1. Mai 1933 zu ziehen", der politische Hintergrund keine Rolle spielt, geschweige denn ermittelt wurde, wer organisatorisch für den Angriff verantwortlich war, sei „absolut unverständlich" und ein „fatales Signal".

TITEL

Das von Wunschdenken getragene Deutschlandbild in Russland war lange Zeit überaus positiv geprägt. Damit ist es vorbei. Unter der derzeitigen Regierung scheint Westeuropa kein geistesverwandter und verlässlicher Partner mehr für Russland zu sein. Während russische Eliten ihre Kooperation mit der westeuropäischen extremen Rechten ausbauen, betreiben russische Neonazis den Aufbau neuer Strukturen.

Wer sich selbst am nächsten steht, findet rechte Freunde

UTE WEINMANN

Seit Herbst 2015 kommt kaum ein in Russland geführtes Gespräch über die Zustände in Deutschland am Thema Flüchtlinge vorbei. Während russische Medien nur in Ausnahmefällen von Gewalttaten gegenüber Flüchtlingen in Deutschland berichten, schüren sie umso regelmäßiger weit verbreitete Ressentiments gegenüber vorzüglich muslimischen Männern als Gefahrenquelle. Bedroht seien demnach nicht nur Recht und Ordnung, sondern die westliche Zivilisation als Ganzes. Es herrscht in der russischen Bevölkerung sicherlich kein Konsens, doch Verständnis für die als viel zu liberal aufgefasste deutsche Asylpolitik, deren restriktive Seite meist völlig unter den Tisch fällt, äußert nur eine kleine Minderheit.

Diese Einstellung demonstriert anschaulich, welche ideelle Kluft sich mittlerweile auftut und den imaginierten Westen in den Augen vieler russischer Bürger_innen zunehmend fremd erscheinen lässt. Europa diente lange Zeit als Projektionsfläche für eigene Sehnsüchte nach einem krisenfesten, bescheidenen Wohlstand, von dem sich allein aus Kostengründen jedoch nur eine kleine Minderheit der russischen Bevölkerung einen realistischen Eindruck vor Ort verschaffen konnte. Von Wunschdenken getragen war insbesondere das Deutschlandbild lange Zeit überaus positiv geprägt. Damit ist es vorbei. Unter den derzeitigen Regierungen scheint Westeuropa kein geistesverwandter und verlässlicher Partner mehr für Russland zu sein, Deutschland bildet dabei keine Ausnahme. In aller Deutlichkeit kam diese Erkenntnis nach der Annexion der Krim im Frühjahr 2014 zum Tragen. Indem der Westen völkerrechtliche Verstöße durch den russischen Staat nicht hinnehmen wollte, entstanden handfeste Differenzen mit weitreichenden Konsequenzen.

Neurussischer Patriotismus

Trotz, oder gerade wegen der mit den Sanktionen verbundenen, wirtschaftlichen Einbußen wusste die russische Führung die angespannten internationalen Beziehungen mit dem Ziel der eigenen Herrschaftssicherung durchaus für sich zu nutzen. Schließlich, so der offizielle Kanon, habe sich Russland keinerlei Schuld vorzuwerfen. Die Verantwortung für eine rechtliche Anerkennung scheinbar naturgegebener Umstände, nämlich die Zugehörigkeit der Krim zu Russland, liege demnach einzig und allein bei den sich der Logik des Kremls widersetzenden westlichen Staaten. Wenngleich das Narrativ vom feindlichen Ausland in Russland gelegentlich auch mit humoristischer Komponente anzutreffen ist, ist es den zahlreichen staatsnahen Verfechtern eines neurussischen Patriotismus mit ihrer Intention doch bitter ernst.

Beispielhaft sei hier die Jugendorganisation des Veteranenverbandes „Kampfbrüderschaft", „Gesunde Nation", angeführt, die auf Staatskosten patriotische Bildungsarbeit in Verbindung mit körperlicher Ertüchtigung in eigens dafür eingerichteten Kampfsportclubs betreibt. Etwa 1.500 Mitglieder sollen der „Gesunden Nation" angehören, hinzu kommen bis zu 10.000 Sympathisant_innen. Ein Teil davon befindet sich in der Lugansker „Volksrepublik", wo sich ein Ableger des Vereins mit dem Namen „Volksarmee des Donbass", kurz NADO, etabliert hat. Die NADO betreibt dort mehrere Kampfsportklubs, in denen Jugendliche kostenlosen Unterricht erhalten und durch patriotische Erziehungsmethoden auf einen „Dienst für das Volk" vorbereitet werden. In der Selbstdarstellung der „Gesunden Nation" geben die Autor_innen zu, dass heikle Themen wie Korruption im Staatsapparat oder die Schere zwischen Arm und Reich durchaus zum russischen Alltag gehören. „Aber wir rufen



Foto: Screenshot Youtube

Tadschikische Friedhofsarbeiter setzen sich in Chowansk gegen die Kampfsportler der „Zdorovaya natsiya", dt. „Gesunde Nation" zur Wehr ".

dazu auf, zum jetzigen Zeitpunkt nichts dagegen zu unternehmen, wo doch der Feind an der Grenze zu unserer Heimat steht und feindliche Agenten bereits auf dem Hoheitsgebiet unseres Landes junge Leute anwerben. Lasst euch nicht provozieren! Die prowestliche, genauer gesagt amerikanische Ideologie hält nichts außer Chaos, Tod und Zerstörung bereit." In Moskau hatten sich die für einen imperialen Nationalismus einstehenden Kampfsportler im Frühjahr 2016 einen Namen gemacht. Zur gewaltsamen Umverteilung der Profite auf dem Chowansker Friedhof, dem größten Europas, rückten sie als bewaffneter Hilfstrupp an. Bei der folgenden Auseinandersetzung mit tadschikischen Friedhofsarbeitern, die sich heftig zur Wehr gesetzt hatten, gab es Dutzende Verletzte. Drei Männer aus Tadschikistan kamen ums Leben. Die Schläger von der „Gesunden Nation" waren von einem der Friedhofsleiter angeheuert worden, um die Tadschiken, die gegen Bargeld auf dem Friedhof diverse Arbeiten verrichteten, zu verdrängen.

Es geht der russischen Führung jedoch nicht allein um Machtsicherung im Inneren. Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zwangsläufig zu einer Schwächung der Russischen Föderation als deren Rechtsnachfolgerin, die formal immerhin einige Attribute einer Supermacht wie ein Atomwaffenarsenal oder die ständige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat beibehält. Aber damit allein ist es nicht getan, um Russland als Global Player zu etablieren. Präsident Wladimir Putin benötigte fast zwei Amtszeiten, bis er mit dem Konzept der „russischen Welt" eine passende ideologische Vorlage erhielt. Damit lässt sich ein geographisch nicht genau umfasstes Gebiet als legitime Einflusssphäre Russlands umschreiben. Ein ethnisch definierter russischer Nationalismus würde einem Land nicht gerecht werden, in dem Russen mit etwa 80 Prozent der Bevölkerung zwar die überwiegende Mehrheit bilden, wo jedoch auch über fünf Millionen Tataren leben und landesweit ethnische Minderheiten vertreten sind. Stattdessen bedient sich die „russische Welt", neben der sprachlichen Komponente als Voraussetzung für eine gemeinsame Kommunikation, aus einem Sammelsurium positiver ethisch-moralischer Zuschreibungen. Diese basieren auf konstruierten historischen Traditionen, die einst zur Entstehung einer russischen Großmacht beigetragen haben. Dazu gehören Opferbereitschaft, die Unterwerfung unter das Kollektiv und ein sehr dehnbarer Gerechtigkeitsbegriff.

(Extrem) rechte Freunde der russischen Elite

Lange vor den Ereignissen auf der Krim machte sich die russische Elite daran, das neue Konzept mit Leben zu füllen. Dessen Affinität zu rechten Denkweisen liegt auf der Hand und auch Kontakte zur europäischen Rechten bestehen in russischen Führungskreisen bereits seit geraumer Zeit. Die politische Notwendigkeit, verlässliche Partnerschaften im rechten Spektrum zu etablieren und auszubauen, entstand jedoch erst mit der Krim-Annexion. Aus der Führungsriege der EU hagelte es Kritik, es folgten Sanktionen gegen Russland. Für die Halbinsel Krim gelten gesonderte Einschränkungen, die nach wie vor von der EU ohne große Debatten jährlich verlängert werden. Europäische Rechtspopulisten bis hin zu rechtsextremen Parteien wie der griechischen Chrysi Avgi, der ungarischen Jobbik, dem belgischen Vlaams Belang, der bulgarischen Ataka und der italienischen

Foto: Screenshot Youtube



Der regierungsnahe Kampfsportbund „Zdorovaya Natsiya“, dt. „Gesunde Nation“ auf einer Demonstration.

Lega Nord waren 2014 zur Wahlbeobachtung anlässlich des Referendums auf die Krim geladen, auf dessen Grundlage die Annexion juristisch sauber über die Bühne gehen sollte. Davon konnte unter den gegebenen Bedingungen zwar keine Rede sein, dafür gab es aus dem rechten Lager die einkalkulierte Zustimmung und im Weiteren einen festen Kreis politischer Handlanger in der EU für die russische Sache. Die Zusammenarbeit geht allerdings weit über Sympathiebekundungen hinaus. So unterzeichneten die Partei „Einiges Russland“ und die österreichische FPÖ im Dezember 2016 ein Abkommen über einen Informationsaustausch und gemeinsame Beratungen über eine Laufzeit von fünf Jahren.

Eine gesonderte Stellung unter den Freund_innen der russischen Elite in Europa nimmt der französische Front National ein. Als eines der wirtschaftlich stärksten EU-Länder stellt Frankreich für Russland einen wichtigen Bezugspunkt dar, umso mehr mit einem starken FN. Dessen politisches Gewicht reichte bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen zwar nicht für einen Sieg Le Pens, dennoch bleibt die Partei als politisch relevante Kraft für den Kreml attraktiv. Einen Monat vor den Wahlen reiste Le Pen auf Einladung der Duma zu einer Stippvisite nach Moskau und sei, so verlautbarte es das russische Staatsfernsehen, auch in Zukunft in Russland ein gern gesehener Gast, egal in welcher Eigenschaft. Während sich Putin auf dem Treffen betont neutral gab, äußerte Dumasprecher Wjatscheslaw Wolodin konkrete Erwartungen an Le Pen. Sie solle Russlands Position in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vertreten, da deren Abgeordneten 2014 das Stimmrecht entzogen worden war.

Als anrüchig gilt die Kooperation mit der europäische Rechten in der russischen Bevölkerung keineswegs, zumal diese angesichts der immer wieder kolportierten Abwendung Europas von Russland nur Vorteile verspricht. Darüber hinaus existieren in der negativen Haltung gegenüber Migrant_innen relevante inhaltliche Überschneidungen. Dies sichert den nötigen Rückhalt in der Bevölkerung für rechte Allianzen. Russlands Führung ist zudem bemüht, sich rhetorisch und durch die pompöse, alljährliche Zelebrierung des Sieges über Nazideutschland am 9. Mai einen antifaschistischen Anstrich zu verpassen. Das hindert sie jedoch nicht daran, über kremlnahe Strukturen wie der rechtsextremen Partei „Rodina“ (Heimat) Treffen mit exponierten Figuren der europäischen Rechten zu organisieren. Bei derartigen Großveranstaltungen, wie zuletzt in St. Petersburg im Jahr 2015, blieb die hochrangige Politprominenz dem Geschehen allerdings fern.

Politische Flexibilität als Programm

Wladimir Putin gibt sich den Anschein, als agiere er jenseits ideologischer Präferenzen, die die politische Manövrierfähigkeit einschränken könnten. Dies schließt jedoch keineswegs aus, dass sich in Führungskreisen Anhänger stramm rechter Weltanschauungen ausleben dürfen. Flexibilität ist Programm, bei Bedarf lässt sich der Kurs leicht korrigieren. Bei der Wahl nützlicher Handlanger in Europa dominie-

ren indes pragmatische Überlegungen. So käme auch die deutsche Linkspartei in Frage, diese Rolle zu erfüllen, aus deren Reihen regelmäßig Kritik an den EU-Sanktionen ertönt. An den FN reicht sie in ihrer Attraktivität indes nicht einmal im Ansatz heran. Selbst wenn die Linkspartei auf Bundesebene einmal in Regierungsverantwortung käme, dann wohl nur in einer Koalition mit der SPD und den Grünen beides keine akzeptablen Alternativen. Außerdem sieht sich die russische Führung aufgrund drastischer Haushaltskürzungen mit sozialen Protesten konfrontiert und dürfte an einer Stärkung linker Inhalte, die die Linkspartei schließlich auch zu bieten hat, wenig Interesse hegen. So handzahm sich die Kommunistische Partei KPRF im eigenen Land auch verhält, stellt sie aufgrund ihres vergleichsweise hohen Organisationsgrades und finanzieller Ressourcen doch hypothetisch eine Bedrohung dar. Insofern sind Experimente im linken Lager mit deutlich mehr Risiken verbunden als die pragmatische Nutzbarmachung rechter Strukturen.

So hochbrisant die systematische Annäherung an die europäische Rechte auch ist, sie bildet nur einen Teil der internationalen Einflussnahme Russlands ab. Die gigantische Kapitalausfuhr, die über fragwürdige Offshore-Kanäle zwar teils auch zu Reinvestitionen geführt hat, weitgehend jedoch in den Erwerb von Geschäftsanteilen im Westen, Immobilien und zahlreicher Luxusobjekte geflossen war, schuf europaweit eine nicht zu unterschätzende Anzahl an Profiteuren des Ölrubels. Selbst im Falle ideologischer Differenzen zur Politik des Kremls dürfte deren Loyalität nur schwer zu durchbrechen sein. Wer zahlt, bestimmt wo es lang geht.

Extreme Rechte am Aufbau neuer Strukturen

Vor diesem Hintergrund tut sich die russische extreme Rechte enorm schwer, aus dem allgemeinen Rechtstrend Profit zu schlagen und sich als politisch eigenständige Kraft zu profilieren. Die autoritären Herrschaftspraktiken des Kreml stützen sich auf weit verbreitete rechtskonservative Denkmuster im gesamten Staatsapparat und der Verwaltung. Die Folgen sind weitreichend, wenn sich beispielsweise Gutachter finden, die AIDS-Prävention in Schulen als Zersetzung moralischer Werte von Schüler_innen bewerten, was dann als Grundlage, wie jüngst in Tscheljabinsk, für ein Verbot durch die zuständige Behörde dient. Dabei hat Russland nach Einschätzung der UNO angesichts einer steigenden Zahl an Infizierungen mit einer regelrechten Epidemie zu kämpfen.

Faktisch behält sich der Staat die Kontrollhoheit vor, im Falle des repressiven Vorgehens gegen die extreme Rechte geht es jedoch schlichtweg um das Ausschalten unerwünschter Konkurrenz. Nur wenige Führungsfiguren der russischen Rechten, die einst mit dem ukrainischen Maidan sympathisierten, sahen sich nicht mit Haftstrafen konfrontiert. Ende April wurde selbst Dmitrij Djomuschkin, der auf eine langjährige Karriere in der Neonaziszene zurückblicken kann und für deren Vernetzung eine zentrale Rolle spielte, wegen Volksverhetzung zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Dennoch arbeitet die rechte Szene am Aufbau neuer Strukturen. Anhänger des „russischen Frühlings" gründeten Anfang 2016 mit dem „Komitee 25. Januar" ein prominent besetztes Netzwerk, dem neben Jegor Proswirnin vom Internetportal „Sputnik und Pogrom" und dem nationalistischen Propagandafachmann Maxim Kalaschnikow auch der „Held vom Donbass", Igor Strelkow sowie anfangs sogar der Nationalbolschewist Eduard Limonow angehörten. Ganz in militärischer Tradition wandelte Strelkow, dem noch aus der Zeit des Bosnienkrieges Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, den losen Zusammenhang in die straff unter seiner Leitung organisierte „Allrussische nationale Bewegung" um. Doch das öffentliche Interesse an dessen Inszenierung als vermeintlich „dritte Kraft" hielt sich nicht zuletzt deshalb in Grenzen, weil das Thema Donbass sein Mobilisierungspotenzial längst eingebüßt hat. Der Konflikt im Osten der Ukraine hat sich so festgefahren, dass in absehbarer Zeit nicht mit wesentlichen Änderungen zu rechnen ist, und schon gar nicht mit einem Triumph für Russland. Die Kriegshelden von einst sind entweder tot oder im Machtgefüge der „Volksrepubliken" aufgegangen, das kaum mehr Aufstiegschancen verspricht. Auch andere Gruppierungen aus dem Flügel versuchten sich erfolglos mit einem Neuanfang, etwa die Vereinigung „Schlacht für den Donbass", an der u.a. Jewgenij Waljajew beteiligt war. Waljajew war seinerzeit Pressesprecher von Russkij Obraz, dessen Ableger, die „Kampforganisation russischer Nationalisten" BORN für zahlreiche Morde verantwortlich ist.

Es gab in der Rechten allerdings auch Versuche, die nach wie vor die Szene prägende Spaltung entlang der Frage pro oder contra Donbass zu überwinden. Paradoxerweise gelang es im vergangenen Jahr ausgerechnet jenen russischen Nationalisten Fuß zu fassen, die sich konsequent gegen das Projekt „Noworossija" ausgesprochen hatten und aus diesem Grund von Repressionen weitaus mehr betroffen waren als deren Befürworter. Dieser Teil der russischen Rechten verspricht sich durch einen Machtwechsel im Kreml mehr Handlungsfreiheit. Bereits 2012 kooperierten die „Nationaldemokraten" bei den Massenprotesten gegen unfaire Wahlen mit der liberalen Opposition. Dabei handelt es sich im Kern um den Kreis der Veranstalter des sogenannten „Russischen Marsches", auf dem sich alljährlich am 4. November die extreme Rechte bis hin zur Neonaziszene präsentiert. Die rechtsliberale Partei „Parnas" platzierte den Nationalisten Wjatscheslaw Maltsew aus Saratow an zweiter Stelle ihrer Kandidaten für die Dumawahlen 2016. Auch wenn Parnas keine Mandate erringen konnte, eröffneten sich mit Maltsew Optionen, ein neues Publikum anzusprechen. Mit einer Neuauflage der Kooperation zwischen Liberalen, Bürgeraktivist_innen und der extremen Rechten tritt der Zusammenschluss „Neue Opposition" derzeit bei allen möglichen Anlässen in Erscheinung. Selbst wer dem rechten Kurs der russischen Führung kritisch gegenüber steht, findet sich nun womöglich in einer Reihe wieder mit jenen, die es eigentlich zu bekämpfen gilt. •

TITEL

Russische Wahlkampfhilfe für den Front National

BERNARD SCHMID

Aller schlechten Dinge sind drei: Es waren drei ausländische Staatsoberhäupter, die im französischen Wahlkampf 2017 der Chefin und Präsidentschaftskandidatin des Front National (FN) — Marine Le Pen — einen Empfang bereiteten, und dadurch deren „staatsmännische" oder „staatsfrauische" Statur unter Beweis zu stellen schienen. Nach dem libanesischen Präsidenten Michel Aoun und dem Staatschef des Tschad, Idriss Déby, folgte am 24. März 2017 ein Treffen Le Pens mit Wladimir Putin. Die Audienz im Kreml war im Vorfeld russischen kremltreuen Medien bekannt gewesen, doch der internationalen Presse nicht angekündigt worden. In mehreren russischen Medien wurde Le Pen dabei als künftige Präsidentin vorgestellt oder mit Jeanne d'Arc verglichen, also mit der von historischen Legenden umworbenen „Jungfrau von Orléans". Es handelte sich nicht um den ersten Kontakt der Parteivorsitzenden des französischen FN mit den russischen Machthabern.

Russland als Vorbild einer selbstbewussten Nation

Ein solches Szenario hätte man noch ein Vierteljahrhundert zuvor von der westeuropäischen extremen Rechten und dem französischen FN, der sich damals als Speerspitze in der antikommunistisch motivierten Positionierung gegen die Sowjetunion verstand, kaum erwartet. Seitdem hat sich Einiges geändert. Die wichtigste Änderung: Es gibt keinen Systemkonflikt mehr. Zwar gibt es nach wie vor erhebliche machtpolitische Rivalitäten zwischen Russland und den westlichen Großmächten der NATO, die heute noch erheblich stärker sind als in den 1990er Jahren, als die post-sowjetische russische Staatsmacht geschwächt am Boden lag. Doch bilden diese Rivalitäten keinerlei Systemantagonismus mehr ab, sondern spiegeln reine (inner-)kapitalistische Konkurrenzverhältnisse zwischen Staaten wider.

Radikal gewandelt hat sich auch die Wahrnehmung der Position Russlands durch viele rechte Kräfte in Europa. Wladimir Putin steht für ein autoritäres Regime, für Repression gegen aufmüpfige Schwule und Lesben, für eine restriktive Einwanderungspolitik gegenüber Muslimen aus dem Kaukasus und Zentralasien und ein hartes militärisches Vorgehen in Tschetschenien. Vor allem aber steht er aus rechter Sicht für eine „selbstbewusste Nation", die den USA nicht nachgibt, sondern deren Präsident auf den Tisch haut und international Ansprüche anmeldet — sei es, um ein befreundetes Folterregime in Syrien zu schützen, das unter europäischen Rechten meist positiv betrachtet wird, oder sei es gegen eine Ausdehnung des US-Raketenschirms.

Marine Le Pen, die im November 2011 bei der Vorstellung ihres Programms für die Präsidentschaftswahl im außenpolitischen Teil verkündete, auch anderswo als in Russland benötige man „einen Putin", fügte noch einen weiteren Aspekt hinzu. Der Rohstoffreichtum Russlands könnte Europa mit einer geeigneten Bündnispolitik dabei unterstützen, sich stärker von den USA sowie Ländern im post- und neokolonialen Einflussbereich Frankreichs, etwa in Afrika, abzukoppeln. Russland könnte dann an ihre Stelle als Rohstofflieferant treten.

Vorliebe für ukrainische militante Faschisten

Noch in jüngerer Vergangenheit gab es Kontakte des FN zu Kräften wie der „Pan-Ukrainischen Union Swoboda (Freiheit)", die 1991 unter dem Namen „Sozial-nationalistische Partei der Ukraine" gegründet worden war. Im November 2009 wurde eine Delegation der Swoboda-Partei am Sitz des französischen Front National, in Nanterre bei Paris, empfangen. Zu diesem Zeitpunkt war Swoboda noch eine relativ bedeutungslose Kleinstpartei. Der damalige Parteichef des FN, Jean-Marie Le Pen traf bei dieser Gelegenheit mit dem Swoboda-Vorsitzenden Oleg Tyahnybok zusammen. Beide Seiten unterzeichneten ein Protokoll für die künftige verstärkte Kooperation.

Diese Zusammenkunft wurde in den französischen Medien, insbesondere unter Verweis auf antisemitische Tendenzen bei Swoboda, skandalisiert. Später hörte man allerdings nicht mehr viel von dieser Zusammenarbeit. Dies hängt wohl auch damit zusammen, dass Swoboda, die die bei Neonazis beliebte „Wolfsangel" als ihr Symbol benutzt, gegen internationale jüdische Pilgerfahrten in die Ukraine demonstrierte und wiederholt gegen die Gay Pride-Parade in Kiew mobil machte. Aus Sicht der 2011 angetretenen neuen FN-Chefin Marine Le Pen erschien Swoboda damit als nicht „vorzeigbar" genug. Im Unterschied zu ihrem Vater achtet sie stärker auf die Natur ihrer Kontakte und deren Außenwirkung.

Auch zum „Rechten Sektor" halten manche Rechtsextremen auf dem europä-



Screenshot: Russischer TV-Sender „TBU"

Ein Treffen von Marine Le Pen mit Wladimir Putin. In mehreren russischen Medien wurde sie als künftige Präsidentin vorgestellt.

ischen Kontinent in jüngerer Zeit Kontakt. Aber eine solche Bündnisorientierung ist im Augenblick unter den Rechtsextremen in den Kernländern der EU weitaus eher die Ausnahme denn die Regel.

Rechtsextreme „Wahlbeobachter", die nichts beobachten

Am 16. März 2014 fand die eilig anberaumte, angeblich freie Volksabstimmung auf der Halbinsel Krim über die Angliederung an Russland — unter dem Schutz von 20.000 russischen Soldaten und ungezählten Milizionären und „grünen Männchen" — statt. Während die Einreise auf die Krim für neutrale Beobachter unmöglich war und alle Zufahrtswege kontrolliert wurden, weilte der selbsternannte „Geopolitiker" Aymeric Chauprade vor Ort. Chauprade wurde damals zunächst sogar als offizieller Repräsentant und Wahlbeobachter des französischen FN vorgestellt. Aufgrund des kritischen Medienechos ruderte die Parteiführung jedoch zurück und stellte die Mission Chauprades nunmehr als dessen private Reise „in beruflichen Angelegenheiten, als Experte für Geopolitik" dar.

Ähnlich verhielt es sich beim „Gipfeltreffen mit Putins fünfter Kolonne" (schweizerischer Tagesanzeiger) im Mai desselben Jahres, einer Veranstaltung im Wiener Stadtpalais des Fürsten Liechtenstein. Rund 100 geladene Gäste kamen.

Als wohl prominentester Gast nahm der faschistoide Ideologe eines russischen Neonationalismus, Alexander Dugin — Begründer der „Nationalbolschewistischen Partei Russlands" und der „Eurasischen Bewegung" — teil. Weitere Teilnehmende waren der Chef der FPÖ, Heinz-Christian Strache und der bereits erwähnte FN-Stratege und „Geopolitiker", Aymeric Chauprade, sowie die damalige französische Nationalabgeordnete Marion Maréchal-Le Pen (FN). Gemeinsam berieten sie u.a. darüber, wie (nach der Wortwahl der Organisatoren) Europa dank des segensreichen Wirkens Russlands „vor der Homosexuellenlobby gerettet" und vor anderen satanischen Einflüssen bewahrt werden könne. Offizielles Thema war jedoch der 200. Jahrestag der „Heiligen Allianz", welche 1814/15 auf dem Wiener Kongress versuchte, die durch die Französische Revolution ausgelöste Entwicklung in Europa — nach dem Sieg über Napoléon I. — zurückzudrehen.

Dem FN war wohl nicht völlig wohl bei der Sache, er ließ seine Teilnahme jedenfalls dementieren. Aymeric Chauprade[1] habe lediglich „den Teilnehmern guten Tag gesagt und ein wenig mit ihnen diskutiert, das ist Alles" (sic), ließ seine Umgebung verlautbaren. Marion Maréchal-Le Pen wiederum sei „aus privaten Gründen in Wien gewesen" und habe nur FPÖ-Chef Strache guten Tag sagen wollen.

Finanzielle Wahlkampfhilfe aus Russland

Zu den politischen Kontakten kam schließlich auch noch eine finanzielle Komponente hinzu. Denn wie sich im Herbst 2014 herausstellte, erhielt der FN Wahlkampfhilfe aus Russland. Der Kredit in Höhe von neun Millionen Euro wurde nicht direkt von den russischen Machthabern erteilt, sondern mittels einer russischen Bank, und zwar der First Czech Russian Bank (FCRB), die durch den russischen Geschäftsmann Yakubowisch Popow kontrolliert wurde. Bei Popow handelt es sich um einen Bankier mit politischen Verbindungen.

Die Kreditvergabe wurde durch einen Artikel des progressiven Online-Nachrichtenmagazins Mediapart vom 22. November 2014 öffentlich. Marine Le Pen berief sich darauf, sämtliche französischen Banken hätten ihrer Partei einen Kredit verweigert, weshalb sich die Partei Geld im Ausland gesucht habe. Die Vorsitzende des FN stellte die Dinge so dar, als handele es sich um ein rein finanzielles Kreditgeschäft und einen im Kern unpolitischen Vorgang.

Dabei wurde die Finanzierung anlässlich eines hochpolitischen Besuchs Le Pens in Russland eingefädelt. Laut mediapart habe sich Le Pen im Februar 2014 bei einer inoffiziellen Russlandreise mit dem Duma-Abgeordneten Alexander Michaoliwitsch Babakow getroffen — und in der Folge, so das Nachrichtenmagazin, auch mit Wladimir Putin selbst. Aus diesem Anlass sei demnach das Kreditgeschäft eingefädelt worden. Babakow war als Berater von Russlands Präsident Putin mit den Beziehungen zu russischen Auslandsorganisationen, und als Kommissionspräsident mit der Entwicklung der russischen Militärindustrie befasst.

Auf dem bisher letzten Parteitag des FN, dem Kongress in Lyon vom 29. und 30. November 2014, wurden die engen Kontakte zur Macht im Kreml ganz offensiv zur Schau gestellt. In Gestalt von Parlaments-Vizepräsident Andrej Issaev und mit Andrej Klimow, dem Vorsitzenden der Oberhauskommission für internationale Angelegenheiten, waren zwei Spitzenvertreter aus Russland zum Parteitag in Lyon angereist. Beide Andrejs gehören Putins Partei „Einiges Russland" an. •

1 Er wurde im Mai 2014 für den FN ins Europaparlemnt gewählt, trennte sich allerdings im Laufe des Jahres 2015 von der Partei und unterstützte 2017 François Fillon, den Kandidaten der Konservativen zur Präsidentschaftswahl.

TITEL

Immer wieder machen sie Schlagzeilen: die Beziehungen der Alternative für Deutschland (AfD) nach Russland. Basierend auf einer alten außenpolitischen Strategie, hat die Partei in den vergangenen Jahren systematisch enge Kontakte nach Moskau aufzubauen versucht. Inzwischen werden ihre Bemühungen von dort erwidert.

Auf dem Weg nach Eurasien

Die Russland-Kontakte der AfD

Die AfD ist nicht von Anfang an eindeutig auf Russland-Kurs gewesen. „Ich nehme zur Kenntnis, dass die Partei in dieser Frage zwei Flügel hat", gab der stellvertretende AfD-Sprecher Alexander Gauland im August 2014 zu Protokoll, als bekannt geworden war, dass der damalige Parteichef Bernd Lucke im Europaparlament einer Verschärfung der Russland-Sanktionen zugestimmt hatte. Lucke, ein Anhänger einer primär transatlantischen Orientierung Deutschlands, hatte sich damit offen gegen den prorussischen Flügel der Partei gestellt. „Es gibt bei uns Transatlantiker und Leute wie mich" — so fasste Gauland im Sommer 2014 den Flügelstreit knapp und prägnant zusammen.

„Leute wie mich" — damit war der prorussische Flügel gemeint, der mit dem Abgang der Lucke-Leute im Juli 2015 schließlich in der AfD hegemonial wurde. Gauland hat die Grundgedanken, die für diesen Flügel prägend sind, in einem Thesenpapier zur Außenpolitik festgehalten, das er am 10. September 2013 der Öffentlichkeit präsentierte. „Wir Deutschen vergessen manchmal", notierte er darin, „dass Russland an entscheidenden Wegmarken der deutschen Geschichte positiv Pate gestanden hat." Damit waren etwa der gemeinsame Krieg gegen das napoleonische Frankreich oder die russische Rückendeckung für die Reichsgründung 1871 gemeint. „Das Verhältnis zu Russland sollte uns immer eine sorgfältige Pflege wert sein", fuhr Gauland fort, um sogleich zu fordern, man müsse künftig „Elemente der Bismarckschen Rückversicherungspolitik gegenüber Russland" pflegen. In diesem Sinne verabschiedete die AfD auf ihrem Hannoveraner Bundesparteitag am 29. November 2015 eine „Resolution zur außenpolitischen Lage", in der es hieß: „Wir sehen Russland als legitimen Mitspieler im Konzert der Mächte". Notwendig sei „die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen der NATO, der EU und Russland" und „die schrittweise Einbindung Russlands" in eine „gemeinsame Sicherheitspartnerschaft".

Zunächst handelt es sich bei der Forderung nach einer gewissen Zusammenarbeit mit Russland schlicht um ein außenpolitisches Konzept — um eines, das der ausschließlichen Fixierung auf das transatlantische Bündnis eine Absage erteilt und eine zumindest punktuelle Kooperation mit Moskau, in extremer Form sogar einen Pakt mit Russland gegen den Westen („Eurasien") vorsieht. Es ist ein Konzept, das in der deutschen Geschichte sehr unterschiedliche Formen angenommen hat und auf das verschiedenste Kräfte zurückgriffen — von Rechten, die von einem antiwestlichen Bündnis träumten, über die SPD, die im Rahmen der „Entspannungspolitik" mit Moskau kooperierte, bis hin zu Kommunistinnen und Kommunisten, die einst die Sowjetunion unterstützten. Die AfD greift das Konzept von rechts auf, erweitert es ideologisch um antiliberale, autoritäre, völkisch-homophobe Elemente — und kooperiert dementsprechend auch mit ultrarechten russischen Organisationen. Ein Beispiel: Im Oktober 2015 reiste Gauland nach St. Petersburg, und zwar auf Einladung der Stiftung Sankt Basilius der Große, die von dem Oligarchen Konstantin Malofejew geleitet wird, einem orthodoxen Monarchisten. Die Stiftung hatte sich zuvor mit einer Konferenz einen Namen gemacht, die sie Ende Mai 2014 in Wien organisierte; daran teilgenommen hatten Politiker der FPÖ, des Front National und der extrem rechten bulgarischen Ataka.

AfD-Funktionäre haben schon bald Kontakt zur russischen Botschaft in Berlin aufgenommen — und sind dort tatsächlich auch empfangen worden; Russland folgt da derselben Logik wie die deutsche Außenpolitik, die in der Ukraine mit Funktionären der faschistischen Partei Swoboda anbandelte, weil sie für die Anbindung des Landes an den Westen hilfreich war, und die aus demselben Grund in Russland den Oppositionellen Alexej Nawalny protegiert, auch wenn er sich offen „Nationalist" nennt und gegen ethnische Nicht-Russen agitiert. Im September 2014 führte Gauland erste Gespräche in der russischen Botschaft in Berlin und kehrte mit der Nachricht zurück: „Die Russen haben das Gefühl, dass wir sie in Europa nicht wollen. Sie fühlen sich von der NATO bedrängt." Im November 2014 diskutierten der damalige AfD-Bundesgeschäftsführer Georg Pazderski und AfD-Pressesprecher Christian Lüth mit russischen Diplomaten; Gauland



Foto: Tim Wagner

Putin-Fans beim Legida-Aufmarsch in Leipzig

erklärte dazu: „Es spricht nichts gegen einen regelmäßigen konstruktiven Austausch mit den Russen." Der Austausch wurde fortgeführt. Markus Frohnmaier, Ko-Vorsitzender der Jungen Alternative (JA), ließ sich 2015 mit Daniil A. Bisslinger fotografieren, der in der russischen Botschaft in Berlin für Kontakte zu Jugendorganisationen zuständig ist; selbstverständlich wurde Frohnmaier auch in der Botschaft selbst empfangen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Hinzu kommt, dass Moskau die AfD wegen deren prorussischen Positionen auch über einfache Botschaftskontakte hinaus unterstützt. Als Gauland im Oktober 2015 auf Einladung der Stiftung Sankt Basilius der Große in St. Petersburg weilte, traf er sich mit einem Vertreter der Putin-Partei Einiges Russland und mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrats, Andrej Klimow, zum Gespräch. Im April 2016 wurde der Europaabgeordnete Marcus Pretzell zum Yalta International Economic Forum auf die Krim eingeladen; am Rande der Veranstaltung konferierte er mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Föderationsrates, Jewgenij Buschmin. Ebenfalls im April 2016 kamen Frohnmaier und Sven Tritschler, der zweite Ko-Vorsitzende der JA, mit dem Duma-Abgeordneten Robert Schlegel (Einiges Russland) in Berlin zusammen. Im Februar 2017 wiederum reiste die AfD-Ko-Vorsitzende Frauke Petry nach Moskau und sprach dort nicht nur mit Duma-Präsident Wjatscheslaw Wolodin und seinem Stellvertreter Pjotr Tolstoi, sondern auch mit dem Vorsitzenden des Duma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten, Leonid Slutsky, sowie mit weiteren russischen Parlamentariern — darunter der Veteran der parlamentarischen extremen Rechten in Russland, Wladimir Schirinowski. Mitgereist war, weil auch eine mögliche Zusammenarbeit auf der Ebene der Jugendorganisationen besprochen werden sollte, Julian Flak, der im AfD-Bundesvorstand die Parteijugend vertritt.

Vorteilhaft für die AfD ist bei alledem, dass sie in der Deutschland-Berichterstattung russischer Staatsmedien gewöhnlich gut wegkommt — ganz wie andere politische Spektren, die sich nicht an der modischen Agitation „gegen Putin" beteiligen. Nicht zuletzt über diese Berichterstattung findet die Partei erfolgreich Zugang zu Russlanddeutschen, einer stark konservativ-reaktionär geprägten Bevölkerungsgruppe, deren häufig anzutreffende soziale Isolierung in heruntergekommenen Sozialbausiedlungen nicht dazu beiträgt, ihr oft ländlich-traditionelles Weltbild zu modernisieren. Gerade in solchen Wohngebieten — von Waldbröl-Eichen im Bergischen Land über Pforzheim-Haidach bis Berlin-Marzahn — fährt die AfD zur Zeit Wahlergebnisse von mehr als 30 Prozent ein.

Jenseits ihrer eigenen Beziehungen nach Russland unterhält die AfD auch Kontakt zu prorussischen Netzwerken in der äußersten deutschen Rechten. Ein Beispiel dafür bietet die Zusammenarbeit der Partei mit Manuel Ochsenreiter, dem Chefredakteur des Rechtsaußen-Magazins „ZUERST". Ochsenreiter hat im vergangenen Jahr ein Deutsches Zentrum für Eurasische Studien (DZES) gegründet, das sich als Think-Tank und Informationszentrum zu „zeitgenössischen eurasischen Angelegenheiten" versteht. Ochsenreiter, der enge Beziehungen zu dem einflussreichen russischen Faschisten Alexander Dugin unterhält, ist mehrmals als Wahlbeobachter in der Ostukraine unterwegs gewesen; mindestens einmal, nämlich im Juli 2016, hat er AfD-Politiker dorthin mitgenommen — die AfD-Landtagsabgeordneten Thomas Rudy (Thüringen) und Udo Stein (Baden-Württemberg). Im Mai 2015 war Ochsenreiter gemeinsam mit Frohnmaier zu einer Konferenz nach Donezk gereist; umgekehrt hat er am 2. April an einer Russland-Konferenz der sächsischen AfD-Landtagsfraktion teilgenommen. Dort waren neben Vertretern der FPÖ, des Vlaams Belang und der Lega Nord auch der Duma-Abgeordnete Alexander Juschenko und mit Andrej Tatarinow ein Ex-Führungsmitglied der Jungen Garde, also der Jugendorganisation von Einiges Russland, präsent. Die Beziehungen der AfD nach Russland werden dichter und gedeihen. •

TITEL

Versuche extrem rechter Russlanddeutscher mit verschiedenen Splittergruppen in der Community Einfluss zu nehmen sind seit Jahren zu beobachten. Doch erst mit dem Aufkommen der Flüchtlingsdebatte konnten sie erstmals nennenswerte Erfolge erzielen und werben nun gemeinsam für die AfD.

Rechte Russlanddeutsche auf AfD-Kurs

Die erfundene Vergewaltigung einer 13-jährigen Russlanddeutschen aus Berlin-Marzahn sorgte im Januar 2016 dafür, dass zahlreiche Anhänger dieser Community in verschiedenen Städten auf die Straße gingen — sie demonstrierten gegen Flüchtlinge und „für unsere Kinder".

Die Tat, so hieß es, hätten „Südländer" begangen. Doch nicht nur die Täterbeschreibung, sondern der gesamte Vorfall stellten sich bereits nach wenigen Tagen als frei erfunden heraus. Von rechten Kreisen wurde der Fall, trotz widersprüchlicher Faktenlage, dankbar aufgegriffen und unter Anderem über soziale Netzwerke verbreitet, um die damals ohnehin aufgeheizte, rassistischen Stimmung gegen Asylsuchende weiter anzufeuern.

Erstmals öffentlich verbreitet wurde das Gerücht durch eine Verwandte auf einer NPD-Kundgebung, bei der — anders als sonst — einige Russlanddeutsche teilnahmen und auch „zufällig" ein Kamerateam eines russischen Staatssenders vor Ort war. Dieser griff den Fall auf und machte ihn damit überregional sowie in Russland zum Thema. Erst später folgten deutschen Medien. Selbst Russlands Außenminister Sergei Lawrow äußerte sich später und warf der Polizei vor, „die Realität aus innenpolitischen Gründen politisch korrekt zu übermalen". In der russlanddeutschen Community entwickelte das Thema — auch dank der flüchtlingsfeindlichen Propaganda in russischsprachigen Medien — offensichtlich eine enorme Schlagkraft, an mehreren Orten kam es zu Kundgebungen. Diese waren in vielen Fällen von rechten Aktivisten organisiert, die seit Jahren in der Bevölkerungsgruppe mit entsprechenden Parolen werben und nun erstmals nennenswerte Teilnehmerzahlen auf die Straße bringen konnten.

Die größte Veranstaltung fand am 23. Januar 2016 in Berlin vor dem Bundeskanzleramt gegen „Emigrantengewalt" mit 700 Teilnehmenden statt. Neben Menschen aus der Community waren auch diverse rechte Protagonisten, u.a. von der NPD und dem Berliner Pegida-Ableger „Bärgida" vor Ort. Organisiert worden war die Kundgebung vom Verein „Internationaler Konvent der Russlanddeutschen", dessen Vorsitzender Heinrich Groth als Anmelder fungierte und dessen Homepage mit als erstes die Vergewaltigungsgerüchte verbreitete.

Groth ist seit Jahren in extrem rechten Kreisen aktiv, gab in der Vergangenheit dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme" sowie dem flüchtlingsfeindlichen „Compact Magazin" Interviews. 2006 kandidierte er in Marzahn-Hellersdorf für die extrem rechte „Offensive D". Groth hat zudem eine führende Funktion beim „Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen" inne, der in der Vergangenheit als Ausrichter des „Lesertreffens" des „Zuerst!"-Magazins auftrat. Im Mai 2016 lief er neben dem Berliner NPD-Landeschef Uwe Meenen beim flüchtlingsfeindlichen „Merkel muss weg"-Aufmarsch hinter dem Transparent der neurechten „Ein Prozent"-Initiative mit. Gegenüber Spiegel Online rühmt er sich zudem mit Kontakten zur Putin-Regierung.

Der „Konvent" war bereits im August 2002 in Berlin gegründet worden und schon damals wurde die Nähe nach Rechtsaußen durch den damaligen Bundesvorsitzenden der „Deutschen Partei" Heiner Kappel[1] als Ehrengast dokumentiert. Auch der Kontakt zur russischen Regierung wurde gesucht, ein Botschaftssekretär war zur Gründung anwesend. Allerdings blieb der Verein bis 2016 ohne



Heinrich Groth spricht am 23. Januar 2016 in Berlin vor dem Kanzleramt.

wahrnehmbare Außenwirkung, war aber mit den relevanten Akteuren der rechten Russlanddeutschen bereits vernetzt. Zum „Konvent" gehört laut Homepage des Vereins z.B. Andrej Triller. Auch er ist Mitglied der ersten Stunde, hielt auf dem Gründungstreffen sogar eine Rede. Triller ist in dem überschaubaren Netzwerk kein Unbekannter, sondern bereits seit Jahren als Vorsitzender der „Russlanddeutschen in der NPD" bekannt. (Vgl. AIB 88 3.2010) Mit



Kundgebung des „Internationalen Konvents“ am 23. Januar 2016 vor dem Kanzleramt in Berlin. Mit dabei: Russlanddeutsche, NPD-Anhänger und „Bärgida“-Aktivisten.

dem Niedergang der NPD verloren aber die rechten Russlanddeutschen ihr Interesse an der Partei, gründeten 2013 den „ARMINIUS-Bund“, bei dem Triller Vizevorsitzender ist. Bis heute betreibt er die Website „Russlanddeutsche Konservative“, bei der u.a. auch die „Deutsche Stimme“, die „Nationalzeitung“ sowie die „Europäische Aktion“ beworben werden.

Mittlerweile lässt sich bei diesen Protagonisten wenig überraschend eine Hinwendung zu AfD beobachten. Dort rennen die rechten Russlanddeutschen offene Türen ein. Schon früh hatte die Partei die Community als potentielle Wählerklientel ausgemacht und gezielt mit russischsprachiger Propaganda umworben. Bereits im Wahlkampf 2014 veröffentlichte die AfD-Brandenburg ihr Programm in russischer Sprache, regelmäßig werden in sozialen Netzwerken AfD-Banner auf Russisch verbreitet. Zudem wurde ein „Netzwerk Russlanddeutsche für AfD“ ins Leben gerufen.

Anfang des Jahres hat Groth nun unter Beteiligung von AfD-Funktionären bei Detmold in Nordrhein-Westfalen ebenfalls einen Zusammenschluss unter dem sperrigen Namen „Koordinierungszentrum der Russlanddeutschen ‚Für die deutsche Heimat!‘“ gegründet. Als Vorfeldorganisation sei das Ziel die Werbung in russlanddeutschen Kreisen für die AfD. Diese wolle man in den „kommenden Landtags- und besonders bei den Bundestagswahlen mit allen zur Verfügung stehenden Kräften [...] unterstützen“, heißt es in einem Bericht über die Gründungsveranstaltung am 21. Januar 2017.

Um die Anwesenden zur Beteiligung am „Koordinierungszentrum“ zu bewegen, zeichnet Groth ein Untergangszenario: „Das Deutsche Volk steht wirklich am Rande des Abgrunds. Es fehlt nur ein kleiner Stoß, um es aus der Geschichte endgültig zu tilgen.“ Nur wenn jetzt die AfD unterstützt werde, „kann es zu der gewünschten Rettung kommen“, so Groth. Mit der Partei soll erreicht werden, „dass Deutschland nie wieder gegen Russland aufgehetzt“ und der „Zustrom von fremden Völkern nach Deutschland ab sofort“ gestoppt werde. Zuvor hatte Groth schon Möglichkeiten der Kooperation ausgelotet und sich dazu am 14. Dezember 2016 im Landtag Brandenburg mit dem AfD-Bundesvize Alexander Gauland sowie den niedersächsischen AfD-Funktionären Armin Paul Hampel und Waldemar Herdt getroffen. Die Letztgenannten erschienen dann auch zu Gründungsversammlung, Niedersachsens AfD-Landesvorsitzender Hampel hielt eine Begrüßungsrede. Mit Eugen Schmidt war zudem der Sprecher des Netzwerkes „Russlanddeutsche für die AfD NRW“ vor Ort und warb ebenfalls für die Unterstützung der Partei.

Das „Koordinierungszentrum“ soll ein „siebenköpfiger Rat“ leiten, den Groth anführt. Vorschläge zur Tätigkeit der Vereinigung sollen „in Absprache mit der Parteiführung der AfD“ ausgearbeitet werden. Das erste Projekt war ein Kongress Mitte März in Nordhausen (Thüringen), der allerdings nur wenig Teilnehmer mobilisieren konnte. Zu den Organisatoren gehörten neben Groth u.a. auch „ARMINIUS“-Vize Andrej Triller und Viktor Kasper. Bei dem Kongress lagen neben russischsprachigen AfD-Publikationen auch revisionistische Schriften, Ausdrucke der extrem rechten „Unabhängigen Nachrichten“ (UN) sowie ein Buch mit ins Russische übersetzten Reden Adolf Hitlers aus[2].

Mit seiner neuen Initiative sprach Groth auch weitere Protagonisten aus der Szene der rechten Russlanddeutschen an: So hielt auf der Gründungsveranstaltung mit Heinrich Daub der Chefredakteur der rechtslastigen russlanddeutschen Zeitschrift „Ost-West-Panorama“ eine Rede. Auch er ist schon länger in der Szene bekannt, trat zuletzt im Februar 2016 als Redner auf einer Kundgebung des „ARMINIUS -Bund“ in Düren auf. Ihm zufolge müsse man „nicht nur die Alternative für Deutschland an die Macht bringen, sondern ein alternatives Deutschland aufbauen, neue gesunde Weltanschauung entwickeln und neue volkstreue Menschen für die politische Verantwortung vorbereiten“.

Dass sich eine Mäßigung der rechten Russlanddeutschen, die nicht nur in der Vergangenheit mit verschwörungsideologischen und rassistischen Positionen auftraten, mit ihrem neuen Engagement verbinden wird, ist zu bezweifeln. Vielmehr dürften sie im Flügelkampf die Rechtsaußen-Fraktion innerhalb der AfD stärken. Groths Standpunkt wurde erst im Mai 2017 in einem Interview vom WDR-Magazin „Monitor“ erneut deutlich eingefangen, bei der er bezüglich des Dritten Reichs davon sprach: „Es war nicht die schlechte Zeit, glaub ich, für das deutsche Volk, hier im Land.“ Diese bedenkliche Allianz zwischen NS-verharmlosenden Russlanddeutschen und der AfD gibt keinen Anlass zur Entwarnung, sondern sollte sorgfältig im Auge behalten werden. •

1 Heiner Kappel war seit Sommer 2001 Vorsitzender der DP. Zuvor war er Bundesvorsitzender des extrem rechten „Bund Freier Bürger“ (BFB) und demonstrierte in Berlin gegen das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“.

2 Später wurde sich auf der Homepage des „Konvents“ von dem Buch, welches ihren Angaben zufolge ohne Zustimmung der Organisatoren ausgelegt worden sei, distanziert. Ein Fernsehteam hatte es bereits vor Ort bei den Teilnehmenden angesprochen.

TITEL

Die Orientierung nach Russland ist zwar die vorherrschende, aber nicht die einzige Variante der extrem rechten Ostpolitik. Vor allem während der Majdan-Proteste blickten zahlreiche Rechte mit großem Interesse auf die Ukraine. Einige sind dieser Vorliebe treu geblieben.

„Erst Kiew, dann Moskau“

Sympathien der extremen Rechten für die Ukraine

Ein gewisses prinzipielles Interesse an einer Kooperation mit faschistischen Organisationen in der Ukraine hat es in der deutschen extremen Rechten seit den 1990er Jahren immer gegeben. Ein Beispiel dafür bietet die Zusammenarbeit der NPD mit der UNA-UNSO (Ukrainische Nationalversammlung — Ukrainische Nationale Selbstverteidigung), die in der ukrainischen Szene zeitweise eine recht wichtige Rolle spielte. 1996 schloss die NPD einen „Partnerschaftsvertrag“ mit ihr ab und führte im November 1999 sowie im Juni 2000 Zusammenkünfte mit ihr durch. Im Jahr 2007 druckte die Parteizeitung Deutsche Stimme einen Beitrag über die Ukraine, den ein UNA-UNSO-Mitglied mitverfasst hatte. Später hat die NPD sich dann jedoch stärker auf die Partei Swoboda fokussiert, die im Oktober 2012 mit 10,4 Prozent bei der ukrainischen Parlamentswahl einen großen Erfolg einfuhr. Im März 2013 trafen sich der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Udo Pastörs und ein Swoboda-Aktivist auf einem Treffen extrem rechter Organisationen in Stockholm; am 29. Mai 2013 besuchten Swoboda-Funktionäre Abgeordnete der sächsischen NPD-Landtagsfraktion in Dresden und vereinbarten, die Zusammenarbeit auszubauen. Ebenfalls im Mai 2013 erschien in der Deutschen Stimme ein Interview mit dem Bürgermeister von Ternopil, Sergij Nadal, einem Swoboda-Mann.

Einen kurzen Auftrieb haben der deutsch-ukrainischen Faschistenkooperation die Majdan-Proteste verschafft. Die Massenrevolte, die einen signifikanten faschistischen Anteil hatte und in der NS-Kollaborateure wie Stepan Bandera offen verehrt wurden, besaß für viele extrem Rechte in Deutschland, aber auch in anderen west- und nordeuropäischen Staaten eine starke emotionale Anziehungskraft. Schwedische Aktivisten von der Svenskarnas Parti etwa tummelten sich während der Proteste auf dem Majdan; Anfang März 2014 stach einer von ihnen, soeben nach Malmö heimgekehrt, noch im Hochgefühl des Aufstands auf mehrere schwedische Linke ein und verletzte einen von ihnen lebensgefährlich. Damals fand sich auch der NPD-Auslandsbeauftragte Jens Pühse begeistert in Kiew ein. Die Jungen Nationaldemokraten (JN) kündigten für ihren Europa-Kongress am 22. März 2014 den Auftritt eines Vertreters des Rechten Sektors an, der letztlich jedoch ausfiel: Die deutschen Behörden verweigerten das Einreisevisum.

Allerdings ist die Unterstützung der Majdan-Proteste in der extremen Rechten Westeuropas schon bald nach dem Umsturz in Kiew Ende Februar 2014 sehr umstritten gewesen. Die Gründe hat exemplarisch im März 2014 der damalige stellvertretende NPD-Vorsitzende Karl Richter benannt. „Historisch und geopolitisch ist die Ukraine unverzichtbares Einflußgebiet Rußlands“, schrieb Richter in einem „NPD-Leitbrief“. Russland aber werde „im großen geopolitischen Spiel der Gegenwart“ massiv von den westlichen Mächten, allen voran von den USA, attackiert; in diesem Kampf könnten sich „deutsche Patrioten schlechterdings nur an der Seite Rußlands positionieren“, denn dieses sei „derzeit die einzige ‚weiße‘ Großmacht, die den liberal-dekadenten ‚westlichen Werten‘ demonstrativ eine Absage erteilt“. Leider hätten sich „die wichtigsten ‚nationalen‘ Kräfte“ der Ukraine „klar antirussisch positioniert“ und sich damit „westlichen Einflußinteressen dienstbar gemacht“. Eine solche Anbiederung an den Feind könne man nicht unterstützen: „Nationale Kräfte in der Bundesrepublik sollten wohlverstandene Distanz halten“. Denn „‘Nationalisten‘ in anderen Ländern“, so ließ Richter sich vernehmen, seien „nicht per se Verbündete“, „auch wenn sie sich — wie im Falle der Ukraine — demonstrativ auf eine frühere Waffenbrüderschaft mit Deutschland und die Übereinstimmung in vielen politischen Zielen berufen können“. Bei eklatanten Differenzen in der Beurteilung der Gegenwart helfe das alles nichts.

Mehrheitlich hat sich diese Position durchgesetzt — und so fanden sich nicht nur Richter und der NPD-Europaabgeordnete Udo Voigt, sondern auch der Auslandsbeauftragte Pühse, der im Vorjahr noch begeistert nach Kiew gereist war, im März 2015 nicht in der Ukraine, sondern in Russland zu einem Internationalen Russi-



Foto: Screenshot Facebook



Foto: Christian Ditsch

Links: Neonazis aus Europa unterstützen als Söldner das ukrainische Bataillon ASOW.

Rechts: Der Berliner Neonazi Patrick Krüger mit Asow-Pullover beim „Merkel muss weg"-Aufmarsch im März 2017 in Berlin. Bild: RechercheNetzwerk Berlin.

schen Konservativen Forum in St. Petersburg ein. Dort sprach man sich klar dafür aus, in Zukunft Russland gegen jegliche westliche Aggression zu unterstützen. Mit dabei waren unter anderem Roberto Fiore von der italienischen Forza Nuova, Wolen Siderow von der bulgarischen Ataka und Vertreter der Goldenen Morgenröte aus Griechenland. Weitere bedeutende Organisationen der extremen Rechten in Westeuropa bahnten bald sogar Kontakte zu den Zirkeln der Macht in Moskau an, etwa der französische Front National und die österreichische FPÖ. Für eine Zusammenarbeit mit der ukrainischen Rechten waren sie damit aus dem Spiel.

Ein gewisser Widerspruch ist in der rechten Szene allerdings erhalten geblieben. Davon zeugen nicht zuletzt extrem rechte Söldner, die immer wieder ihren Weg in die Ukraine fanden. Einer der bekanntesten von ihnen ist der Schwede Mikael Skillt, ein ehemaliges Mitglied der Svenskarnas Parti, der sechs Jahre lang in den schwedischen Streitkräften gedient hatte, unter anderem als Scharfschütze. Skillt ging nach eigenen Angaben im März 2014 in die Ukraine — „weil ich sah, daß dort eine nationale Revolution stattfand", berichtete er später; strategische Überlegungen, wonach man Russland unterstützen müsse, um „den Amis" eins auszuwischen, waren ihm fremd. Nach einer kurzen Zwischenstation bei der eng mit Swoboda verbundenen Organisation C14/ Sitsch landete er bald beim Bataillon Asow, der vielleicht bekanntesten faschistischen Miliz der Ukraine, in der zahlreiche Neonazis zum Beispiel aus Frankreich, Italien und weiteren westeuropäischen Ländern kämpften. Skillt will dort unter anderem als Aufklärer, als Scharfschütze und als Ausbilder tätig gewesen sein. Dabei ist er, wie gesagt, nur einer von vielen gewesen.

Zu den Neonazis, die im Bataillon Asow kämpfen, zählen nicht zuletzt zahlreiche Mitglieder der Misanthropic Division. Die Organisation, die sich im Oktober 2013 in Kiew gegründet hat und sich als arisch-nationalsozialistische Bruderschaft begreift, sieht sich in einem Krieg zur Erhaltung der „weißen Rasse"; ihr Leitmotto lautet: „Töten für Wotan". Wohl über alte Blood & Honour-Kontakte hat die Misanthropic Division sich recht rasch auch in anderen europäischen Ländern ausgebreitet, etwa in der Schweiz, wo sie Anfang 2015 Schlagzeilen machte, weil sie Geld und Material für die ukrainische Front sammelte. „Wir wissen, dass dies nur ein Tropfen im Meer der Solidarität ist", bedankte sich das Bataillon Asow nach Erhalt: „Aber wir hoffen, dass er unseren Kameraden an der Front hilft. Ehre der Ukraine!" Die Misanthropic Division ist inzwischen in einer ganzen Reihe von Ländern aktiv, etwa in Frankreich und Italien, in Spanien und Polen.

In Deutschland hat sich Der III. Weg seine Sympathien für die ukrainischen Faschisten bewahrt; er hält nach wie vor Kontakt zum Bataillon Asow und beobachtet aufmerksam dessen politische Aktivitäten. Am 12. Juni 2016 etwa waren Asow-Mitglieder bei Neonazi-Aktivisten in Bayern zu Gast. Man habe sich rege über die Entwicklung in der Ukraine ausgetauscht und anschließend das Grab von Stepan Bandera auf dem Münchener Waldfriedhof besucht, berichteten Teilnehmer; geblieben sei „die Erkenntnis, dass die Zusammenarbeit länderübergreifend gestärkt werden muss". Und das Russland-Argument — verfängt es beim III. Weg nicht? Nun, am 31. Oktober 2015 hatte Der III. Weg-Stützpunkt München zu einer kleinen Konferenz zum Thema eingeladen. Man lauschte zunächst einem Redner, der — wie Karl Richter — für ein Bündnis der deutschen und der russischen extremen Rechten warb, hörte sich anschließend die Argumente eines zweiten Redners an, der meinte, im heutigen Russland hätten Neonazis auch nichts zu lachen — man solle sich am besten „erst Kiew, dann Moskau" vornehmen; und als ein dritter Redner dann den Krieg in der Ostukraine als höchst bedauerlichen „slawischen Bruderkrieg" entlarvte, der „durch ausländische Einflüsse" ausgelöst worden sei, da fand Der III. Weg seine Synthese. „In diesen schwierigen Zeiten gilt unser Gruß den nationalen Kräften in Russland und [!] der Ukraine", hielt er fest: „Auf dass sie den richtigen Weg finden und ihre Kraft bald wieder gegen den wahren Feind wenden und den Maidan vollenden können. In Kiew genauso wie in Moskau." •

Neonazidemonstration am 8. Mai 2015 in Demmin.
Bild: Kilian Behrens / apabiz

TITEL

Große Teile der deutschen Rechten und der neonazistischen Organisationen waren in Zeiten des „Kalten Krieges“ und danach aus politischer Überzeugung klar gegen die Sowjetunion positioniert.

Alte Feinde, neue Freunde?

Es ist die Nacht zum 7. November 1970, der Jahrestag der Oktoberrevolution in Russland. Der 21-jährige Krankenpfleger Ekkehard Weil schwingt sich in West-Berlin auf sein Fahrrad und radelt in Richtung Tiergarten. Dort angekommen pinselt er mit roter Farbe „Auftakt gegen den Bolschewismus“ und weitere Parolen an die Wand des „Mozart-Pavillons“. Auf Flugblättern, die er dort hinterlässt, findet sich außerdem der Spruch „Widerstand gegen den Ausverkauf Deutschlands.“ Wenige Stunden später schießt Weil ein paar hundert Meter weiter aus einem Gebüsch auf einen wachhabenden Sowjetsoldaten am Sowjetischen Ehrenmal an der Straße des 17. Juni, der von zwei Kugeln getroffen und lebensgefährlich verletzt wird.[1] Vor Gericht erklärt Weil später, er habe seinen kleinen Beitrag dazu leisten wollen, dass seine heiß geliebte Heimat Berlin nicht die Beute der Sowjetunion werde.[2]

Die neonazistische Rechte in Westdeutschland war bis 1989 ganz klar gegen die Sowjetunion eingestellt. In der Zweiteilung Deutschlands sahen sie eine „Schande“ und propagierten die „Wiedervereinigung“ — im Falle Weils sogar mit Waffengewalt. Doch nicht nur für die neonazistische Rechte war die Sowjetunion das Feindbild par excellence. Auch rechtskonservative Akteure pflegten einen dezidierten, gegen die Sowjetunion gerichteten Antikommunismus, der sich nicht zuletzt in Geschichtsdebatten über den Nationalsozialismus niederschlug. Exemplarisch dafür steht der Historikerstreit, der 1986 durch die These des konservativen Historikers Ernst Nolte, die nationalsozialistischen Verbrechen seien eine Reaktion auf den „Archipel Gulag“ gewesen, ausgelöst worden war. Insbesondere im geschichtspolitischen Diskurs der extremen Rechten lebt das „Feindbild Russe“ über die sogenannte Wiedervereinigung hinaus bis heute fort, auch wenn mittlerweile in etlichen geostrategischen Konzepten andere Töne zu vernehmen sind.

Propaganda und Aktionen

Dass dieser Wandel sich nach 1989 sehr langsam vollzog, verdeutlicht etwa die NPD. Der frühere NPD-Vorsitzende Holger Apfel beklagte noch 1999 in einer Publikation anlässlich von 35 Jahren NPD „die freiwillige Unterwerfung Deutschlands unter das Moskauer Diktat“ und „die Ausdehnung des bolschewistisch-russischen Imperiums bis in die Mitte des europäischen Raumes“.[3] Auch weitere Autoren des Buches stimmten in diesen Tenor ein: „Die russische Armee benahm sich nachweisbar wie eine Bande von Mördern und Schwerverbrechern, und man wußte und propagierte, daß ‚die Russen sich wie die Tiere benehmen‘.“[4]

Schon Jahrzehnte zuvor schlug sich die sowjetfeindliche Haltung auch in der politischen Praxis nieder. Der NPD-Studentenverbund führte 1968 einen „Sitzstreik“ vor dem sowjetischen Ehrenmal in Westberlin durch, auf das Weil zwei Jahre später das Attentat verübte. Im selben Zeitraum initiierten rechte und neonazistische Aktivisten und Funktionäre der NPD die „Aktion Widerstand“, um mit aggressiven Großdemonstrationen gegen die sog. „Ostverträge“ und eine „neue Ostpolitik“ zu protestieren. Die Agitation gegen die Sowjetunion und offener Antikommunismus gehörte lange zur expliziten politischen Ausrichtung der NPD-Jugend. In der JN-Zeitung „Mauerspringer“[5] wurde 1983 auf mehreren Seiten der Autor Joachim Nehring scharf kritisiert, da er in rechtsnationalen Kreisen für die Theorie einer „deutsch-russischen Schicksalsgemeinschaft“ eingetreten war. Die JN sah sich in der Debatte als Kämpferin gegen eine „dauernde Einmischung der ZK-Kosaken aus Moskau in unsere inneren Angelegenheiten“ und positionierte sich politisch hinter einem Zitat von Bernhard Willms aus dem Buch „Die deutsche Nation“: „Für Deutschland ist nun die Sowjetunion nicht nur in jenem allgemeinen Sinne Feind, weil sie die Idee der Nation konkret bestreitet, sondern weil sie die Existenz Deutschlands als freie Nation mit Gewalt verhindert.“[6] An anderen Stellen im „Mauerspringer“ wird klar gestellt: „Den umgekehrten Weg des Neutralismus, die Erlangung der Souverinität durch politisches Wohlverhalten ggü. der SU zu erreichen, ist Nonsens und zeugt von politischem Eunuchentum (...) Der Schlüssel zur Wiederherstellung Deutschlands liegt nicht im Kreml (...) sondern in Deutschland — in den Herzen und Händen der Deut-



schen!“[7]. In der JN-Zeitung „Der Pfeil“ wurde über die Teilnahme von 400 JN-Aktivisten an einer Kundgebung unter dem Motto „Europa befreie dich! Breschnew raus“ Anfang Mai 1978 in Bonn berichtet. Zu den JN-Forderungen anläßlich des Besuches des sowjetischen Staatschef Leonid Iljitsch Breschnew zählte „TOD DEM KOMMUNISMUS“.[8] Ein „Nationaldemokratischen Schüler + Lehrlingsblatt“ namens „JN-Info“ („Sozial-National-Antikommunistisch“) beinhaltete zu großen Teile Karikaturen und Texte gegen „Bolschewiken“ und „sowjetischen Panzerkommunisten“. Das Blatt stellte klar: „Wir können die Phrasen von ‚Annäherung und Entspannung‘, von ‚Sowjetischer Friedensliebe‘ und Brand(t) ‚Erfolgen‘ nicht mehr hören.“[9]

Auch nach 1989 hielten sowjetfeindliche Aktionen an. Im Dezember 1989 wurde das Sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow mit antisowjetischen Neonazi-Parolen besprüht. Die damaligen Kader der NPD-Jugend Holger Apfel und Andreas Storr bewarfen in den 1990er Jahren den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und den früheren Staatspräsidenten der Sowjetunion Michail Gorbatschow bei den Bayreuther Festspielen mit Eiern. Holger Apfel rechtfertigte die Aktion gegen Gorbatschow kürzlich mit den Worten: „Ungeachtet seiner Verdienste um die deutsche Einheit fand ich das gut, denn kurz zuvor bekam er den Friedensnobelpreis, obwohl er die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Völker niederwalzen ließ.“[10]

Die neonazistische Anschlagserie der „Nationalen Bewegung“ in Brandenburg um die Jahrtausendwende hatte ebenfalls einen geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Hintergrund mit Bezug zur Rolle der Sowjetunion: Im Jahr 2000 wurde ein sowjetisches Ehrenmal in Stahnsdorf beschädigt und mit Hakenkreuzen versehen. Einige Wochen später beschmierte die Gruppe ein Ehrenmal auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Mahlow/Glasow mit Hakenkreuzen und den Worten „Mörder“, „Juden“ und „Kommunisten“.[11] Im Mai 2004 entrollten AktivistInnen der Berliner „Kameradschaft Tor“ anlässlich einer antifaschistischen Gedenkfeier am russischen Ehrenmal in Berlin-Treptow ein Transparent, das den russischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg für seine „antideutsche“ Propaganda anprangern sollte. Gegen eine nach dem jüdischen Antifaschisten benannte Straße hatten auch in Rostock mehrfach Neonazis demonstriert. In Berlin-Friedrichshain wurden Flugblätter gegen ein nach ihm benanntes Café verteilt.

Im 2010 komplett überarbeiteten Parteiprogramm der NPD wurde eine Annäherung an Russland neu aufgenommen. Auf der Homepage der NPD heißt es heute, dass „Rußland (...) die einzige wieder erstarkte Großmacht [ist], die als Bündnispartner das Schicksal zu wenden vermag“. Im geschichtspolitischen Diskurs der NPD spielt Russland allerdings nach wie vor die Rolle des Akteurs, der für die „Niederlage“ im 2. Weltkrieg verantwortlich sei. Seit Jahren richtet die Berliner NPD am 8. Mai Kundgebungen gegen den „Tag der Befreiung“ vor dem Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst aus.

Terror und Gewalt

Immer wieder richtete sich Neonazigewalt mit zum Teil tödlichen Ausgang gegen als „Russen“ identifizierte Personen oder Spätaussiedler. 1992 griff der Neonazi Sven R. („Rosi“) aus dem Umfeld des späteren NSU in Gera nach einer NPD-Veranstaltung zwei sowjetische Soldaten an. Aus einer Gruppe von 50 Neonazi-Skinheads heraus war er mit einem Baseballschläger auf die Beiden losgegangen. Nur durch einen Warnschuss aus der Dienstwaffe eines Soldaten ließ sich Sven R. aufhalten.[12] Im Juli 2000 kam es in Düsseldorf-Wehrhahn zu einem Bombenanschlag auf eine Gruppe Migrant_innen aus der ehemaligen UdSSR, die meisten von ihnen Jüdinnen und Juden. Zehn von ihnen wurden teilweise lebensgefährlich verletzt, das ungeborene Kind einer Frau wurde getötet. Erst vor einigen Monaten wurde der Neonazi-Aktivist Ralf Spies als Tatverdächtiger verhaftet. Im Mai 2002 überfielen fünf Rassisten Kajrat Batesov, ein Aussiedler aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, und dessen Freund in

Wittstock (Brandenburg). Einer der Täter tritt dabei immer wieder mit voller Wucht gegen Kopf und Körper der beiden, die am Boden liegen. „Bleib endlich liegen, Scheißrusse," ruft er dabei. Ein anderer Täter bewirft die Beiden mit einem 17 Kilogramm schweren Feldstein. Kajrat Batesov wird im Krankenhaus ins künstliche Koma versetzt und erliegt später seinen schweren Verletzungen. Bei einem der festgenommenen Täter fand die Polizei ein Handy mit einem Adler-Symbol mit Hakenkreuz.[13] Im Juli 2013 gingen in Kaufbeuren sieben deutsche Rassisten auf drei Spätaussiedler aus den ehemaligen Sowjetrepubliken los. Nachdem diese den Angriff abwehren konnten griff einer der Täter einen anderen aus Kasachstan stammenden Mann an. Dieser verstarb einen Tag später an seinen Verletzungen. Zwei der Täter stammten aus neonazistischen Kreisen.[14]

Musik gegen die „Roten"

Musikalisch war das „Feindbild Russland" über Jahrzehnte auf diversen Neonazi-Mixtapes zu finden. Traurige Balladen, welche die militärische Niederlage der Nationalsozialisten in Russland und den damit verbundenen Verlust „deutscher Ostgebiete" beklagten, wurden zu Hymnen der Szene. Die Skrewdriver-Ballade „The Snow Fell" des Rechtsrockstars Ian Steward Donaldson besang das deutsche Soldatenleid im Kampf mit der Roten Armee: „the beast was on its way (...) yet still it sickens my heart to see the picture of the red flag in Berlin." Ein deutscher Coversong der Neonaziband „Noie Werte" („Als der Schnee fiel") textete, „das Biest schaufelte ihr gemeinsames Grab". Bei der musikalischen Szenegröße und einstigem NPD-Kandidaten für den Bundespräsidenten Frank Rennicke klingt es ähnlich: „Es standen die Landser und Pimpfe sogar gewiß auf verlorenen Posten, doch trotzten sie bis zum letzten Gefecht der roten Flut aus dem Osten." Auch er gab sich gegenüber den Alliierten unversöhnlich: „Nehmt eure Russenpanzer, euer Mafiageld und lasset uns zufrieden um alles in der Welt. (...) Packt eure Snackbars und Kolchosen ein, lasst uns wieder Deutsche in Deutschland sein. Amis, Russen und Fremdvölker raus."

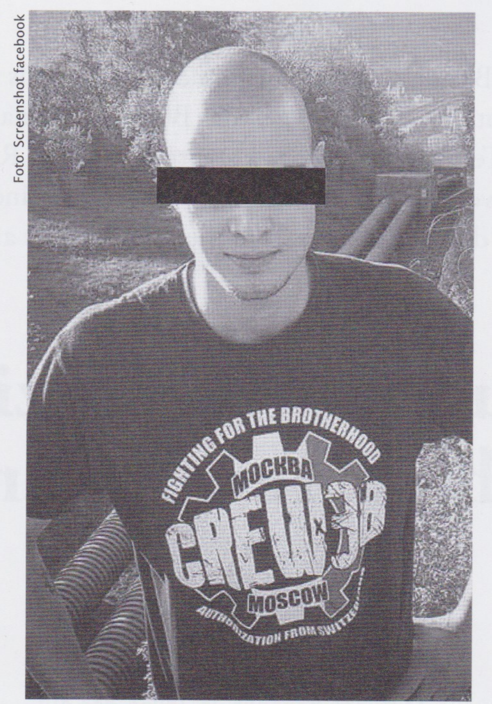


Foto: Screenshot facebook

Russische Neonazi-Skinheads dürfen keine Mitglieder der Hammerskins werden, weil sie nicht „arisch" genug sind. Nur von der Schweiz autorisierte Unterstützer sind erlaubt.

Neonazi-Skinheads gegen „Slawen"

Auch deutsche Neonazi-Skinheads waren und sind meist eindeutig gegen „Russen" eingestellt. Im deutschen Neonazi-Fanzine „Combat 2000" hieß es im Jahr 2001 anlässlich einer gemeinsamen CD einer deutschen und einer russischen Rechts-Rock-Band: „Denn United Stride ja, aber mit den Russen? 100.000 von Soldaten haben diese Roten Teufel verrecken lassen (...) Man hat uns ausgeplündert und ausgeschlachtet! Und mit diesem Pack, sollen wir dann noch zusammen schreiten..." Im Jahr 2000 flog eine russische Sektion der Hammerskins aus dem weltweiten Hammerskin-Netzwerk raus, da „Slawen" nicht zur „arischen Rasse" gehören könnten.[15] Ein führender deutscher Hammerskin-Vertreter hatte 2012 zum Thema klargestellt: „Es gab niemals autorisierte Hammerskin Chapter jenseits der Oder/ Neisse. Weder Polen, Russland, Serbien oder Rumänien." Einzelne Gruppierungen in Polen, Russland und Serbien seien „vor Jahren bereits geschlossen" worden. Doch noch 2014 verhandelten europäische Hammerskins über die Aufnahme Moskauer Neonazi-Skinheads in die Reihen der „Hammerskin Nation" (HSN). Ein entsprechender Vorstoß der Schweizer Hammerskins stieß auf Widerstand seitens der deutschen Hammerskin-Vertreter. So erklärte das Chapter der Hammerskins aus Berlin im Namen der Hammerskins Deutschland, dass sie „niemals ein POTN (Prospect of the nation) oder Hammerskin-Chapter Moskau akzeptieren würden". Eine lokale Hammerskins Support Gruppe („Crew38") sei das höchste was „sie erreichen können und werden". Und das auch nur um sie so „besser kontrollieren" zu können.

Im Kampfsport scheint die rassistisch motivierte Ablehnung jedoch zweitrangig zu sein. So etablierte sich aus den Kreisen der deutschen Hammerskins der Kampfsportevent „Kampf der Nibelungen". Hier wird offen mit der russischen Neonazimarke „White Rex" kooperiert.[16] Deren Inhaber Denis Nikitin moderierte die Veranstaltungen teilweise. Offensichtliche Widersprüche lassen sich problemlos aushalten. Der neonazistische MMA-Kämpfer Frank Kortz freute sich kürzlich darüber seine Hakenkreuz-Tätowierungen bei einem Kampf nicht verdecken zu müssen: „Wir sind hier in Russland". Auf Veranstaltungen der rechten Szene sind mittlerweile sogar Putin-Plakate und Merchandise des ukrainischen Asow-Battaillons in unmittelbarer Nähe zu beobachten, ohne dass dies zu Konflikten führt. •

1 www.spiegel.de/spiegel/print/d-44906669.html 2 www.zeit.de/1971/11/die-kleine-welt-ekkehard-weil 3 Holger Apfel: „Die Geschichte der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)", in: „Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD — 30 Jahre JN", DS-Verlag 1999. 4 Rolf-Josef Eibicht: „'Der Kampf um die Köpfe' — Ostdeutschland und Sudetendeutschland; Verzicht ist Verrat! Die deutsche Rechte bleibt verpflichtet!", in: „Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD — 30 Jahre JN", DS-Verlag 1999. 5 „JN-Mauerspringer". Herausgeber Rainer Vogel, V.i.s.d.P. Rainer Vogel und Thor v. Waldstein. 6 „Alter Wein aus neuen Schläuchen..." in „Der Mauerspringer" Nr. 1/1983 7 „Neutralismus contra Unabhängigkeit!" in „Der Mauerspringer" Nr. 1/1983 8 „Empfang eines Massenmörders" in „JN - Der Pfeil". Herausgeber JN-Bundesvorstand. Verantwortlich Michael Bolle. 9 „JN-Info": „Nehmt die Linke in die Zange", Verantwortlich Benno Jordan. 10 Holger Apfel: „Irrtum NPD", Gerhard Hess Verlag, 2017. 11 Vgl. AIB Nr. 93: „Deliktserie oder Vorstufe zum Rechtsterrorismus?". 12 Vgl. Stefan Aust, Dirk Laabs: „Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU", Pantheon Verlag, 2014. 13 www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/victims-kajrat-batesov.php 14 Vgl. AIB Nr. 100: „Neonazi-Mord in Kaufbeuren" 15 Vgl. „Otwjortka", Nr. 9, 2000. 16 Facebook-Post von „Kampf der Nibelungen" am 5. Dezember 2015.

NS-SZENE

Seit Ende April 2017 sitzt der Bundeswehroffizier Franco Albrecht als mutmaßlicher Rechtsterrorist in Untersuchungshaft. Laut den Ermittlungen des Bundeskriminalamts (BKA) plante er die Durchführung von rechten Terroranschlägen. Er steht der „Neuen Rechten" nahe und war in ein rechtes (Soldaten-)Netzwerk eingebunden. Als Tarnung für seine Anschläge hatte er die Identität und den Status eines syrischen Flüchtlings angenommen.

Ein Bundeswehroffizier mit rechten Terrorplänen

Waffen und Terrorpläne

Auf die Spur von Franco Albrecht kamen zuerst österreichische Ermittler. Am 20. Januar 2017 hatte er den „Ball der Offiziere" in Wien besucht. Vor dem Rückflug versteckte Albrecht eine Pistole auf der Toilette des Flughafen Schwechat, um sie dort Anfang Februar 2017 wieder abzuholen. Die österreichische Polizei hatte die Waffe jedoch zwischenzeitlich bemerkt und verhaftete Albrecht. Nach einer Befragung wurde er wieder entlassen und der Fall nach Deutschland abgegeben. Bei der Überprüfung der Fingerabdrücke stellte sich heraus, dass sich Franco Albrecht in Deutschland als Flüchtling registrieren ließ. Im bayerischen Zirndorf war er unter dem Namen „David Benjamin" als syrischer Flüchtling anerkannt worden.

Albrecht und seine Komplizen wollten laut aufgefundenen Notizen den Flüchtlingsstatus für einen Anschlag auf Politiker und mehrere Organisationen benutzen, um die Tat dann anschließend einem Flüchtling unterschieben zu können. Eine Liste mit potentiellen Anschlagszielen enthält die gegenwärtigen Feindbilder der rechten Bewegung: Ex-Bundespräsident Joachim Gauck, die Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth, den thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und den Bundesjustizminister Heiko Maas. Als Organisationen wurden der „Zentralrat der Juden", die türkisch-nationalistische Gruppe „Osmanen Germania BC", der „Zentralrat der Muslime" und die „Amadeu-Antonio-Stiftung" benannt. In Teilen der Aufzeichnungen ist von konkreten rechten Anschlagsplänen zu lesen. „Gruppe Antifa: Granate Asylant werfen lassen, filmen" wurde notiert. „Sprengung Rothschild-Stein in Frankfurt" heißt es in einer anderen Notiz.[1] Der Plan „Wenn Frau Haverbeck ins Gefängnis, dann Befreiungsaktion" ist eindeutig politisch verortbar. Die verurteilte Holocaustleugnerin gilt als eine Ikone der Neonazisszene.

Das Umfeld

Mit seinen Ideen und Planungen stand Franco Albrecht nicht allein. Die Durchsuchungen gegen ihn fanden an insgesamt sechzehn Orten in Deutschland, Frankreich und Österreich statt. So soll er von dem 27-jährigen Oberleutnant Maximilian Tischer (Offenbach) und dem 24-jährigen Studenten Mathias F. (Offenbach) unterstützt worden sein. Bei Mathias F. lagerte Franco Albrecht etwa 1.000 Schuss Gewehr- und Pistolenmunition, Leucht- und Nebelmunition und Teile von Handgranaten aus Bundeswehrbeständen. Die Munition hatte er bei Schießübungen gestohlen, die er bei seinem deutsch-französischen Jägerbataillon 291 im elsässischen Örtchen Illkirchen leitete. Weitere Ermittlungen sollen nun ergeben, ob Albrecht und seine Helfer auch an weiteren Bundeswehr-Standorten in Illkirch, Schwarzenborn, Munster und Hammelburg Unterstützer gefunden hatten. Maximilian Tischer soll 2015 versucht haben, einen anderen Soldaten für den militanten Kampf zu rekrutieren.

Die Ideologie

Aus seiner rechten und völkischen Gesinnung hatte Franco Albrecht bei der Bundeswehr kein Geheimnis gemacht. Bereits Anfang 2014 legte er im Zuge seines Studiums der Staats- und Sozialwissenschaften an der französischen Militärakademie Saint-Cyr eine Masterarbeit mit dem Titel „Politischer Wandel und Subversionsstrategie" vor, die seine politische Gesinnung offenbarte. Er bezog sich in dieser Arbeit auch auf Denker der „Neuen Rechten", um eine „Verschwörungstheorie" gegen die deutsche Nation und die westlichen Staaten durch eine „Subversion" darzustellen.[2]

Die französischen Prüfer lehnten die Master-Arbeit von Franco Albrecht klar ab. Sein Schulkommandeur sah „schwere Mängel" in der Masterarbeit und ließ die mündliche Prüfung erst gar nicht zu. „Wenn es ein französischer Lehrgangsteilnehmer wäre, würden wir ihn ablösen" teilte er den Verantwortlichen der Bundeswehr mit. Diese beauftragte eine Übersetzung und ein wissenschaftliches Gutachten. Dieses Gutachten bescheinigte Franco Albrecht Mitte Januar 2014 die Erstellung einer „pseudo-wissenschaftliche Arbeit" mit „radikalnationalistischen" und „rassistischen" Appellen. Der dargelegte „Mecha-



Foto: Screenshot B.Z. Berlin

nismus der Subversion" sei auch als eine Umschreibung des „Mythos vom Rassenkampf" zu lesen. Albrecht benutze „rassistisches Vokabular" wie „Durchmischung der Rassen", „Mischehen" und „gesunde Völker". Durch die Annahme „jüdischen Blutes" fänden sich „zentrale Denkfiguren des Rassismus und Antisemitismus" in dem Text. Der Gutachter verwies auf Albrechts Bezugnahme auf den amerikanischen Psychologen Kevin B. Macdonald. Dessen Thesen zur „Evolutionsstrategie" des „Judentums" waren schon für den Holocaust-Leugner David Irving interessant, der ihn als Zeugen für ein Beleidigungsklage gegen eine Historikerin benannte. Der Gutachter erkannte in einer Anmerkung des Oberstleutnants auch einen „Rechtfertigungsgrund" für die „Anwendung von Gewalt", wenn es um den „Schutz der eigenen Identität und des eigenen Volkes" gegen „ausländische Elemente" geht.

Die Bundeswehr

Trotz des eindeutigen Urteils in dem Gutachten kam Franco Albrecht mit einer „Belehrung" als „Erzieherische Maßnahme" davon und konnte im Juli 2014 mit einer zweiten Arbeit sein Studium erfolgreich beenden. Disziplinarische Vorermittlungen konnte Albrecht Ende Januar 2014 in zwei Gesprächen offenbar problemlos aus dem Weg räumen. Die Bundeswehr-Verantwortlichen sahen keine Gründe, an seiner „Grundgesetztreue" zu zweifeln. Albrecht habe durch eine „vermeidbare Sorgfaltslosigkeit den bösen Anschein einer inneren Haltung vermittelt". Albrecht sei gar „ein Opfer seiner eigenen intellektuellen Fähigkeiten in der Darstellung" geworden. Ein „leitender Regierungsdoktor" der „Wehrdisziplinaranwaltschaft" der Bundeswehr und ein „Oberstleutnant" aus der Leitung der „Deutsche Stabsgruppe Frankreich" in Fontainebleau stellte die Vorermittlungen nach einer „mündlichen Ermahnung" ein. Es folgte kein Eintrag in die Personalakte, kein Hinweis an den „Militärischen Abschirmdienst" oder sonstige Konsequenzen. Einen seiner damaligen — offenbar recht freundlich gesinnten — Vernehmer kontaktierte Albrecht auch im Januar 2017 nach seiner Verhaftung wegen der Pistole in Wien. Der mittlerweile bei dem „Kommando Streitkräftebasis" in Bonn beschäftigte Bundeswehr-Funktionär hatte sich bereit erklärt, seine schriftliche Einlassung an die österreichische Polizei vorab zu lesen. Laut dieser Erklärung habe er die Waffe nach dem Besuch des „Wiener Opernballs" in betrunkenem Zustand beim Pinkeln im Gebüsch gefunden und vergessen. Erst am Flughafen habe er sie bei sich entdeckt und dann in der Toilette versteckt.

Bürgerkriegsszenarien?

„Die von den drei Beschuldigten geplante Tat sollte von der Bevölkerung als radikal-islamistischer Terrorakt eines anerkannten Flüchtlings aufgefasst werden", erklärte die Bundesanwaltschaft. Wie sehr sich die politische Situation in Deutschland nach einer solchen Tat verändert hätte, lässt sich unschwer erahnen. Auch welche politischen Parteien davon im Bundestagswahlkampf profitiert hätten, ist offensichtlich. Ähnliche Attentate sind in der Erforschung des politischen Terrorismus in Italien und Südafrika bekannt geworden. Ein Merkmal solcher Strategien ist die Schaffung eines Klimas der Angst in der Bevölkerung. Die Wahrnehmung der Schuld an den Anschlägen wird unter anderem durch Fälschung von Beweisen auf eine bestimmte politische, ethnische oder religiöse Gruppe gelenkt. Deren Diskreditierung bzw. politische und moralische Schwächung stellt eines der Hauptziele solcher Strategien dar. Ein weiteres Ziel ist die Induzierung des Wunsches nach einer „starken Hand" in der Bevölkerung bis hin zur Ausrufung des Ausnahmezustands, um die vermeintlich gefährdete innere Sicherheit wieder herzustellen. Solche Überlegungen sind seit der „Flüchtlingskrise" in der rechten Bewegung immer populärer geworden. Ein öffentlicher „Aufruf an unsere Soldaten" des rechten Publizisten Jürgen Elsässer, Chefredakteur des COMPACT-Magazin, lautete z.B.: „Wir befinden uns bereits im Notstand (...) Diskutiert die Lage mit Euren Kameraden und werdet selbst aktiv! Nur Ihr habt jetzt noch die Machtmittel, die von der Kanzlerin befohlene Selbstzerstörung zu stoppen." •

1 Hiermit dürfte der Güterstein des jüdischen Bankiers Amschel Mayer von Rothschild aus dem Rothschild-Park in Frankfurt am Main gemeint sein. 2 Vgl. Jungle World 19/2017: „Der verhinderte Breivik" von Jan Stich

NS-SZENE

RechtsRock ist mehr denn je ein Werkzeug, um Jugendliche und Erwachsene in allen populären Subkulturen zu erreichen. Musik schafft Identität und Gemeinschaftssinn. Rechte Konzerte dienen zudem als Austauschort und Erlebniswelt — für VeranstalterInnen ein lohnendes Geschäft.

„...zu dieser Mucke auch gut Leute umbringen kann."

Momentaufnahme und Tendenzen im rechten Konzert-Geschehen

RechtsRock und dessen Darbietung auf Konzerten, Kundgebungen oder Liederabenden erlebt seit 2015 einen Boom, den wir so zuletzt im Jahr 2010 wahrnehmen konnten. Die Szene kann dabei auf lang bestehende Orte zurückgreifen, eignet sich aber auch vermehrt Lokalitäten in Sachsen und Thüringen an. Zudem schafft sich die Szene Ereignisse. Band X feiert ihr 30-jähriges Bestehen, während Band Y — obwohl tot geglaubt — erneut die Bühne betritt. Darüber hinaus treffen sich 5.000 Neonazis auf konspirativ organisierten Konzerten, während am extrem rechten Rand der Black Metal-Szene monatlich dem „Bösen aus Braunau" — Adolf Hitler — gehuldigt wird[1].

Überraschung mit Ankündigung

Über 5.000 Neonazis „überraschten" die Schweizer Behörden im Oktober 2016 in Unterwasser. Die TeilnehmerInnen waren, ähnlich den Bands, vorrangig aus Deutschland angereist. Dass sich dies ohne das Wissen staatlicher Dienste abgespielt haben soll, war selbst in der bürgerlichen Presse ein Skandal. Denn am Tag selbst hatten sich zahlreiche Neonazis im Raum Ulm getroffen, um auf weitere Informationen zu Schleusungspunkten zu warten. Neonazis aus Südthüringen hatten einen Reisebus gemietet, niederländische AktivistInnen sogar zwei, mit denen sie sich — wie angekündigt — nach Süddeutschland aufmachten. Bekannte Neonazis aus Ungarn, Italien, Frankreich und Osteuropa passierten ähnliche Punkte.

Die Konzertankündigung, intern „Rocktoberfest" genannt, kursierte zu dem wochenlang in sozialen Netzwerken, mit dem Versprechen die Band „Stahlgewitter" nach rund neun Jahren Bühnenabstinenz präsentieren zu dürfen. Ein Ereignis, dem die rechte Szene massiv Bedeutung zu schrieb und auch deswegen so zahlreich anreiste.

Laut Augenzeugen waren an dem Tag polizeiliche Kräfte sowohl in Ulm als auch an den Grenzübergängen vertreten, eine behördliche Einschätzung somit möglich gewesen. Letztendlich waren es engagierte Antifaschist_innen in der Schweiz und in Deutschland, die zeitnah das Netzwerk hinter dem Konzert aufdeckten und somit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machten.

Tendenz steigend

Für die Szene war das Konzert ein Erfolg auf ganzer Linie. Man habe die Behörden vorgeführt und habe ein Event durchführen können, welches den BesucherInnen noch lange in Erinnerung bleiben wird, so die einhellige Meinung der Szene.

Die Szene knüpft mit solchen Teilnehmerzahlen an die Erfolge vorangegangener Konzerte an. In Italien — mit einem hohen Anteil deutscher Neonazis — kann auf das „Hammerfest" in 2015 mit rund 1.500 Personen geblickt werden, während im Sommer 2016 etwa gleich viele das „Ritorno a Camelot"-Festival besuchten. Zwei Monate später fanden sich um die 1.000 BesucherInnen auf dem „Europe Awake" in Mailand ein.

In Deutschland zog das „LiveH8" in Hildburghausen 2015 rund 1.500, 2016 das Festival „Rock für Identität" bereits 3.500 Neonazis an. In Anbetracht dessen wirken 5.000 BesucherInnen beim „Rocktoberfest" wirklich nicht spektakulär.

Bereits im März 2017 läutete die rechte Szene im Norden Frankreichs die Konzert-Saison ein. Über tausend Neonazis konnten ungestört zur Musik vorrangig deutscher Bands feiern. Nachdem in Deutschland der „Eichsfeldtag" in Leinefelde knapp 500 Neonazis anlockte, kommen nun im Juli drei weitere Groß-Events



Foto: Screenshot Facebook

Schon in 2015 trieb es rund 1.500 Neonazis zum „Live H8“ nach Hildburghausen

auf Thüringen zu. Anfang des Monats steht das „Rock für Deutschland“ an, das mit dem 25-jährigem Bestehen der Band „Frontalkraft“, sowie den Szene-Größen „Division Germania“ und „Confident of Victory“ lockt. Mitte Juli lädt die Szene zum zweiten „Rock gegen Überfremdung“. Dabei stehen die Veteranen von „Uwocaust“ und „Sleipnir“ auf dem Programm, nebst „Stahlgewitter“, die damit ihren ersten Auftritt seit fast zehn Jahren in Deutschland absolvieren werden. Die VeranstalterInnen dieses Events sind dabei im Kreis der Bruderschaft „Turonen“ zu finden, die bereits maßgeblich das „Rocktoberfest“ in Unterwasser organisierten.

Den Abschluss des rechten Festival-Monats macht das „Rock für Identität“, dessen Line-Up abermals gefragte Bands wie „Frontalkraft“ und „Sturmwehr“ beinhaltet.

Alle drei Veranstaltungen sollen auf einer Wiese in Themar/Südthüringen stattfinden. Diese Fläche wird durch den AfD-Lokalpolitiker Bodo Dressel zur Verfügung gestellt. In einem Fernsehbeitrag erklärte Dressel, er käme mit Tommy Frenck - einer der Hauptorganisatoren des „Rock für Identität“ - „gut zurecht“. Beide kennen sich aus Kloster Veßra, wo Dressel ein Autohaus betreibt und Frenck in unmittelbarer Nähe den Neonazi-Treffpunkt „Gasthof Goldener Löwe“ führt.

Vor Ort stellt man sich auf mehrere tausend KonzertbesucherInnen ein. Dabei wird besonders das „Rock gegen Überfremdung“ als Konzert des Jahres stilisiert. BesucherInnen-Zahlen von über 5.000 Neonazis wären möglich.

Dass diese Groß-Events nicht nur temporäre Zonen rechter Hegemonie schaffen, sondern auch die Kassen von Parteien und Neonazi-Gruppen füllen, liegt auf der Hand.

Im Netz diskutieren Teile der Szene seit geraumer Zeit über das massive Angebot im Juli. Dem „Rock für Deutschland“ um die NPD-Politiker Patrick Weber und Gordon Richter wirft man Abzocke vor und sieht die Wahl des Termins als Konkurrenz[2]. Dagegen gelten die beiden anderen Veranstaltungen als authentisch und integer. Nicht zuletzt weil die Organisatoren beider Events ganzjährig das Geschehen in Thüringen beeinflussen. Denn während Tommy Frenck in seinem Gasthof Konzerte und Liederabende veranstaltet, ist die Bruderschaft „Turonen“ um Steffen Richter bemüht, den Konzert-Kalender in Kirchheim zu füllen.

Angebot-Nachfrage?

Abgesehen von den drei Großveranstaltungen im Juli 2017 — die ein ähnliches Klientel bedienen, terminlich eng bei einander liegen und zudem am selben Ort stattfinden sollen — ist Konkurrenz durch sich überschneidende Konzerte eher die Ausnahme. Allein am 4. Februar 2017 fanden bundesweit und im grenznahen Ausland mindestens drei bedeutende Konzerte statt, die sich musikalisch und geografisch nicht in die Quere kamen: NS-Rap in Kirchheim, RechtsRock in Torgau-Staupitz und das 20-Jährige Jubiläum der Band „Kategorie C“ im grenznahen Lengelsheim in Frankreich.

Solch Überschneidungen waren auch in den letzten Jahren durchaus nicht unüblich. Für 2015 registrierten Antifaschist_innen und Behörden fünfzehn Termine, an denen zeitgleich drei Konzerte und Liederabende angekündigt waren. Für acht Termine im selben Jahr wurden jeweils vier Konzerte beworben und an weiteren acht Terminen konnten Ankündigungen für mindestens fünf musikalische Darbietungen festgestellt werden. Am 9. Mai 2015 fanden sogar sechs Veranstaltungen unterschiedlicher Subkulturen statt. Rund 240 Neonazis feierten in Kirchheim beim RAC[3] u.a. von „Faustrecht“, rund 220 Personen aus dem Hooligan-und Neonazi-Milieu in Erfurt zu „Kategorie C“, während in Jena eine Vortragsveranstaltung mit einem Liedermacher endete. In Merseburg traf sich die rechte Oi-Szene zu Bands wie „Brachial“, während in Berlin u.a. die rechte Oi-Band „Bombecks“ auftrat. Die NS-Black Metal-Szene konnte sich hingegen bei Zwickau zu den Klängen von „Silva Nigra“ und „Horna“ vergnügen[4].

Ein ganz normaler Tag in der rechten Konzert-Landschaft. Seitens der Behörden tauchen drei der genannten Konzerte in keiner Statistik auf.

Die Erfassung für das gesamte Jahr 2015 deutet auf eine ähnliche Handhabe. Offiziell ist von 199 Konzerten und Liederabenden die Rede, eine unabhängige Zählung ergab allerdings mindestens 230 Ankündigungen, die aufgelösten und abgesagten Konzerte inbegriffen. NSBM-Konzerte werden seitens der Behörden erst seit 2010 aufgeführt, während rechte Oi- und Neofolk-Konzerte bislang keine Erwähnung fanden.

Geldflüsse

Im Schnitt liegt der Eintrittspreis klassischer RechstRock-Konzerte zwischen fünfzehn und zwanzig Euro, auf größeren Konzerten wie dem in Unterwasser kostete ein Ticket 30 Euro. Hinzu kamen dort Getränke-und Essensmarken, die von den meisten KonzertbesucherInnen nicht aufgebraucht werden konnten. TeilnehmerIn-

Einige der Protagonisten des Festival-Sommers 2017, v.l.n.r. Andreas Koroschetz, Phillip „Phil“ Neumann, Michael „Lunikoff“ Regener, unbekannt, Tommy Frenck und Daniel „Gigi“ Giese auf einer Feier in 2017 in Kloster Veßra

Foto: Screenshot Facebook

nen berichteten von Getränke-Bons im Wert von bis zu 100 Euro, auf denen sie sitzen blieben. Summiert man diese Ausgaben und zieht in Betracht, dass sich die BesucherInnen zusätzlich CDs und Merchandise gekauft haben, und erhebliche Fahrtkosten in Kauf genommen wurden, muss von einem Budget von 150 Euro pro TeilnehmerIn an einem Konzert wie diesem ausgegangen werden. Mindestens 60 Euro pro Person flossen dabei in die Kasse der VeranstalterInnen. Ohne Abzug der Miet- und Nebenkosten könnten dadurch rund 300.000 Euro generiert werden, geht man von 5.000 TeilnehmerInnen aus.

Für die Bands sind dabei Gagen im vierstelligen Bereich möglich. Die RechtsRock-Band „Übermensch“ bekam beispielsweise 2.200 Euro für ihren Erst-Auftritt 2016 in Hildburghausen.

Ein Beispiel aus dem Jahr 1999 verweist noch deutlicher auf den finanziellen Aspekt solcher Konzerte. Im Fanzine „White Supremacy“ schreibt der Autor „Tom“ über ein Konzert mit 500 Personen in Thüringen. Der Eintritt habe 30 DM gekostet und „zum ersten mal wurde von B&H Standgebühr verlangt. 200 DM pro Stand. Für einen guten Zweck, aber welcher blieb offen (...)“.

Knapp eineinhalb Jahre vor diesem Konzert tauchte der NSU ab. Das „Blood & Honour“-Milieu (B&H) Thüringens war der Ursprung der RechtsterroristInnen, die Szene in Chemnitz, aus der dieses Fanzine stammt, war der erste Anlaufpunkt des Trios im Untergrund. Welchem „guten Zweck“ die 200 Mark Standgebühr dienten, weiß wohl nur der innere Orga-Kreis. In Hinblick auf die Aufarbeitung des NSU-Umfeldes — vorallem um „Blood & Honour“ — lässt solch eine Bemerkung jedoch aufhorchen.

Gebietsansprüche

Beim „Rocktoberfest“ in der Schweiz flossen die Gelder in das Umfeld der Angeklagten im Ballstädt-Prozess (Vgl. AIB Nr. 102 „Neonazi-Überfall in Thüringen“). Mehrere Personen dieses Kreises gehören der seit 2015 in Erscheinung getretenen Bruderschaft „Turonen“ um den Saalfelder Neonazi Steffen Richter an. Er ist nicht nur Vertrauter des im NSU-Prozess angeklagten Ralf Wohlleben — dem Geld aus dem Konzert zu Gute gekommen sein soll — sondern Anmelder diverser Konzerte in der „Erlebnisscheune“ in Kirchheim. Ferner ist er für seine Nähe zu den „Hammerskins“ (HS) bekannt. Dieser Bezug lässt sich auch in der Organisation des „Rocktoberfest“ erkennen. Zwar sollen laut einem Bericht von B&H Ungarn alle namhaften Sektionen von B&H vertreten gewesen sein, doch nur das Banner der HS, sowie eine Flagge des militanten Flügels von B&H, „Combat 18“, sollen sichtbar gewesen sein. Der Autor des Berichtes schreibt außerdem, dass die HS die eigentlichen OrganisatorInnen des Konzerts gewesen seien.

Dies würde die These bekräftigen, dass sich der elitäre Neonazi-Bund in Deutschland gegenüber B&H real durchgesetzt und dessen Strukturen sukzessive übernommen hat. Neben dem Verbot von B&H in 2000, sowie der Repression auf Nachfolge-Strukturen, waren es interne Streitigkeiten und Machtspiele, die das Label „B&H“ als Organisation mehr und mehr handlungsunfähiger machten. Die HS, als nicht verbotene Organisation, gewann dagegen zunehmend ein breites UnterstützerInnen-Umfeld in Deutschland.

In diesem Umfeld findet man Bruderschaften wie die „Turonen“ — die aus der Bruderschaft „H8“ hervor gingen, oder ältere Gruppierungen wie die „Vandalen“ um Michael „Lunikoff“ Regener aus Berlin. Sie stellen einen Pool an Bands sowie erfahrenem Personal und agieren wesentlich konspirativer, um Verbote zu umgehen und unerwünschte Zaungäste auszuschließen. Während die „Vandalen“ beim „Rocktoberfest“ durch den Gastauftritt von „Lunikoff“ bei „Stahlgewitter“ involviert waren, sind vor allem die Bands „Confident of Victory“

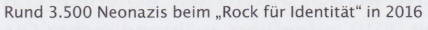

Rund 3.500 Neonazis beim „Rock für Identität“ in 2016


Foto: Screenshot Facebook



und „Frontalkraft" dem Spektrum der HS zuzurechnen. Die „Turonen", bzw. deren Ursprung, die „H8" fand man nicht nur in der Organisation, sondern auch bei der Band „Exzess". Deren Gitarrist Daniel Köhring ist selbst Mitglied des Brandenburger Ablegers der „H8".

Mit Daniel „Gigi" Giese, Phillip „Phil" Neumann und Andreas Koroschetz, der auch bei der Band „Division Germania" aktiv ist, kann bei dem Headliner des Schweiz-Konzertes, der Band „Stahlgewitter", eine unmittelbare Verbindung zu den HS festgestellt werden. Während Giese und Neumann dem UnterstützerInnen-Netzwerk zugerechnet werden tritt Koroschetz als Mitglied der HS auf.

Einzig die Schweizer Band „Amok" um Kevin Gutmann entstammt sicher dem B&H-Milieu, wie auch der auf den Flyern beworbene „Zeughaus"-Shop, hinter dem der ehemalige B&H-Kader Jens Hessler steckt (Vgl. AIB-Onlineartikel „Das Ende des Nibelungen Versandes"). Zu dem spielen die „Turonen" vereinzelt mit der Symbolik von B&H und „Combat 18" (C18).

Es wäre also falsch zu behaupten, dass B&H/C18 keinen Anteil an dem Konzert hatte, bzw. dass die HS und deren Klientel in ständiger Konkurrenz zu B&H stünden.

Mitgliedschaften sind letztendlich nur bedingt nachvollziehbar, wie auch die genaue Zuordnung von Einflussgebieten innerhalb des Vertriebs oder der Organisation von Konzerten. Dies mag bei „Hammerskin"-Vertretern wie Malte Redeker[5] oder Andreas St.[6] möglich sein, doch spätestens bei Neonazis wie Thorsten Glass, der mit „RACoon Records" professionell Konzert-Equipment vermietet, wird eine Zuordnung schwammig. Denn während er 2010 mit „Stallhaus Germania" das Zugpferd der deutschen B&H-Sektion, die Band „Faustrecht", für ein Konzert einlud, ist er jüngst mit seinem Equipment Teil der Infrastruktur expliziter HS-Veranstaltungen.

Letztlich ist die Mitgliedschaft bei den HS für viele Neonazis sicher erstrebenswert, aber oft nicht erreichbar. Um sich aber dennoch wichtig zu machen reicht es manchmal schon mit Symbolen zu spielen und Zugehörigkeiten zu suggerieren. Besonders ältere Neonazis schaffen sich dadurch eine Identität, um in der Szene auch weiterhin andocken zu können. Dieses Bild vermitteln auch andere rechte Bruderschaften, die in den letzten Jahren entstanden (Vgl. AIB Nr. 110 „Mehr als nur Kameraden").

Aufruf zum Kampf

Neben den wirtschaftlichen Interessen spielen in der Erlebniswelt des RechtsRock auch Emotionen eine wesentliche Rolle. Wenn über 5.000 Neonazis in Unterwasser zu dem Song „Sieg" der Band „Confident of Victory" kollektiv ihre Arme gen Himmel reißen und den Refrain mit einem „Heil" vollenden, schafft das eine Erfahrung, von der die BesucherInnen auch in zehn Jahren noch erzählen werden.

Davon abgesehen vermitteln die meisten Song-Texte ohnehin Hass und Gewalt. RechtsRock als Einstimmungs-Musik im Kontext zum Teil tödlicher Angriffe darf auch heute nicht unterschätzt werden.[7]

Frank M., ein ehemaliger Mitarbeiter des „Bauservice Marschner", beschreibt in einer Vernehmung des BKA, wie Neonazi-Musik fester Bestandteil auf Fahrten von und zu Baustellen war. Sein Chef, der mutmaßliche Zwickauer NSU-Unterstützer und V-Mann Ralf „Manole" Marschner, habe ihm damals gesagt, „dass das Musik aus den USA ist und dass man zu dieser Mucke auch gut Leute umbringen kann".[8] Marschner war bekannt dafür, Konzerte mit amerikanischen Bands wie „Blue Eyed Devils" organisiert zu haben. In deren bekanntestem Song „Murder Squad" heißt es übersetzt: „Meine Befehle sind simpel, schlicht und klar (...) Mord auf Kommando und hab keine Angst...".

Zwischen Juli 2000 und März 2002, der Zeit in der Marschner seine Baufirma betrieb und diese Bemerkung gegenüber Frank M. fallen lies, erschoss der NSU vier Menschen. Sechs weitere Morde folgten. •

1 Aussage eines Users im rechten „NBO-Forum" über ein NS Black-Metal Konzert in Sachsen. 2 Die Streitigkeiten gehen aber auch auf ein gespaltenes Verhältnis innerhalb der rechten Szene zur NPD zurück. 3 RAC ist eine Abkürzung für „Rock Against Communism", ein von B&H in England initiierter Abgrenzungs-Begriff zum dortigen „Rock against Racism". 4 Konzergruppe „Hell Unleashed", die auch das Konzert der NSBM-Band „Peste Noire" in 2017 veranstaltete (Vgl. AIB 117 „Die NS-Black Metal Szene in Westsachsen"). 5 Ansprechpartner für das einflussreiche Record-Label „Gjallarhorn Klangschmiede/GKS33". 6 Über sein Konto liefen die Ticketverkäufe beim „Joe Rowan-Memorial"-Konzert in Kirchheim 2016 (Vgl. LOTTA Nr. 66). 7 So wurde Alberto Adriano 2000 in Dessau zu Tode geprügelt, nachdem sich die Täter mit Songs der Band „Landser" aufgeputscht hatten. 8 Siehe „Spuren, die keine sein dürfen" von Stefan Aust, Helmar Büchel und Dirk Laabs, veröffentlicht in „Die Welt".

BRAUNZONE

Inspirierender Faschismus für eine neue Rechte?

GASTBEITRAG VON ANTIFA-RECHERCHE FFM

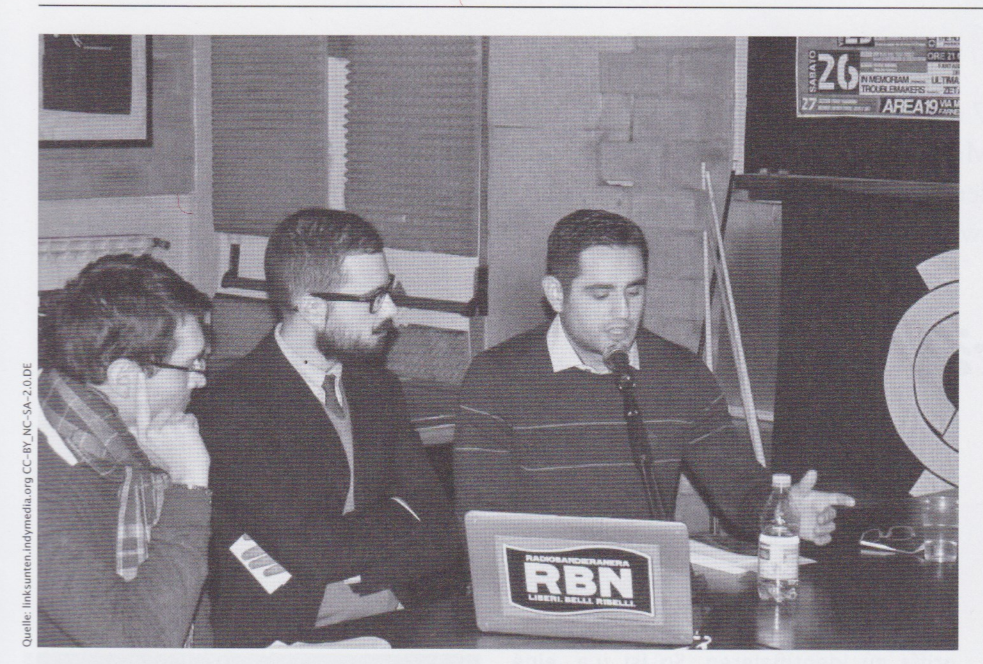
■ Dass der Faschismus nicht immer mit dem Vorschlaghammer daherkommt, sollte hinlänglich bekannt sein. Auch die sich selbst als „Faschisten des dritten Jahrtausends" bezeichnenden Gruppen aus Italien bedienen sich verschiedener Mittel und haben neben Anführern und Prügelgruppen auch einen Pool von Ideologen, die der menschenverachtenden Ideologie eine Rechtfertigung geben. Ein Beispiel dafür war der Kongress der italienischen Studentenorganisation „Blocco Studentesco" im April 2017 in Rom unter dem Titel „Europa — Comunita di popoli civilta". Die Jugendorganisation der neofaschistischen Bewegung Casa Pound lud Neonazis aus sechs verschiedenen Ländern ein — unter ihnen die französische „Action Francais" und die Jugendorganisation der griechischen „Goldenen Morgenröte". Prominent vertreten war auch der neurechte Verleger Philip Stein, und etwas versteckter der AfD-Mitarbeiter John Hoewer, sowie der frühere JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer.[1] In dieser Konstellation fiel auch Valerio Benedetti, aufgeführt als Schriftsteller, ins Auge. Dieser lebt nunmehr in Deutschland, promovierte an der Universität in Frankfurt und arbeitet an diversen Volkshochschulen in Hessen. Er avancierte zu einem ideologischen Kopf der Casa Pound. Seine Bücher dienen als ideologische Standardwerke, seine Publizistik, Übersetzungstätigkeiten und Vernetzungsarbeit ist nicht unbedeutsam.

Blut an den Händen: Casa Pound

Bei Casa Pound handelt es sich um eine seit 2003 in Italien aktive Bewegung von traditionell ausgerichteten Faschisten in einem modernen Gewand. Vor allem sind sie für ihre besetzten Häuser in Rom bekannt. 2013 trat Casa Pound das erste Mal als Partei zur Wahl an und verfügt mittlerweile über diverse Vertreter in sechs Kommunalparlamenten. Seit 2013 hat sie ihre Parteistützpunkte auf fast 100 verdoppelt. Die Anzahl ihrer Mitglieder gibt sie mittlerweile mit 6.000 Personen an. Als (Neo) Faschisten berufen sie sich auf die äußerst gewalttätige Bewegungszeit der Schwarzhemden unter Benito Mussolini von 1919 bis 1922. Anhänger von Casa Pound waren immer wieder an Übergriffen auf MigrantInnen, politische Gegner oder an rassistischen Ausschreitungen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen beteiligt. Angesichts ihres Rassismus kam es auch immer wieder zu Übergriffen bis hin zu Morden an Flüchtlingen aus den Reihen ihrer Anhängerschaft. Neben den gewaltsamen Übergriffen und militanten Aktionen versucht sich die Gruppierung in der Weiterentwicklung extrem rechter Ideologie und der Wiederauffrischung faschistischer Denker. Dabei fällt auch der bereits erwähnte Benedetti auf, der ein Buch zu Giovanni Gentile, dem „Philosophen des Faschismus" unter Mussolini (in erster Auflage unter Pseudonym und in zweiter unter richtigem Namen) schrieb und als Co-Autor beim Titel „Korporatismus des 3. Jahrtausends" mitwirkte. Beide Bücher gehören zum theoriebildenden Partei-Kanon und ihr Erlös geht in die Bewegung. Er ist an einer Vielzahl von Publikationen der



Auch der damalige JN-Bundesvorstand besuchte 2012 Casa Pound in Italien. Die damaligen JN-Funktionäre Julian Monaco (links), Andy Knape (2.v.r.) und Michael Schäfer (rechts) posieren mit dem Casa Pound Anführer Gianluca Ianonne (2.v.l).



Veranstaltung mit Valerio Benedetti (rechts im Bild).

extremen Rechten beteiligt und arbeitet eng mit dem ehemaligen Rechtsterroristen Gabriele Adinolfi zusammen[2].

Ein italienischer Neofaschist in Frankfurt/Main

Valerio Benedetti reichte im Jahr 2015 seine Doktorarbeit an der Universität Frankfurt ein und taucht europaweit im universitären Kontext auf. Neben seiner universitären Karriere fing Benedetti an, unter seinem richtigen Namen ideologische Beiträge zu verfassen, Vorträge zu halten und für die rechte Internetzeitung der Casa Pound „Il Primato Nazionale“[3] Artikel zur politischen Lage in Deutschland zu schreiben. Er scheint sich auch im Rhein-Main-Gebiet nicht nur mit dem Verfassen von Blogeinträgen zu beschäftigt zu haben, sondern begann sich mit neurechten Strukturen in Deutschland zu vernetzen. Ein Beispiel dafür ist das Interview mit Philip Stein,[4] das Valerio Benedetti geführt und auf Italienisch übersetzt hat[5] oder eine jüngst veröffentlichte Radiosendung für Radio Bandera Negra, in der beide gemeinsam auftraten.[6] Stein ist ein enger Vertrauter von Götz Kubitschek und hat gemeinsam mit ihm die rechte „Ein-Prozent“-Initiative ins Leben gerufen. Darüber hinaus ist Stein Verleger des Jung Europa Verlags, für den Valerio Benedetti unter dem Pseudonym „Ettore Ricci“ schon mehrfach veröffentlicht hat. Im Juli 2013 tauchte auf dem neurechten Internetblog Blaue Narzisse (BN) ein deutscher Artikel auf, der sich mit Casa Pound beschäftigt[7]. Benedetti unterhielt offenbar Kontakt zum Gründer und Herausgeber der BN, Felix Menzel. Weitere Veröffentlichungen von und mit Ettore Ricci über Casa Pound folgten bspw. auf dem Blog des Jung Europa Verlags.[8] Seine Beiträge werden aber auch gern von der NPD-Jugend, den Jungen Nationaldemokraten (JN), reproduziert[9].

Casa Pound und die Neue Rechte in Deutschland und Europa

Casa Pound gilt vielen jüngeren Gruppen der extremen Rechten in Europa als Vorbild, weil sie es geschafft hat, viele unterschiedliche Bereiche der extremen Rechten zu bündeln, in einer Bewegungspartei zu vereinen und mit einem für Jugendliche interessanten Erscheinungsbild zu versehen. Dafür hat sich Casa Pound der Strategien der Neuen Rechten bedient, die vor allem den vor-politischen, sozialen und kulturellen Raum anvisiert. In Deutschland hat der Umgang mit einer offen (neo)faschistischen Bewegung auch Zwist innerhalb der neurechten Kreise hervorgerufen. Martin Semlitsch (alias „Martin Lichtmesz“) und Götz Kubitschek gelten als Bewunderer der sich als nonkonformistisch inszenierenden Jugendbewegung. So wurden italienische Neofaschisten aus dem Umfeld Casa Pounds zum sogenannten Zwischentag 2013 eingeladen, auf dem sich neurechte Verlage, Gruppen und Think Tanks zum Austausch trafen. Von der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ war hingegen die Sorge zu hören, dadurch würde man seine „Salonfähigkeit“ verlieren. Diese Berührungsängste gibt es bei Kubitscheks Zeitschrift „Sezession“ und der „Identitären Bewegung“ offenbar nicht, lassen sich diese doch offen von Casa Pound inspirieren. Hier wirkt insbesondere Philip Stein, der die verschiedenen Spektren von Burschenschaften, AfD und „Identitärer Bewegung“ miteinander verbindet und Konflikte beizulegen versucht. Dass Stein sein biederes Äußeres auch gegen eine Sturmhaube austauschen kann, zeigte sich jüngst auf dem Landeskongress der Jungen Alternative Hessen im Haus der Burschenschaft Germania Marburg, wo Stein im Kreise bewaffneten Kumpanen auf einen Fotografen losging.[10] Die Casa Pound-typische Mischung aus Straßengewalt, parlamentarischer Arbeit und Re-Interpretation faschistischer oder auch jungkonservativer Denker wirkt offenbar über Ländergrenzen hinweg. •

1 lsa-rechtsaussen.net/zu-gast-bei-faschisten-konferenz 2 Adinolfi wurde von den italienischen Behörden eine Beteiligung an dem Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna von 1980 mit 85 Toten zur Last gelegt 3 www.ilprimatonazionale.it/author/valerio-benedetti 4 www.stadtlandvolk.noblogs.org/post/2017/04/18/die-burschenschaft-germania-marburg-und-ihr-extrem-rechtes-netzwerk 5 www.ilprimatonazionale.it/politica/philip-stein-germania-alternativa-invasione-41924 6 www.radiobandieranera.org/?p=6372 7 www.podcast.jungeuropa.de/nach-hausbesetzung-in-rom-interview-mit-simone-di-stefano, http://podcast.jungeuropa.de/florenz-bombenterror-gegen-casapound 8 aktion-widerstand.de/?p=9040 9 www.stadtlandvolk.noblogs.org/post/2017/05/14/landeskongress-der-jungen-alternative-hessen-auf-dem-haus-der-marburger-burschenschaft-germania

BRAUNZONE

In Marburg fand am 29. April 2017 der Landeskongress der Jungen Alternative (JA) Hessen statt. Ausgerichtet von der Burschenschaft Germania Marburg versuchten Teilnehmer, vermummt und bewaffnet antifaschistische Recherchen gewaltsam zu unterbinden — und scheiterten grandios. Aber auch darüber hinaus stand das Treffen exemplarisch für das völkische Networking, welches die Burschen der Germania seit einigen Jahren betreiben.

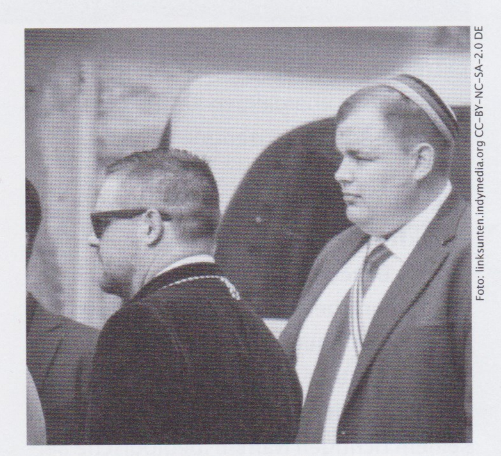
Schlagkräftige rechte Netzwerke in Marburg

GASTBEITRAG VON STADT.LAND.VOLK.

Am 29. April 2017 begaben sich Antifaschist_innen in die Lutherstraße, wo sich die Burschenschaften Rheinfranken und Germania Marburg eine Einfahrt zu ihren benachbarten Anwesen teilen. Dass der Landeskongress hier stattfinden würde, konnte sehr bald bestätigt werden, nachdem wichtige Funktionsträger aus verschiedenen Gliederungen von AfD und JA anreisten und sich zum Verbindungshaus der Germania begaben. Als Jan Nolte (Vorsitzender der JA-Hessen und Platz 4 für die Bundestagswahl) eintraf, attackierten drei Männer, vom Anwesen der Germania kommend, einen Fotografen, nicht ohne vorher noch Nolte und seine Begleitung in Empfang zu nehmen. Einer von ihnen war der umtriebige Neonazi und Rheinfranke Lars R., von den „Germanen“ schloss sich Philip Stein an, welcher von Torben Braga mit dem Fraktionsauto der thüringischen AfD an den Ort des Geschehens gebracht wurde. Laut antifaschistischer Recherchen waren Lars R. und eine unbekannte Person dabei mit Schlagstöcken bewaffnet. Der zweite Angriff ereignete sich wenig später, als Antifaschist_innen die weitere Anreise in der Lutherstraße dokumentierten und daraufhin von einer noch größeren Gruppe in Hemd, Krawatte und Sturmhauben angegriffen wurden. Sie stürmten den Antifas hinterher und versuchten mehrfach, diese zu attackieren. Hierbei soll unter anderem Reizgas eingesetzt worden sein. Eine dritte Kamera ermöglichte es, die mutmaßlichen Beteiligten des zweiten Angriffs zu identifizieren. So ist u.a. eine Bildserie von Personen aus der Angreifergruppe entstanden, während diese sich ihrer Vermummung entledigten. Bekannte Personen aus dieser Gruppe waren Philip Stein und Max Kolb. Kolb ist Sprecher der Burschenschaft Germania Marburg, Mitglied im Vorstand der JA-Hessen und war Kommunalwahlkandidat für die AfD Homberg.

Fadenscheinige Schuldabwehr

Trotz der umfassenden Bilderstrecken versuchen sich Burschen und AfD in ebenso umfassender wie fadenscheiniger Schuldabwehr. So behaupten sowohl die Burschen gegenüber der Polizei als auch Fabian Flecken (Vorstand der JA-Hessen) gegenüber der „Frankfurter Rundschau“, die Angegriffenen seien „auf das Gelände der Burschenschafter vorgedrungen“ und Burschen seien von „Antifa-Aktivisten“ attackiert und verletzt worden. Eine entsprechende Anzeige dazu sei bei der Polizei Marburg eingereicht worden. Nachdem anfänglich die Antifaschist_innen im Fokus der Polizei standen, ermittelt die Polizei einem Artikel der „Oberhessischen Presse“ zufolge mittlerweile „in alle Richtungen“. Die Polizei beklagte zudem die mangelnde Kooperationsbereitschaft der angeblich Geschädigten. Bedauernswert ist in der Nachbetrachtung vor allem auch das Nichtverhalten der örtlichen Politik. Im Marburger Kreistag wurde am 12. Mai 2017, also kurz vor Veröffentlichung der antifaschistischen Recherchen, einstimmig eine Resolution der AfD-Fraktion angenommen. In dieser wird sich „gegen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung“ ausgesprochen, ohne dass auf die Gewalttaten aus den Kreisen des AfD-Nachwuchses auf einer Parteiveranstaltung in Marburg eingegangen wird.



Torben Braga (rechts), beim Marktfrühschoppen in Marburg 2014.

Anwesend war immerhin der Großteil des Landesverbands der JA, an relevanten Gesichtern neben Nolte und Flecken auch die drei stellvertretenden Vorsitzenden. Aus dem Vorstand der hessischen AfD war Andreas Lichert zugegen, mit Simon Büssing zudem der Vorsitzende des Marburger JA-Ortsverbandes, seit dem Kongress darüber hinaus Beisitzer im Landesvorstand der JA. Neben den Gastgebern der Burschenschaft Germania zeigten sich zudem mehrere Burschenschafter der Rheinfranken.

Ein Teil der Angreifergruppe, hier u.a. Philip Stein und Max Kolb (mit Krawatte und Sturmhaube).



Handshake mit Neonazi

Der Neonazi-Aktivist Lars R. wurde vor Ort von Jan Nolte begrüßt, ein Handschlag ist fotografisch festgehalten. Burschenschaftler, rechte Aktivisten und ein bekannter Neonazis waren augenscheinlich in das aggressive Geschehen in der Lutherstraße mit eingebunden. Durch Lars R. und den rechten Autoren Benjamin Haasis zeigt sich exemplarisch, wie die Burschenschaft Rheinfranken ohne Berührungsängste Aktivisten der rechten Szene aufnimmt. Der „Blaue Narzisse"-Autor Benjamin Haasis erlangte vor einigen Monaten eine überregionale Bekanntheit, als in einer als „Rheinfranken-Leak" publizierten Veröffentlichung Fotos von ihm und einem weiteren Rheinfranken auftauchten. Hier posierte er u.a. vor einer Hakenkreuzfahne und allerlei NS-Devotionalien.

Rechte Konsolidierung

Doch auch bei der Burschenschaft Germania lohnt ein genauer Blick. So wirft die Anwesenheit von Torben Braga und Philip Stein einige Fragen auf. Braga ist ehemaliger Sprecher der Deutschen Burschenschaft (DB), vor geraumer Zeit jedoch nach Thüringen gezogen. Dort ist er nun Beisitzer im Landesvorstand der AfD, noch dazu Pressesprecher und Referent im Landtag. Einer breiteren Öffenlichkeit wurde sein Gesicht bekannt, nachdem er gemeinsam mit Björn Höcke aus dem KZ Buchenwald verwiesen wurde. Nach Marburg reiste er an jenem Tag mit dem Fraktionsauto der AfD Thüringen. Aus diesem Auto heraus soll sich Philip Stein in die Situation des ersten Übergriffes begeben haben. Aus der Anwesenheit der Beiden lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit folgern, dass es bei dem Kongress um mehr ging als um die Konsolidierung der JA in Hessen. Dass wenige Tage später eine „Identitäre Bewegung Marburg" ihre Gründung verkündete und ihre ersten Aktionen anscheinend in den selben Räumen vorbereitete, in denen auch der Kongress stattfand, bestärkt diese Vermutungen.

Philip Stein gilt als ein Nachwuchskader der rechten Szene mit einem Fokus auf außerparlamentarische Organisationen. Schon zu seiner Studienzeit in Marburg knüpfte er u.a. als Autor für die rechte Zeitung „Sezession" Kontakte zu Vertretern der „Konservativen Revolution". 2016 gründete er gemeinsam mit Götz Kubitschek und Jürgen Elsässer die rechte Initiative „EinProzent". Als Vorsitzender dieses Vereins aquiriert Stein Geld für rechte Strukturen und leistet Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit. So sprach er im Februar diesen Jahres bei PEGIDA und besuchte wenige Tage später die „Winterakademie" des „Institut für Staatspolitik" (IfS). Des weiteren gründete er im letzten Jahr den „Jung Europa"-Verlag. Dort verlegt und rezensiert er bisher vor allem französische Frühfaschisten bzw. Protagonisten der an diese anknüpfenden „Neuen Rechten".

„Burschen heraus!"

Diese Agenda scheint auch die Burschenschaft Germania angenommen zu haben. Bis vor wenigen Jahren waren sie vor allem damit beschäftigt, die „Deutsche Burschenschaft" mit inhaltlichen Veranstaltungen nach rechtsaußen zu treiben. Diese Phase der burschenschaftlichen Selbstgespräche mag bewusst zur Konsolidierung gedient haben, schließlich solle die existentielle Bedrohung des deutschen Volkes „grundiert, aus einer weltanschaulich gefestigten Bastion heraus" abgewehrt werden, wie Götz Kubitschek bei seiner Rede auf dem Burschentag 2015 forderte. Gewichtiger scheinen jedoch die Potentiale, die sich mit AfD, PEGIDA und Co. ergeben haben. Innerhalb weniger Jahre sind Anknüpfungspunkte entstanden, von denen „jeder auf seinem Posten, jeder auf seine Weise — in der Freiheitsbewegung wirkt", wie es der Germania Burschenschaftler und rechte Rap-Musiker („Komplott") Patrick Bass in einem Interview für eine Website der „Identitären" formulierte.





Der Fall der Burschenschaft Germania Marburg steht dabei exemplarisch für ganz ähnliche Entwicklungen um Burschenschaften, AfD und IB in anderen Städten. •

Kontakt: https://stadtlandvolk.noblogs.org

Mehr zum Thema:

- Leopold Lubbe und Sonja Brasch: „Neurechte" Plattformen. Zu Besuch bei Marburger Burschenschaften. In Lotta Nr. 56
- Leopold Lubbe und Sonja Brasch: Initiative Burschenschaftlicher Rechtsruck. Die Marburger germania verfestigt den Rechtskurs der„Deutschen Burschenschaft". In Lotta Nr. 60

ANTIFA

An vier Tagen mit rund 50 Vorträgen und Workshops fand in Chemnitz im April 2017 der Antifa Jugendkongress (JuKo) statt. Organisiert vom sächsischen Antifa-Bündnis WASTELAND, tauschten sich rund 300 jüngere und ältere Antifaschist_innen im AJZ Chemnitz aus.

Antifa Jugendkongress in Chemnitz

Was ist das WASTELAND-Bündnis und was macht ihr außerhalb der JuKo-Vorbereitung?
WASTELAND ist eine (über-)regionale Vernetzung linksradikaler, antifaschistischer und antirassistischer Gruppen und Zusammenhänge. Entstanden ist die Vernetzung, um gegen die anhaltenden rassistischen Mobilisierungen in Deutschland vorzugehen, welche insbesondere in Sachsen gesamtgesellschaftlichen Rückhalt gefunden haben. Überrascht hat uns das kaum - schließlich wurde das Feld über Jahrzehnte durch eine (national-) konservative, reaktionäre und antisoziale Regierungspolitik bestellt.

Die Situation ist durch einen starken Anstieg rechtsmotivierter Übergriffe geprägt. Dort einzuschreiten, wo wir Schlimmeres verhindern können, bleibt wichtige Aufgabe antifaschistischer und antirassistischer Gruppen und damit auch von WASTELAND. Dies ist kein Selbstzweck, sondern gerade in den ländlichen Regionen oft Voraussetzung für den Erhalt einer emanzipatorischen Perspektive. Damit solche Interventionen eine Wirkung entfalten, ist es sinnvoll, sich über Ziele und Strategien auszutauschen.

Gleichzeitig ist uns klar, dass die Gemengelage, mit der wir konfrontiert sind, nicht durch die Hatz von Aktion zu Aktion zu lösen ist. Während sich rassistische Mobilisierungen als flächendeckendes Phänomen zeigen, sind wahrnehmbare Gegenbewegungen hauptsächlich auf wenige Großstädte konzentriert. WASTELAND ist ein Ansatz, genau dieses Problem anzugehen: Wir wollen eine Vernetzung zwischen ländlichen, kleinstädtischen und großstädtischen Strukturen etablieren. WASTELAND ist ein Versuch einer linksradikalen Organisierung mit langfristiger Perspektive.

Ihr habt ein beeindruckend weitreichendes Angebot an Vorträgen, Workshops und Diskussionen geschaffen. Wie war die Resonanz der Teilnehmer_innen?
Soweit wir das einschätzen können, hauptsächlich positiv. Wir haben versucht, Veranstaltungen mit verschiedenen Grundvoraussetzungen zu installieren, bei 300 Teilnehmer*innen wird es immer wen geben, der*die nicht 100 Prozent zufrieden sein wird, was völlig okay ist. Kritik gab es eher an strukturellen/organisatorischen Dingen, wie zum Beispiel dem Verhältnis von Orga-Menschen und Teilnehmer*innen und seinen Auswirkungen. Dieser Kritik wollen wir uns aber annehmen und versuchen, die Ursachen zu beheben. Hierfür ist es wichtig, einen hohen Grad an Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten zu bieten. So gab es neben „Meckerboxen", täglichen Vollversammlungen auch offene Vorbereitungstreffen in Dresden, Bautzen und Leipzig. Einbringen konnten sich dann später aber auch Menschen in Reproduktions- bis Pressearbeit und vielen Bereichen mehr.

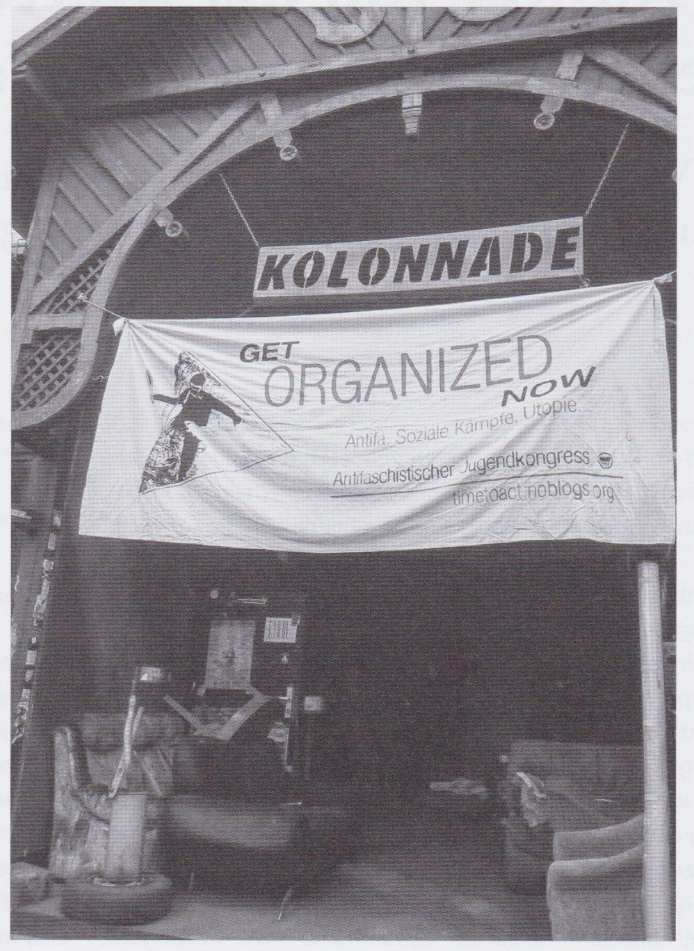
Welche Vorträge und Workshops kamen bei den Teilnehmer_innen besonders gut an?
Puh, das ist schwer zu sagen, gerade bei solch einer Fülle an Veranstaltungen! Den einen gefallen die praktischeren Workshops, die anderen geben sich die Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie. Nicht alle Workshops waren gut besucht, was aber der Fülle des Programms geschuldet sein dürfte. Besonders gefragt sind natürlich Veranstaltungen mit einer gewissen Aktualität, wie zum Beispiel der aktuelle Rechtsruck, rassistische Mobilisierungen oder die kapitalistische Krise. Aber auch Themen wie Feminismus oder Militanz haben viele Menschen angezogen.

Der JuKo fand bereits zum zweiten Mal in Chemnitz statt. Wie kamt ihr zu der Entscheidung Chemnitz als Standort zu wählen und nicht Leipzig oder Dresden?
Chemnitz war so etwas wie ein Kompromiss. Wir wollten raus aus den vermeintlichen „Wohlfühlzonen" — wobei es da jetzt nicht so viele gibt — benötigen aber auch eine gewisse Infrastruktur.

Chemnitz hat seit Jahrzehnten eine aktive und gut vernetzte Rechte, der etwas entgegen gestellt werden muss, mit dem AJZ und der fitten und jungen linken Szene aber auch die infrastrukturellen Voraussetzungen für ein so großes Projekt wie den JuKo. Ein Camp war auch schon im Gespräch, doch das würde die organisatorischen Hürden noch höher setzen. Leuten, denen dieses Format entgegen kommt, empfehlen wir das Faetzig Camp oder das Antifa Camp Weimar/Buchenwald.

Wie schätzt ihr die Bedeutung eines solchen Kongresses ein? Welche Rolle spielt er für die Vernetzung in Sachsen und darüber hinaus?
Naja, die Blindgänger des sächsischen Verfassungsschutzes räumten dem JuKo 2016 eine recht große Rolle in Sachen Vernetzung ein. Nein, im Ernst: Für (junge) Menschen, gerade in der so genannten Provinz, ist es wichtig zu wissen, dass sie mit der Gesamtscheiße nicht allein sind und an wen sie sich wenden können, wenn sie, weswegen auch immer, Support benötigen. Doch allein schon die Orga des JuKo führt dazu, dass sich Gruppen und Menschen aus verschiedenen Städten und auch verschiedenen Kontexten vernetzen müssen! Am Beispiel Chemnitz ist festzustellen, dass sich infolge des JuKo 2016 etwas getan hat. Neue Gruppen sind entstanden, Menschen und Gruppen haben sich untereinander vernetzt, wodurch gemeinsame Aktivitäten zustande kamen. Auch Wissensweitergabe und gemeinsame Diskussionen, zum Beispiel über Strategien linksradikaler Politik in Sachsen, waren wichtig. Letztendlich sollte sich aber auch nicht auf dem Wochenende ausgeruht werden. Linksradikale Politik muss auch an allen anderen Tagen im Jahr stattfinden.

Chemnitz gilt als eine der Hochburgen der extrem rechten Szene. Wie äußerte sich dies während des JuKo, bzw. davor und danach? Gab es zudem Probleme mit der Polizei und den städtischen Behörden?
Chemnitz ist seit Jahrzehnten ein Hotspot der extremen Rechten. Der NSU tauchte hier unter und hatte ein großes Unterstützer*innen-Umfeld. Es gab und gibt zudem in der Fußball-Fanszene einflussreiche Gruppierungen wie etwa die „NS-Boys" oder die „HooNaRa" („HooligansNazisRassisten"). Desweiteren ist Chemnitz immer noch ein Zentrum von RechtsRock samt Vertriebsstruktur. Das bundesweit bekannte Label „PC Records" hat hier seinen Sitz und Läden wie das „Rascal" oder „Backstreetnoise" vertreiben seit über zehn Jahren rechte Lifestyle-Artikel. Neonazis sind hier gesellschaftlich verankert. So stellte zum Beispiel die „Haller Security" — die Firma



des Gründungsmitglieds der „HooNaRa", Thomas Haller — in der Vergangenheit mehrfach den Schutz für den Weihnachtsmarkt, das Presse- und das Stadtfest.

Im Kontext des JuKos waren allerdings keine besonderen rechten Aktivitäten zu vernehmen. Es gab in 2017 dennoch vermehrt Angriffe, die auf ein rechtes Tatmotiv schließen lassen. Genannt seien hier die Schüsse auf die linksalternativen Räumlichkeiten „Lokomov" und das „Kompott", sowie brennende Autos auf dem Gelände des Wohnprojektes „B-Hof". Die Cops waren dieses Jahr zurückhaltender, was sich darin äußerte, dass sie nicht ständig vor dem Projekt wahrnehmbar waren. Was allerdings nichts heißen muss. Die Stadt selber wurde etwas nervös, als die Presse den Verfassungsschutz zu Wort kommen ließ, welcher den JuKo als „linksextrem" einstuft. Schade, dass man sich auch 2017 noch an „linker Gewalt" hochzieht, statt über Inhalte zu sprechen. Uns als WASTELAND-Vernetzung selber tangiert das am Ende nicht wirklich, aber es macht es für uns natürlich schwerer, andere Klientel zu erreichen, da der Extremismus-Quark leider doch in vielen Köpfen wirkt.

Was nehmt ihr für euch selbst aus den vier Tagen mit? Seid ihr eher erschöpft oder hoch motiviert?
Klar war es anstrengend! Zumal wir Wert darauf legten, dass wir wenig Referent*innen einladen, sondern die vielen Veranstaltungen selbst stemmen. Doch auch die strukturellen Aufgaben, ja, auch die Reproduktion, waren sehr kräftezehrend. Dennoch hat es viel Spaß gemacht. Wir als Orga gehen definitiv hochmotiviert aus dem Wochenende raus und bestimmt geht es Anderen ähnlich.

Vielen Dank, dass ihr euch die Zeit für dieses Interview genommen habt. Wird es 2018 wieder einen JuKo in Chemnitz geben?
Die Resonanz, positiv wie negativ, wird uns als WASTELAND intensiv darüber nachdenken lassen, das Konzept weiter zu verfolgen. Ob in Chemnitz..? WASTELAND wird aber auch abseits des JuKos versuchen, der Gesamtscheiße etwas entgegen zu stellen. Ihr hört sicher von uns! •

wasteland.noblogs.org

ANTIFA

Runter von der Matte. Kein Handshake mit Nazis

Warum eine Kampagne gegen Neonazis im Kampf- und Kraftsport notwendig ist

Neonazis sind im Kampf- und Kraftsport immer häufiger anzutreffen. Durch eine Fülle an rechten Klamotten-Labels wird die Szene zudem mit eigenen Codes und Designs ausgestattet.

Angefangen bei der von rechten Hooligans stark beeinflussten Freefight-Szene, über vereinzelte Teilnahmen von Neonazis an kommerziellen Wettkämpfen, der Gründung eigenständiger rechts-offener Vereine bis hin zur Vermarktung des Lifestyles durch Kleidungsmarken wie „Label 23". All das waren die Vorboten und Wegbereiter einer Szene, die heute europaweit vernetzt ist, eigene Kampfsport-Events organisiert, Sportgruppen fördert und Seminare und Kurse gibt.

Neonazis wurden zu lange hofiert und toleriert. Klare Positionierungen und Distanzierungen fand man im Kampfsport-Mainstream nur bei wenigen couragierten Organisator_innen und Gyms. Selbst wenn Neonazis als solche klar erkennbar sind, wie etwa der Hamburger MMA-Kämpfer Frank Kortz (Vgl. AIB Nr. 110 „Neonazis im Rotlichtmilieu"), zählt für einige große Veranstalter_innen letztlich der Wettkampf und dessen Vermarktung. Wenn dann noch aufstrebende Kampfsport-Formate den rechten Kämpfern eine mediale Plattform bieten, ist das Kind längst in den Brunnen gefallen.[1]

Ohnehin gesellschaftlich nur partiell akzeptierte Sportarten wie MMA (Mixed Martial Arts) geraten dadurch weiter in die verruchte Ecke und wecken zudem zusätzliches Interesse von rechts.

Hinsehen

Besonders in den letzten zehn Jahren treten Neonazis vermehrt innerhalb der MMA-, Kickbox- und Weightlifting-Szene auf. Nicht, dass sie je weg gewesen wären, doch durch den Image-Wandel, den Teile der rechte Szene[2] in diesen Jahren durchliefen, ist eine Präsenz stärker spürbar.

Wegen der martialischen Auslebung und Wirkung sind vor allem die Kampfsportarten im Vollkontakt prädestiniert, von Neonazis aufgegriffen zu werden. Dabei ist nicht nur das entstehende Bild von Stärke und Wehrhaftigkeit Grund für diese Attraktion seitens der Neonazis, sondern auch der Gesundheits- und Körperkult, der im Sport ausgelebt werden kann. So gehört u.a. Veganismus und körperliche Fitness in der sogenannten NS-Hardcore-Szene schon lange zum guten Ton.

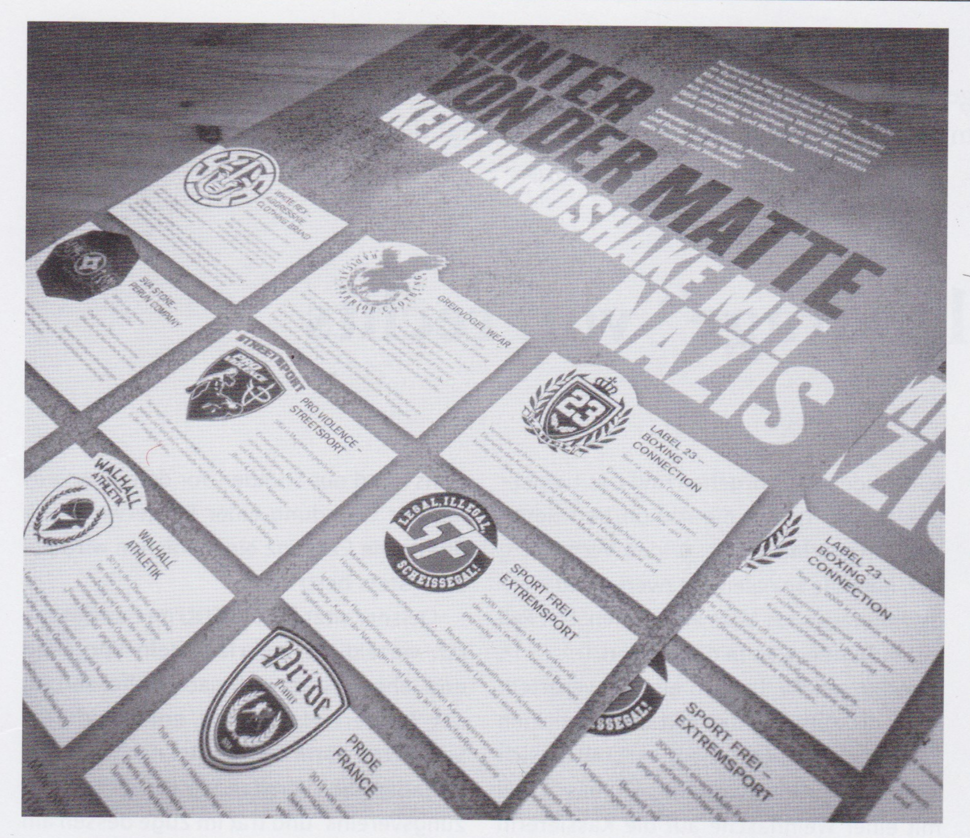
Die Losung „gesunder Geist im gesunden Körper", welche schon im historischen Nationalsozialismus verklärt wurde, um „körperlich schwache Menschen" zu selektieren, lässt sich erneut in der rechten Szene finden. Ähnlich wie im Dritten Reich stellt man Bezüge zu völkisch-rassistischen Vorstellungen von Körper, Gesundheit und Gemeinschaft her. Besonders die Gemeinschaft und der Gemeinschaftsgedanke — trotz dessen, dass MMA und Kickboxen als Individualsportarten gelten — sind wichtig, um ein geschlossenes Auftreten im Gym und auf Veranstaltungen vermitteln zu können. Eigene Labels tragen dabei nicht unwesentlich zu einer Bildung von Gemeinschaft bei. Mit Slogans wie „Might is Right" (dt. „Macht geht vor Recht"), „Stärke durch Disziplin" oder „no fight, no glory" (dt. „Ohne Kampf kein Ruhm") wird auf den Klamotten eine Ästhetik geboten, die den einher gehenden elitären Habitus bestärkt.

Ansprechen

Unsere Kampagne „Runter von der Matte — Kein Handshake mit Nazis" soll aufklären und Hilfestellung für mögliche Interventionen leisten. Sie soll ein Angebot an alle Trainer_innen, Gyms und Sportler_innen sein, sich ohne viele Vorkenntnisse über die extrem rechte Szene und ihre Labels im Kampf- und Kraftsport zu informieren. Denn ganz oft fehlt den Sportbegeisterten lediglich der Ansatz.

Sicherlich sollten 2017 Hakenkreuz-Tätowierungen oder Kleidungsstücke der Marke „Thor Steinar" den meisten ein Begriff sein, doch das Thema ist in der Breite viel subtiler und vielschichtiger. Zum einen kann die Neonazi-Szene auf rund zwanzig bekannte, eigene und szene-nahe Marken blicken, deren Logos und Designs explizit an die Kampf- und Kraftsportszene anknüpfen. Zum anderen haben sich Neonazis im Sport einen „Namen" machen können und sind dadurch gefragte Leute. Nicht jeder und jede trägt die Gesinnung offen zur Schau, aber die meisten haben eine einschlägige Historie bzw. Verbindung in die Szene.

Wir wollen mit unserer Kampagne einen Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Wir wollen das Thema endlich an-



sprechen, wollen informieren und intervenieren.

Da wir selbst aktiv Kampf- und Kraftsport betreiben, ist die Kampagne selbstverständlich auch ein persönliches Bedürfnis. Vor allem in den kleinen Städten haben Antifaschist_innen oft keine eigenen Räume oder Vereine. Wenn dann die Trainingspartner_innen zusätzlich noch der rechten Szene zugeordnet werden können, vergeht schnell der Spaß am Training.

Unser Ziel ist es, Argumentationshilfen für Gym- Betreiber_innen und Trainer_innen zu bieten, um den Neonazis diese Räume zu nehmen. Der „Wettkampf" hört bei uns bei der Teilnahme von Neonazis und deren Sympathisant_innen auf. Den Handshake — ein symbolisches Abklatschen für einen fairen, sportlichen, respektvollen Umgang und Austausch miteinander — wollen wir keinem Neonazi beim Training oder auf irgendwelchen Kampfsportveranstaltungen anbieten. Sie mögen sich vielleicht im Ring oder im Gym sportlich fair verhalten, doch die Ideologie der extremen Rechten war schon immer an Macht und Gewaltausübung zum Erreichen politischer Ziele angeknüpft. Ein angeleitetes Training in einem regulären Gym fördert diesen Kampfethos und schafft neue Möglichkeiten für körperliche Auseinandersetzungen.[3]

Sport kann zwar Ventil sein, Aggressionen abbauen und integrativ wirken, aber, dass organisierte Neonazis ohne konkrete Absicht auf Ausstieg durch Kampf- und Kraftsport zu besseren Menschen werden, muss doch stark angezweifelt werden. Anstelle dessen tritt eher eine Verharmlosung und Akzeptanz seitens der Trainingspartner_innen ein, denn wenn Neonazis für ihr Gym im Ring stehen, stärkt dies den Team-Geist und schafft Vertrauen sowie persönliche Bindung.

In Hinblick auf Neonazi-Labels, die Wettkampfsport und rechte Inhalte miteinander verbinden, darf auch nicht vergessen werden, dass die Duldung dieser eine stille Akzeptanz von Neonazis im Sport schafft. Dadurch öffnet man ihnen die Möglichkeit sich auf dem Markt zu etablieren und Gelder aus der Vermarktung in eigene Turniere und Veranstaltungen fließen zu lassen.

Einmischen

Unsere Kampagne wird mit der Veröffentlichung eines Plakates starten, das sich visuell wie auch inhaltlich mit neun Klamotten-Marken auseinandersetzt, die aus der Neonazi-Szene stammen und mit ihren Designs explizit auf die Kampf- und Kraftsportszene zielen. Mit Bildern und Erklärungen wollen wir eine Argumentationshilfe geben, um Neonazis aus dem Gym, aus dem Publikum oder aus dem Ring werfen zu können. Ein zeitgleich zum Plakat erscheinender Blog wird sich ferner mit den abgebildeten Marken — sowie zehn weiteren — im Detail befassen. Der Blog soll in Zukunft aber auch Informationen zu Kampf- und Kraftsport-Events bereitstellen, die entweder aus der extrem rechten Szene organisiert werden oder an denen sich Neonazis im einzelnen beteiligen. Ein Pressearchiv wird zudem diverse Hintergrund-Artikel zum Thema einspeisen.

Wir hoffen natürlich auf eine positive Resonanz innerhalb antifaschistischer Zusammenhänge im Kampfsport und würden uns sehr wünschen, wenn die Kampagne auch in nicht explizit politisch geprägten Gyms Anklang findet. Nutzt das Logo[4] für Veranstaltungen, verbreitet die Plakate, damit es bald mehr sportbegeisterte Menschen gibt die da sagen: Runter von der Matte! Kein Handshake mit Nazis! •

runtervondermatte.noblogs.org

1 So wurde Frank Kortz im Nachgang eines Kampfes in 2015 vom „Ground & Pound TV" auf seine „alt-indischen Glückssymbole" (sic!) angesprochen — seine tätowierten Hakenkreuze — worauf er antwortete, er mache keine Politik im Ring, da er seine Tätowierungen ja nicht offen zur Schau stelle. **2** Weg vom Bild des stumpfen Neonazi-Skinheads, hin zum Ideal des „smarten", wehrhaften Kämpfers. **3** Dies wird u.a. am Beispiel des Neonazi-Angriffes auf den alternativen Stadtteil Connewitz 2016 in Leipzig deutlich, bei dem ein nicht unerheblicher Teil der AngreiferInnen aktiv Kampfsport betreibt. **4** Das Logo wird demnächst auf dem Blog zur Verfügung stehen.

RASSISMUS

Eine vermeintliche Bürgerwehr, eine Solidaritätskampagne, ein eingestelltes Verfahren, bedrohliches Klima im Ort — Der Fall Arnsdorf (Sachsen) zeigt den erfolgreichen Schulterschluss rechter Akteure

„Zivilcourage" von rechts

Über Arnsdorf, ein kleiner Ort nahe Dresden, wird immer wieder als ein „gespaltener Ort" gesprochen. Bereits 2015 lud sich die Stimmung im Dorf rassistisch auf, als bekannt wurde, dass Geflüchtete untergebracht werden sollen. Die Asylunterkunft wurde nie realisiert — dafür Arnsdorf für rechte Umtriebe bundesweit bekannt.

Ein Video, in dem der aus dem Irak geflüchtete Shabas S. von vier Männern einer vermeintlichen Bürgerwehr aus einem Supermarkt gezerrt wird, sorgte 2016 überregional für Aufmerksamkeit. Ein Jahr später ist er tot, der Prozess um die Freiheitsberaubung eingestellt, die rechte Schulterschlusskampagne „Solidarität für Arnsdorf" erfolgreich und der Fall keineswegs abgeschlossen.

„Ist schon schade, dass man 'ne Bürgerwehr braucht, oder?"

In dem im Juni 2016 veröffentlichten Video ist zu sehen, wie ein junger Geflüchteter an einer Supermarktkasse steht. Offenbar gibt es Unstimmigkeiten zwischen ihm und der Kassiererin. Plötzlich betreten vier Männer den Markt, gehen zielstrebig auf ihn zu, packen und zerren ihn aus dem Laden. Es ist eine Frauenstimme zu hören: „Ist schon schade, dass man 'ne Bürgerwehr braucht, oder?". Dass die Männer Shabas S. anschließend mit Kabelbindern an einen Baum fesselten, ist auf dem Video nicht mehr zu sehen.

Die hinzugerufene Polizei bescheinigte ihnen — so die Täter — alles richtig gemacht zu haben und führte den Geflüchteten ab. Auch der Görlitzer Polizeichef verteidigte das Verhalten der Vier als korrekt und notwendig.

Die Arnsdorfer Bürgermeisterin verurteilte indes das Vorgehen und positionierte sich klar gegen die Aktion und deren UnterstützerInnen. Das Video verbreitete sich über die sozialen Netzwerke und wurde zehntausende Male angesehen. Der Fall geriet bundesweit in die Medien.

Während die Tat von einigen verurteilt wird, die zum Teil das Bild des hässlichen Sachsen bestätigt sehen, verbreiten sich aber auch wilde Gerüchte. Shabas S. sei mit einer Weinflasche auf die Kassiererin losgegangen, hätte im Supermarkt randaliert und gestohlen. Viele sind sich einig: Die Männer bewiesen Mut und schützten die Bevölkerung vor einer Bedrohung. Auf rechten Plattformen werden sie wie Helden gefeiert .

Geschehen war der Angriff bereits am 21. Mai 2016. Zu dieser Zeit war Shabas S. Patient in der psychiatrischen Klinik Arnsdorf. Er soll an diesem Tag mehrere Male im Netto-Markt erschienen sein und versucht haben, eine leere Telefonkarte umzutauschen. Mehrere Medien berichteten dabei übereinstimmend: Es gab keine Hinweise auf einen Diebstahl oder gewalttätige Handlungen. Ein zunächst eingeleitetes Verfahren gegen ihn wird eingestellt. Ermittelt wird stattdessen wegen Freiheitsberaubung gegen die vier Männer.

Erfolgreiche Solidaritätskampagne für stolze Angeklagte

Die im Video zu sehenden Männer Detlef Oelsner, Felix Leutloff, Bernd Götz und Sebastian Rätke bekennen sich zu der Tat und verteidigen ihr Vorgehen. Sie inszenieren sich als Opfer medialer und staatlicher Willkür. Ihre „Zivilcourage" werde ihnen nun zum Verhängnis gemacht. Auf der Facebook-Seite des „Arnsdorfer Bürgerforums" wird nur Stunden vor dem Übergriff mit der Gründung einer Bürgerwehr gedroht. Die Existenz einer solchen wird jedoch stets bestritten.

Oelsner sitzt für die CDU im Gemeinderat, verteidigte mehrfach sein Vorgehen und lehnte es ab, sich nach Aufforderung der Bürgermeisterin zu entschuldigen. Seine Frau Karin Oelsner ist nach eigenen Angaben die „Vorsitzende des Unterstützungsvereins" und trat im Zuge dessen am 10. April 2017 bei PEGIDA in Dresden auf.

Leutloff und Rätke teilen in sozialen Netzwerken extrem rechte Inhalte. Rätke ist außerdem, zumindest virtuell, mit dem lokalen Ableger des „Road Eagle MC" verbunden. Der vierte Angeklagte Götz ist Mitglied dieses im Ort gut integrierten Motorrad-Clubs.

Zwei der RechtsanwältInnen im Prozess sind aus den Kreisen der Neuen Rechten in Sachsen bekannt. Frank Hannig ist PEGIDA-Unterstützer der ersten Stunde und CDU-Mitglied. Maximilian Krah war 25 Jahre lang CDU-Mitglied, wechselte kürzlich zur AfD und ist als rechtspopulistische Szenegröße zu betrachten. Beide engagieren sich, neben der eigentlichen Verteidigung, mit Videos und Textbeiträgen zum Fall.

Im Februar erstellte Krah eine Facebook-Seite, auf der er zu Spenden für das Verfahren aufrief und den Fall thematisierte. Wenig später übernahm die rechte „Ein Prozent"-Initiative und baute eine erfolgreiche Kampagne auf. Nach eigenen Angaben gingen über 20.000€ auf das Spendenkonto ein, dessen offizieller Empfänger Detlef Oelsner ist. „Ein Prozent" produzierte außerdem ein Video, in dem drei der Angeklagten sowie Rechtsanwalt Krah



Foto: Screenshot Twitter



Foto: Screenshot Facebook

Links: 10. April 2017, PEGIDA-Demonstration in Dresden. Zwischen den Flaggen der extrem rechten „Identitären" sieht man dutzende Schilder der neu-rechten „Ein Prozent"-Initiative, die mit dem Slogan „Zivilcourage ist kein Verbrechen" den Angeklagten aus Arnsdorf Solidarität zu spricht.

Oben: Am 19. Februar 2017 versammelten sich rund 60 Personen in Solidarität mit den Angeklagten vor dem Netto-Supermarkt in Arnsdorf. Die vier, Detlef Oelsner, Bernd Götz, Felix Leutloff und Sebastian Rätke (v.l.n.r.) sind im Vordergrund zu sehen. Das Bild wurde u.a. von der „Ein Prozent"-Initiative verbreitet.

mitwirkten. Als die Betreiber_innen des Netto-Marktes eine Unterlassung gegen die Darstellung des Marktes auf Propagandamaterial seitens der Kampagne erwirkten, wurde kurzerhand zum Boykott des Marktes aufgerufen. UnterstützerInnen fordern außerdem bei PEGIDA und in sozialen Netzwerken „Solidarität mit den Arnsdorfer Helden" und monierten, dass „Zivilcourage unbescholtener Bürger" nun bestraft würde. Der Slogan „Zivilcourage ist kein Verbrechen" wurde im lokalen rechten Milieu schnell etabliert.

Hauptbelastungszeuge tot aufgefunden

Eine Woche vor dem geplanten Prozessbeginn Ende April 2017 fand ein Jäger eine Leiche im Tharandter Wald. Schnell wurde klar: Es ist der Gefesselte von Arnsdorf, der zuletzt in einer Unterkunft nahe des Fundortes gelebt hatte. In einer Obduktion konnte der Todeszeitpunkt auf Januar 2017 eingegrenzt werden. Eine Gewalteinwirkung sei nicht erkennbar, teilten die Behörden mit, die Todesursache sei Unterkühlung gewesen. Die Ermittlungen zu den genauen Todesumständen, etwa warum der Mann im Wald gewesen war oder ob es einen Zusammenhang zwischen seinem Tod und einer epileptischen Erkrankung gibt, dauern an.

Prozess wird zum Eklat

Bereits am frühen Morgen des 24. April 2017 fanden sich etwa einhundert SympathisantInnen mit Schildern und Transparenten am Amtsgericht in Kamenz ein. Die Behörden unterschätzten offenbar die Brisanz des Prozesses. Der Rahmen und die Gestaltung der Verhandlung ließen es Berichten zufolge zu, einen Schauprozess zugunsten der Angeklagten zu führen.

Wenige Stunden nach Eröffnung des Verfahrens wurde es nach §153 StPO ohne Auflagen eingestellt. Zur Begründung hieß es, geringe Schuld und fehlendes öffentliche Interesse an der Strafverfolgung hätten zur Entscheidung geführt. Da die Einstellung mit der Zustimmung aller Seiten stattfand ist der Fall juristisch damit abgeschlossen. Ohne Hauptzeugen sei es zudem nicht möglich gewesen, sich ein umfassendes Bild zu machen.

Am Abend desselben Tages ließen sich Bernd Götz und Frank Hannig bei PEGIDA bejubeln. Außerdem erschienen an diesem Abend Felix Leutloff, Sebatian Rätke und der Chef des MC „Road Eagle" bei der Gemeinderatssitzung, bedrohten Anwesende und forderten die Bürgermeisterin dazu auf, sich nun zu entschuldigen und zurückzutreten. Diese zog daraus Konsequenzen und erstattete Anzeige gegen die Drei.

Staatsanwaltschaft und Zeuge bedroht

Wenig später wurde — nach einem Hin und Her von Informationen und Dementi — bekannt, dass ein ermittelnder Staatsanwalt massiv bedroht und ein Zeuge eingeschüchtert wurde.

Bereits am Prozesstag wurden Richter und Staatsanwaltschaft von Personenschützern des LKA begleitet. In insgesamt fünf Fällen wird nun deswegen ermittelt. Von einem politischen Motiv wird dennoch nicht ausgegangen. Es sei nicht gesichert, dass der Arnsdorfer Fall wirklich ursächlich für die Bedrohungen ist, so die zuständigen Stellen.

„Uns wurde klar zu verstehen gegeben, dass es im Ort keine Hemmschwelle mehr gibt."

In mehreren Berichten wird ein bedrohliches Klima im Ort beschrieben. Wer nicht an der Seite der „Zivilcouragierten" steht, wird scheinbar schnell zum Feind.

Immer wieder neue Informationen zum Fall sorgen für weitere Nachrichten. Den von vielen ersehnten Dorffrieden wird es wohl vorerst nicht geben. Die geladene Stimmung fasste ein Gemeinderat und Mitglied von „Buntes Arnsdorf" treffend zusammen: „Uns wurde klar zu verstehen gegeben, dass es im Ort keine Hemmschwelle mehr gibt." •

RASSISMUS

Über zwei Jahre nach dem internationalen March for Freedom sind sechs Asylrechts-Aktivist*innen in Luxemburg-Stadt angeklagt. Während eines friedlichen Aktionstags am 5. Juni 2014 war es in Luxemburg zu einem massiven Gewalteinsatz der Polizei und Festnahmen gekommen. Nun wird den Angeklagten „geplante bewaffnete Rebellion" vorgeworfen.

March for Freedom

Für die Freiheit gelaufen, jetzt folgt die Repression

MARIA RENVILLE

Beim selbstorganisierten March for Freedom liefen ca. 100 Aktivist*innen von Mai bis Juni 2014 mehr als 500 Kilometer von Straßburg nach Brüssel. Um gegen die europäische Migrations- und Asylpolitik und für Bewegungsfreiheit zu protestieren, überquerten sie friedlich sechs EU-Landesgrenzen und organisierten Aktionstage in mehreren Städten, sowie ein einwöchiges Protestcamp in Brüssel. Gefordert wurden die Abschaffung des EU-Grenzregimes, der Dublinregelungen sowie von Abschiebungen, Residenzpflicht und Lagern.

In Luxemburg hatte eine Delegation von Geflüchteten um Mitsprache bei der EU-Innenministerkonferenz gebeten, in welcher unter anderem die Bekämpfung von Migration durch die sogenannte „Task Force for the Mediterranean" auf der Agenda stand. Dem friedlichen Protest wurde daraufhin ein massiver Polizeieinsatz entgegengesetzt. Mit Reizgas, Schlagstöcken und Hunden ohne Maulkorb gingen die Beamt*innen auf die Protestierenden los. Eine Aktivistin wurde von einem Hund gebissen und mehrere Teilnehmende erlitten Verletzungen durch Reizgas und Schläge. Auch Polizist*innen wurden durch ihr eigenes Reizgas verletzt und wollen dies den Aktivist*innen anlasten. 13 Teilnehmende wurden festgenommen. Einige wurden anschließend auf der Wache misshandelt und rassistisch erniedrigt.

Der Einsatz brachte der Luxemburger Polizei heftige Kritik im eigenen Land ein. Auf direkte Anordnung des Luxemburger Innenministeriums wurden alle Verhafteten wenige Stunden später entlassen und konnten ohne weiteres das Land verlassen. Luxemburger Jurist*innen kritisierten den „unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt" seitens der Polizei. Ein Untersuchungsausschuss des Innenministeriums befasste sich daraufhin mit dem Einsatz.

Mehr als zwei Jahre nach dem Vorfall, kurz vor Ende der Verjährungsfrist, erhob die Staatsanwaltschaft Anklage. Der Vorwurf: gemeinschaftlicher Verstoß gegen Art. 269 des Luxemburger StGB (geplante bewaffnete Rebellion), zudem noch einzeln Körperverletzung, Sachbeschädigung, Beleidigung und Widerstand. Der von der Staatsanwaltschaft gewählte Zeitpunkt der Anklage machte eine Gegenklage unmöglich. Aus Angst vor negativen Konsequenzen, insbesondere für Beteiligte ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, hatten wurde dies vorher unterlassen.

Am 5. und 6. April 2017 fand in Luxemburg der Gerichtsprozess statt. Sechs Aktivist*innen waren vorgeladen, vier sind vor Gericht erschienen. Nachdem der erste Termin für die Gerichtsverhandlung wegen fehlender arabischer Übersetzung vertagt worden war, gab es bei diesem Termin zumindest eine Ketten-Übersetzung.

Die Vorwürfe konnten auch in der Gerichtsverhandlung nicht glaubhaft bestätigt werden. Die Polizei hatte weder am Ort des Geschehens, noch an den Festgenommenen Waffen festgestellt. Auch auf einem Video sind keinerlei Übergriffe auf Polizeibeamt*innen zu sehen. Was auf dem Material jedoch zu sehen ist: Polizist*innen, die Protestierende brutal Treppen hinunter stoßen und schleifen; Polizei, die Pfefferspray gegen Protestierende einsetzt, die friedlich hinter einer Absperrung stehen, und insgesamt ein unorganisiertes Vorgehen der Polizei. Die Aussagen der Polizist*innen im Zeugenstand blieben sehr vage. Sie konnten die angeblichen Straftaten weder detailliert beschreiben, noch den Angeklagten zuordnen. Einem Polizeizeugen schien es dabei weniger um die Vorwürfe und Geschehnisse in Luxemburg zu gehen, als darum vom Blog des March for Freedom zu zitieren und dort dargelegte Positionen zu verunglimpfen. Einige Polizist*innen forderten Schadensersatz und wollen insgesamt 19.200 Euro erhalten. Aus Angst vor ansteckenden Krankheiten, z.B. HIV, hätten manche Polizist*innen starke Medikamente genommen, von welchen sie bis heute traumatisiert wären.

Das Plädoyer der Anwältin der Verteidigung war gut und kämpferisch, berichteten die Zuhörer*innen, die eine gute Übersetzung hatten. Der Staatsanwalt hielt erst am folgenden Verhandlungstag sein Plädoyer und forderte 18 Monate Haft sowie 2.000 Euro Strafe für jede*n Angeklagte*n.

Das Urteil — Haftstrafen für vier Demonstrationsteilnehmer*innen

Drei Jahre nach dem March for Freedom wurden vier Teilnehmer*innen zu hohen

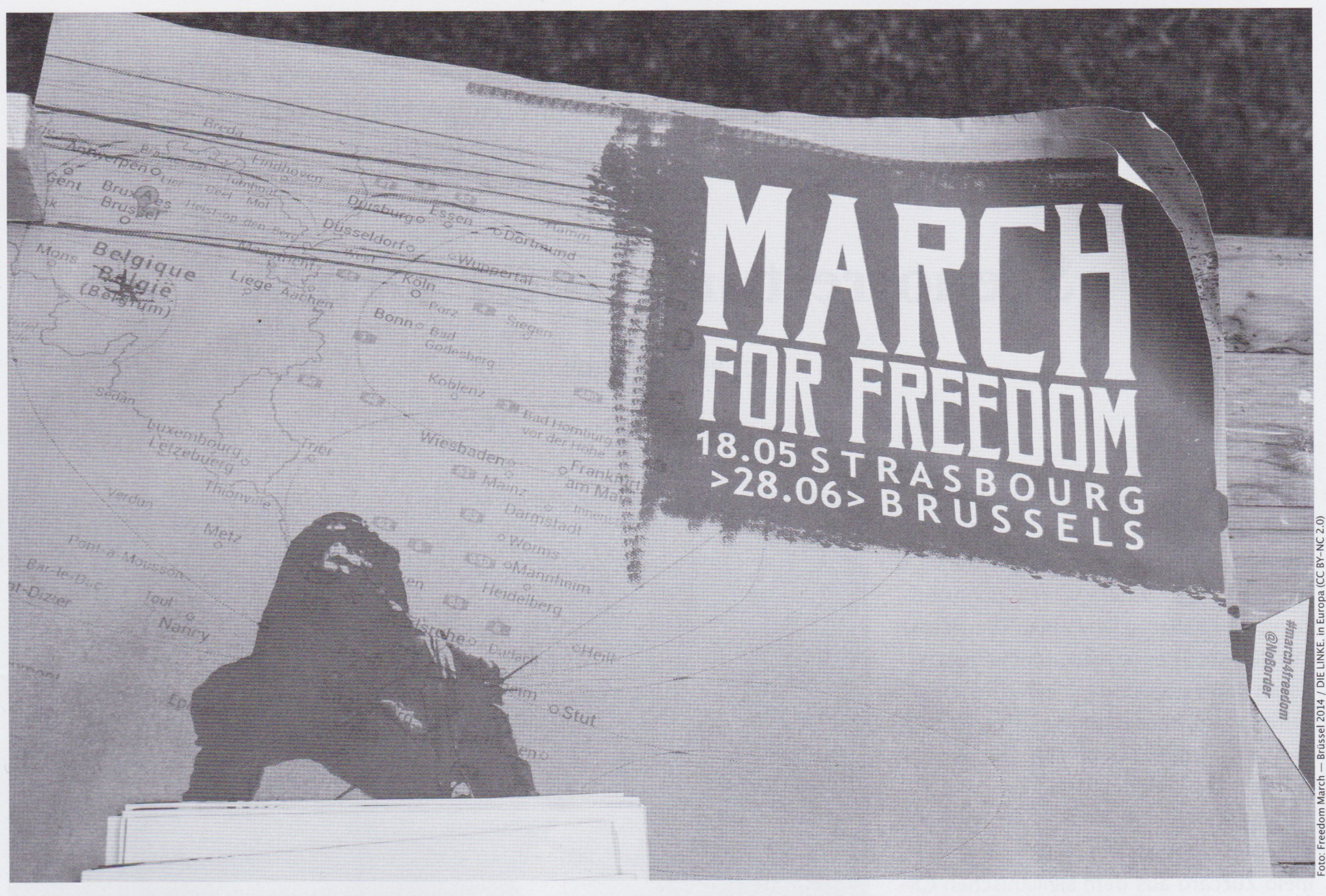


Foto: Freedom March — Brüssel 2014 / DIE LINKE. in Europa (CC BY-NC 2.0)

Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. Der Verlauf des Prozesses und das Gerichtsurteil erscheint Beobachter*innen bei nüchterner Betrachtung äußerst willkürlich und keinen rechtsstaatlichen Maßstäben zu entsprechen.

Die Angeklagten sind pauschal wegen „bewaffneter und geplanter Rebellion" zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und zu Geldstrafen im hohen vierstelligen Bereich verurteilt worden. Das Verhalten der luxemburgischen Polizei spielte im Prozess keine Rolle. In der Urteilsbegründung wurde vollständig auf Beweise verzichtet. Trotz widersprüchlicher Aussagen der Polizeizeug*innen wurde ein drastisches Urteil gefällt, was das willkürliche und unprofessionelle Vorgehen der luxemburgischen Justiz bestätigt.

In Luxemburg ging es darum, friedlichen Protest für Grundrechte zu kriminalisieren, wie es auch in Bezug auf das Camp am Oranienplatz in Berlin versucht wurde. „Die Politik der EU ist es die Leute zu spalten, sie zu diskriminieren, aber ich habe keine Angst. Ich kämpfe für die Freiheit und ich hoffe, dass alle Leute verstehen, dass es nicht kriminell ist, für die Freiheit und für seine Rechte zu kämpfen. Wir brauchen die Solidarität der Menschen in unserem Kampf. Es geht nicht, wegzuschauen, wenn andere Menschen um ihre Freiheit kämpfen müssen", erklärt einer der Verurteilten. Dieser hat nun als Konsequenz für seinen friedlichen Protest und die Wahrnehmung seiner Grundrechte mit seiner Abschiebung zu rechnen.

Die Verurteilten planen in Revision zu gehen. Die Beweislage gegen sie persönlich ist dünn. An ihnen soll ein Exempel statuiert werden, weil sie sich direkt mit der EU angelegt haben. Da bereits rund 15.000 EUR Verfahrenskosten für die erste Instanz angefallen sind und diese Summe nicht annähernd gedeckt ist, werden Spenden gesammelt, damit die Revision nicht am Geld scheitert. •

Bitte spendet an die Rote Hilfe:

Unbedingt mit Verwendungszweck „M4F" an:

Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE 25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

RASSISMUS

Gerüchte gab es seit langem, die Bestätigung lieferte Ambrogio Cartosio, Staatsanwalt von Trapani auf Sizilien am 10. Mai: Seine Behörde ermittle gegen Mitarbeiter „einiger NGOs“, die auf hoher See im Einsatz sind, wegen Beihilfe zur illegalen Migration.

Seenotrettung unter Druck

CHRISTIAN JAKOB

Die Ermittlungen würden sich jedoch nicht gegen die NGOs per se, sondern gegen einzelne Personen richten, so Cartosio an jenem Tag vor dem Verteidigungsausschuss im italienischen Senat. Die Namen der NGOs, zu denen die Beschuldigten gehören sollen, nannte er nicht. Die Tageszeitung „Corriere della Sera“ berichtete, die Justiz ermittle gegen Mitarbeiter von „Ärzte ohne Grenzen“ (MSF).

Schon in den Wochen zuvor hatte ein Kollege Cartosios, der Staatsanwalt Carmelo Zuccaro aus dem sizilianischen Catania, die privaten Seenotretter mit Schleppern in Verbindung gebracht. Er sei zwar überzeugt, dass „es über NGOs wie Ärzte ohne Grenzen nichts Negatives zu sagen gibt“. Ganz anders aber lägen die Dinge bei „der maltesischen MOAS oder den deutschen NGOs“. Zuccaro hatte auf Grundlage von Daten der EU-Grenzschutzagentur Frontex Untersuchungen zu möglichen Verbindungen zwischen Seenotrettern und Schleppern veranlasst. In seinen Augen agieren die „verdächtigen NGOs“ als Komplizen: „Wir haben Belege, dass zwischen einigen NGOs und den Schleusern direkte Kontakte bestanden haben“, sagte er der taz. Außerdem seien die Rettungsschiffe immer wieder auch innerhalb der libyschen Zwölf-Meilen-Zone aktiv gewesen, zudem sei ihre Finanzierung völlig intransparent. Leider seien seine „Belege“ jedoch „keine gerichtsverwertbaren Beweise“. Zuccaro wittert politische Machenschaften hinter der Flüchtlingsrettung: „Von Seiten der NGOs wird das Ziel verfolgt, die italienische Ökonomie zu destabilisieren, um daraus Vorteile zu ziehen“.



Foto: SeaWatch

Ein konkretes Ermittlungsverfahren nahm er jedoch nicht auf.

Anders eben Cartosio. Im Mai wurde er vor den Verteidigungsausschuss im italienischen Senat geladen und zu der Angelegenheit befragt. Er wies dort Spekulationen zurück, wonach NGOs von „kriminellen Netzwerken“ gegründet worden sein könnten oder kriminelle Absichten verfolgten. Die Ermittlungen hätten aber ergeben, dass einige Hilfsorganisationen Flüchtlinge und Migranten im Mittelmeer retteten, ohne zuvor die koordinierende italienische Küstenwache darüber in Kenntnis zu setzen, sagte Cartosio.

Es gebe zwar keine Hinweise auf direkte Telefonkontakte zwischen NGOs und Schleppern in Libyen. Aber „einige Menschen an Bord der Schiffe“ der NGOs seien offenbar darüber im Bilde, wo und wann sie auf Boote mit Migranten träfen, „also werden sie offensichtlich vorher darüber informiert“.

Dies allein wiederum, auch das sagte Cartosio bei der Anhörung, sei nicht justiziabel: Könne nachgewiesen werden, dass die Beschuldigten eine Straftat im Namen eines „höheren Ziels“ — etwa um Menschenleben zu retten — begingen, seien keine Strafen zu befürchten. Würden NGOs aktiv, um Menschen zu retten, sei das zu „100 Prozent“ gerechtfertigt.

Die italienische Justiz eierte also herum: Erst ging sie mit offenbar haltlosen Spekulationen an die Öffentlichkeit. Dann nahm sie Ermittlungen auf, musste aber gleichzeitig einräumen, dass wahrscheinlicht nichts Verbotenes getan worden war. Wieso?

Zu verstehen ist die offensichtlich politisch motivierte Offensive gegen die NGOs nur vor dem Hintergrund der Lage in Italien. Die Zahl der Ankünfte in dem Land ist auf einen neuen Rekordwert angestiegen: 65.450 Menschen zählten die italienischen Behörden zwischen Jahresbeginn und dem 14. Juni, etwa 18 Prozent mehr als im Vorjahr.

Gleichzeitig sind nach Zählung der UN-Migrationsorganisation 1.828 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, davon 1.737 im zentralen Mittelmeer. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 29 Prozent. Es besteht kein Zweifel daran, dass der proportionale Rückgang der Todesfälle der direkte Verdienst der NGOs ist. Gäbe es sie nicht, wäre diese Zahl der Toten erheblich höher, denn anders als die NGOs halten sich die staatlichen Seeretter in der Regel von der libyschen Küste fern.

Insgesamt sind acht private Seenotrettungs-NGOs im Einsatz — mehr als je zuvor: Mit zwei Schiffen vor Ort sind „Proactiva Open Arms“ (Spanien), „Sea Eye“ und „Sea Watch“ (beide Deutschland), „Migrant Offshore Aid Station“ (Malta) vor Ort, je ein Boot im Einsatz haben „Ärzte ohne Grenzen“ sowie „Jugend rettet“, „SOS Mediterranee“ und „LifeBoat Minden“ (alle aus Deutschland). Im April nahm „Sea Watch“ auch ein Suchflugzeug, Typ Cirrus SR22, in Betrieb, bezahlt vor allem von der Evangelischen Kirche in Deutschland, stationiert auf Malta und benannt nach dem Zugvogel Moonbird. Was das Flugzeug leisten kann, zeigte sich beim Testlauf am Osterwochenende: Mit seiner Hilfe konnte ein vom Radar verschwundenes Schlauchboot mit 150 Menschen wieder lokalisiert werden.

Die NGOs nehmen die Schiffbrüchigen auf, teils bringen sie sie selbst nach Italien, teils übergeben sie sie etwa der italienischen Küstenwache. Noch immer greift hier die Dublin-Regel: Italien bleibt für die Flüchtlinge im Wesentlichen allein verantwortlich. Ein 2015 von der EU beschlossener Umverteilungsmechanismus, Relocation genannt, greift nicht: Seit Beginn des Programms im September 2015 bis zum 12. Mai 2017 wurden gerade mal 5.711 Flüchtlinge aus Italien in andere EU-Staaten umverteilt, davon 2.048 nach Deutschland. Die meisten EU-Staaten sind nicht bereit, Italien Flüchtlinge abzunehmen.

Die Wut darüber in Italien richtet sich aber nicht gegen den Rest der EU, sondern zunehmend gegen die Seenotretter, die immer häufiger als Ursache des Problems angegriffen werden — so etwa von der Justiz.

Doch auch die EU übt sich in Umkehrung von Ursache und Wirkung. Die Arbeit der NGOs führe dazu, „dass die Schleuser noch mehr Migranten als in den Jahren zuvor auf die seeuntüchtigen Boote zwingen“, sagte Frontex-Direktor Fabricio Leggeri kürzlich. „Wir sollten deshalb das aktuelle Konzept der Rettungsmaßnahmen vor Libyen auf den Prüfstand stellen“, fordert Leggeri. Wer eine Vorstellung davon bekommen will, was er damit meinen könnte, der sei daran erinnert, dass Frontex vor zwei Jahren Italien ganz unverblümt aufgefordert hatte, nicht mehr nahe der libyschen Küste zu retten.

Österreichs zackiger, junger Außenminister Sebastian Kurz spricht von einem „NGO-Wahnsinn“ und behauptet, dass laut Frontex manche der NGOs „mit Schleppern kooperieren“ würden - was Leggeri so nicht gesagt hat. Für ihn sei die private Seenotrettung der „absolut falsche Weg“, so Kurz. Sein Kollege aus dem Innenressort, Wolfgang Sobotka, forderte die „sofortige Sperre der Mittelmeerroute“ — wie auch immer man sich dies praktisch vorstellen soll.

Mitte Juni legte Stephan Mayer, der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nach: Er gehe davon aus, dass die Schlepper die Flüchtlinge absichtlich in seeuntauglichen Booten losschicken würden, „da sie mit Sicherheit davon ausgehen können“, dass Boote die Flüchtlinge „bereits nach wenigen hundert Metern oder wenigen Kilometern“ aufgreifen würden. „Das bedeutet de facto, dass ein Shuttle-Service zum italienischen Festland beziehungsweise den italienischen Inseln besteht“, sagte Mayer dem ZDF. „Diese Vorgehensweise ist aus meiner Sicht auf Dauer nicht praktikabel.“

Die Einlassungen von Leggeri, Kurz, Sobotka und Mayer laufen darauf hinaus, die bisherige Strategie der EU zu radikalisieren: Immer weiter sterben lassen und hoffen, dass irgendwann keiner mehr nachkommt.

„Diese Diskreditierung der lebensrettenden Hilfe im Mittelmeer ist inakzeptabel“, sagte Florian Westphal, der Chef der größten Seenotrettungs-NGO, Ärzte ohne Grenzen bei deren Jahrespressekonferenz am 14. Juni 2017. Er beobachte eine „zunehmende Kriminalisierung und Diffamierung“ lebensrettender Hilfe.

Kurz zuvor hatte „Ärzte ohne Grenzen“ gemeinsam mit „SOS Mediterranee“ und „Sea-Watch“ einen offenen Brief an Angela Merkel geschrieben. „In zahlreichen Situationen kamen wir buchstäblich in letzter Sekunde, um Menschen aus überfüllten Booten oder schwimmend aus dem Meer zu retten“, heißt es darin. Gleichzeitig sähen sich die NGOs einer „Reihe unbegründeter Vorwürfe gegenüber“. Die in Italien von der Justiz erhobenen falschen Anschuldigungen würden „zunehmend von rechten Gruppierungen ausgenutzt“.

Tatsächlich starteten Aktivisten der „Identitären Bewegung“ in Österreich und in Italien Anfang Juni eine europaweite Spendensammelaktion. „Wir wollen die Abfahrt von NGO-Schiffen beim Start bremsen, stören und verhindern“, sagte Lorenzo Fiato, der Sprecher der „Identitären“ in Italien der österreichischen Zeitung „Die Presse“. „Wir sammeln Geld für Schiffe, eine professionelle Crew und Rechtsanwälte, die notwendig sind, um den rechtlichen Folgen der Aktionen gegen die NGOs entgegenzuwirken.“

Schon Mitte Mai 2017 hatten die „Identitären“ erfolglos versucht, das Schiff „Aquarius“ der Hilfsorganisation „SOS Mediterranee“ am Auslaufen zu hindern. Die Hafenbehörde in Catania griff allerdings ein. Auch die Spendensammlung wurde unterbrochen: Nachdem innerhalb weniger Wochen rund 46.000 Euro zusammen gekommen waren, kündigte der Bezahldienst Paypal den Identitären das Spendenkonto. •

GESCHICHTE

Ist Rot also doch gleich Braun?

Zur Kontroverse über den Wechsel zwischen „Rotfront“ und SA in Berlin

OLIVER RESCHKE

Massenübertritte aus dem Umfeld der Neuköllner Antifa zur SA

Neue Forschungsergebnisse haben mich veranlasst, mich erneut mit dem Wechsel zwischen Kommunisten und SA zu beschäftigen. Christian von Gélieu hatte während seiner umfangreichen Forschungsarbeit zu den sogenannten Richardstraßenprozessen sieben Personen identifiziert, die aus dem KPD-Umfeld zu den Nazis gewechselt waren.[1] Sicherlich der Prominenteste unter ihnen war Richard Hamann, KPD-Mitglied und ehemaliger Führer der Berlin-Neuköllner Antifa[2], der während der Vernehmung als Zeuge im ersten Richardstraßenprozess von 1932 auf spektakuläre Weise seinen Übertritt zur NSDAP bekannt gegeben hatte, angeblich aus Abscheu gegenüber dem gewalttätigen Charakter der Kommunisten. Tatsächlich war er bereits im Juni 1931 heimlich zur NSDAP gewechselt und hatte sowohl für diese als auch für die Politische Polizei bis zum Frühjahr 1932 in der Neuköllner KPD gespitzelt. Aus den Quellen lassen sich die wohl wahren Gründe für Hamanns Verrat eruieren: Hamann verstand sich in seiner Rote Jungfront- und Antifa-Zeit offenbar als eine Art kommunistischer Kiezkönig im Rollbergviertel und fühlte sich durch versuchte Einflussnahmen der Partei gekränkt. Hinzu kam, dass „seine" Antifa („Roter Sturm Neukölln") faktisch aufgelöst worden war.[3]

Der AM-Apparat[4] der KPD riet im September 1930 dringend zur endgültigen Auflösung der nach dem Verbot noch weiterbestehenden Rest-Antifa, da in ihr organisatorische und politische Mängel aufgetreten waren und zudem offensichtlich persönliche Kontakte zu Neuköllner Nazis bestanden hatten. Im internen Abschlussbericht des AM-Apparates heißt es: „dass die nationalsozialistische asoziale Ideologie mehr sogenannte Antifaschisten in Neukölln beherrscht, als ursprünglich angenommen wurde. Die Verbindung mit den Nazis datiert von früher, als heutige Mitglieder der SA noch im KJVD organisiert waren. Das Verhältnis der Antifa ist heute so, dass die Mitglieder teils befreundet sind mit Mitgliedern der SA." Speziell über die persönliche Verantwortung Hamanns für diese unhaltbaren Zustände hatte es schon in einem ersten Bericht geheißen: „Hamann dem man die Leitung übertrug und der den dortigen Aufgaben nicht im Entferntesten gewachsen war, hat im gewissen Grade selbstverständlich auch Schuld. Denn nicht die physische Stärke allein macht den Mann, sondern er muss eine gewisse geistige Reife und Überlegenheit besitzen, nur erst dann ist man zu einer solchen Aufgabe fähig." Generell hieß es dort über die Neuköllner Antifa, sie wäre „der Tummelplatz jener Elemente, die mit der prol. [proletarischen] Bewegung nichts anderes gemein haben, als dass sie dem Namen nach zur prol. Klasse gehören." Es war von einem regelrechten „Spitzelsumpf" in der Neuköllner Antifa die Rede. Diese Organisation müsse „umgehend liquidiert", die „Kreaturen", die Verbindungsleute zur NSDAP und Politischen Polizei waren, unbedingt gestellt und abgestoßen sowie die „ehrlichen proletarischen Elemente in die Rote Jungfront und den KJV[D] überführt werden."

Schließlich wurde aus der Neuköllner Antifa Mitte 1931 der Neuköllner Ableger des Kampfbundes gegen den Faschismus[5] gegründet. Gleichzeitig wurde Hamann von der Unterbezirksleitung der KPD Neukölln als Führer abgesetzt, da man ihn zu diesem Zeitpunkt schon als Polizeispitzel verdächtigt hatte. Die Spitzeltätigkeit zahlte sich für Hamann jedoch aus, denn während er zu jener Zeit noch für eine Ofensetzerei schuften musste, war er nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten als Bademeister beschäftigt.

Die Befunde Gélieus würden zu den Forschungsergebnissen passen, die Andreas Petersen über die Berliner Bürgerkriegsjugend 1932 im Lichtenberger „Boxhagener Viertel" präsentierte. Daraus dass in der Lichtenberger Tätergruppe des Überfalls auf ein örtliches NS-Lokal Überläufer zur SA gehäuft auftraten, leitete Petersen generell ab, dass es zwischen „Rechten" und „Linken" mehr Gemeinsames als Trennendes gab und die SA ab 1931 insgesamt attraktiver für diese Jugendlichen gewesen sein soll. Er spricht von einer „großen Eintrittswelle Ende 1932, Anfang 1933 in die SA", bei der 15 bis 20 Prozent Berliner Kommunisten übergelaufen sein sollen, und stützt sich dabei auf einen Aufsatz, der vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung herausgegeben wurde. Zudem bedient er damit einen auch in der seriösen Geschichtsschreibung weit verbreiteten Topos.

Massenübertritte von der Berliner SA zur KPD

Da dieser Topos aber bisher nicht mit belastbaren Daten belegt werden konnte, wird in der Forschung für die Zeit vor 1933 von Einzelfällen ausgegangen. Nach Christian Striefler, ein Schüler Ernst Noltes, kam es im Winter 1932/1933 sogar zu Massenübertritten von der Berliner SA zu den Kommunisten. Aus den übergetretenen SA-Männern wurden die sogenannten „Scheringer-Staffeln"[6] gebildet.

Nachdem die Verhandlungen vom 13. August 1932 zwischen Hitler und Reichspräsident Hindenburg mit der Ablehnung des Vizekanzlerpostens durch Hitler gescheitert waren, begann es in der Berliner SA allmählich zu brodeln. Am 23. Oktober 1932 brachte das KPD-Parteiorgan „Die Rote Fahne" einen ausführlichen Beitrag heraus, in dem über Unzufriedenheit, offenes Aufbegehren bis hin zu Massenaustritten aus mehreren Berliner Stürmen berichtet wurde. In dem Beitrag erklärten auch die SA-Männer Walter Bischoff und Curt Caovia vom Weddinger Sturm 101 ihren Übertritt zur KPD.

Der SA-Mann Bischoff berichtete, dass der Truppführer von Trupp 1 einmal geäußert hätte, wenn es die Vorteile in der SA-Küche nicht geben würde, würde er die ganze „Scheiße" nicht mitmachen. Bischoff fand bei der SA auch nicht den Typ von Kamerad, wie er ihn von der Arbeits- oder Stempelstelle gewohnt sei. Der Sturmführer Gewehr etwa, von Beruf Ingenieur, soll sich für etwas Besseres gehalten haben. Das Fass zum Überlaufen brachte für Bischoff schließlich, dass, als gegen den Sturmführer ein Haftbefehl vorlag, der zuständige Polizeihauptmann Lindigkeit (NSDAP-Mitglied), dem der Haftbefehl zur Vollstreckung zugegangen war, drei Tage Urlaub nahm und Gewehr so entfliehen konnte. Dies belegte Bischoff mit einem internen SA-Schreiben, das in Auszügen in der Roten Fahne abgedruckt wurde. Dann schilderte Bischoff noch, dass er einmal

Zeuge wurde, wie Gewehr einem betrunkenen SA-Mann einen Revolver mit der Bemerkung „Geh und handle" in die Hand gedrückt hatte. So etwas soll öfters vorgekommen sein.

Unter den sieben anfangs erwähnten Überläufern ist Karl Beuschel vom Roten Frontkämpferbund (RFB) Britz ein Sonderfall. Er trat zwar im Sommer 1932 ebenfalls in die SA ein, jedoch erfolgte bei ihm der Eintritt offenbar auf Anordnung der KPD. Beuschel war Jahre später in der West-Berliner VVN/VdA Neukölln aktiv, ein Zeichen für seine nach wie vor antifaschistische Gesinnung. Auch in Berlin-Wittenau war es so, dass ein besonders umsichtiger RFB-Genosse beauftragt wurde, dem Wittenauer SA-Sturm beizutreten — u.a. um über bevorstehende SA-Aktionen zu informieren und zu warnen. Bei dem Wittenauer Genossen handelte es sich um den Bauarbeiter August Ziemer. Beide Männer lassen sich zum Kreis derjenigen zählen, die im Auftrag der KPD innerhalb der SA nicht nur Spitzelarbeiten tätigten, sondern wohl auch für die Zersetzungstätigkeit ab Herbst 1932 verantwortlich waren, die zur Bildung der sogenannten „Scheringer-Staffeln" geführt haben. Diese für die maßgeblichen Männer in Politik, Wirtschaft und Militär beunruhigende Entwicklung dürfte einen Einfluss auf das Ränkespiel um die Machtübergabe an Hitler gehabt haben.

Wenige Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gelangte der Nachrichtendienst der KPD in den Besitz eines geheimen Standartenbefehls der SA-Untergruppe Berlin-Ost. In einem Roten Fahne-Bericht wurden Auszüge daraus veröffentlicht. Demnach würde die KPD planen, „durch anständig auftretende Diskussionsredner" in allen SA-Lokalen Zersetzungsarbeit zu leisten. Zeitlich etwas versetzt sollten dann die sich in der SA befindenden KPD-Spitzel in einer konzertierten Aktion austreten, um weitere Massenaustritte aus der SA nach sich zu ziehen. Die SA-Führung rechnete mit „wenigstens 1500 Mann", die dann in alter Uniform und mit „proletarischen" Abzeichen Propagandamärsche vollführen sollten. Daher ordnete der Standartenführer an: „Diskussionsredner kriegen ein paar in die Schnauze geschlagen." Es sei keinesfalls gestattet, „daß sich unzulänglich geschulte SA-Männer oder SA-Führer mit dialektisch überlegenen Rednern des Gegners einlassen". Der Standartenbefehl schließt mit den aufschlussreichen und bezeichnenden Worten des Standartenführers: „Ich werde nicht dulden, daß an der Vergangenheit und der heutigen Zeit Verrat geübt wird, und ich werde in unerschütterlicher Treue die Sache des Mannes verfechten, dem ich zu ehrlichem Dienst zugeschworen habe."[7]

In einem internen Rundschreiben der KPD hieß es: „Der bevorstehende Kampfwinter muß das Sowjetdeutschland bringen."[8] Doch die Kommunisten, die der KPD die Treue gehalten hatten, wurden enttäuscht: Das Frühjahr 1933 brachte nicht die Revolution sondern die Konterrevolution an die Macht. Diejenigen die auf die SA gesetzt hatten und dachten der „nationalen Revolution" würde eine zweite, die „sozialen Revolution", folgen, wurden ein Jahr später im Juni/Juli 1934, als Hitler die SA-Opposition unter Röhm durch Gestapo, SS (Leibstandarte Adolf Hitler) und mit Hilfe der Reichswehr blutig ausschalten ließ, eines besseren belehrt.

Überläufer-Typen

Sven Reichardt wagte auf der Grundlage weniger empirischer Belege eine kurze Charakterisierung zum Typus des Überläufers: „Die Überläufer scheinen entweder nach internen Konflikten in ihrer vormaligen Gruppe Schutz beim politischen Gegner gesucht zu haben, oder es handelte sich um autoritäre Abenteurer, die nach kurzer und offenbar enttäuschender Stippvisite auf der einen Seite zum Gegner wechselten."[9] Ein gutes Beispiel für den ersten kriminellen Typus stellt der SA-Mann Karl Senkbeil dar. Über Senkbeil, Führer der Schalmeien-Kapelle des Friedrichshainer Sturmes 5, erfährt man in der Roten Fahne, dass er im Jahre 1926 aus der Roten Jungfront wegen Unterschlagung hinausgeworfen wurde. Er wäre dann in einen Ringverein gegangen, wurde aber selbst dort aus gleichem Grunde rausgeschmissen. „Und dieses üble Subjekt, dem kein Verbrecher mehr die Hand reicht, wurde Ehrenmitglied bei den Nazis."[10] Zum zweiten autoritären Typus, der sich in den Dienst jener Partei stellt, die mehr Erfolg verspricht, würde ein ehemaliger RFB-Angehöriger aus Lichtenberg passen. Besagter Paul Fölz, dem es im Kampf gegen die Nazis nie hart genug zugehen konnte, trat dem dortigen SA-Sturm 44 bei, weil er sich dann (als sich schon abzeichnete, dass die Nazis das Rennen machen würden) eine geringere Haftstrafe für einen kurz zuvor begangenen Überfall auf ein NS-Lokal erhoffte, wie aus einem Gefängnisbrief von ihm hervorgeht. Anhand der zu Beginn geschilderten Personalie Hamanns lässt sich noch ein weiterer Typus des Überläufers bestimmen: Der Ruhmsüchtige. Da Hamann auch Gelder veruntreut hatte und wegen einer Brandstiftung in Haft gewesen war, kann er auch noch dem „kriminellen Typus" zugerechnet werden.

Neben dem Fall des SA-Mannes Bischoff liegt noch ein weiterer Fall für einen Überläufer von den Nazis zu den Kommunisten vor. In einem Rote Fahne-Bericht schon von Ende August 1932 über Zerfallserscheinungen in der SA wurde das Faksimile eines NSDAP-Mitgliedsbuches abgedruckt, dass ein „enttäuschter Naziprolet" namens Erich Czyganowski, von Beruf Maschinenbauer, der Rote Fahne-Redaktion auf den Tisch geknallt hatte. Mehr, außer dass Czyganowski Mitglied der KPD und der Antifaschistischen Aktion wurde, ist über seinen konkreten Fall nicht zu lesen. Der Grundtenor des Berichtes ist, dass die sozialen Spannungen „zwischen proletarischen Teilen der SA und den Kleinbürgern, Villenbesitzern und Kapitalisten der Parteisektionen" immer größer wurden. Diese Grundkritik lässt sich auch aus Bischoffs Schilderungen der Verhältnisse im Sturm 101 herausschälen. Überläufer von der SA zur KPD wären demnach unpolitische oder „atypische" Arbeiter gewesen, die, zunächst durch die sozialen Betreuungsmaßnahmen der SA angelockt, ihr diffuser Klasseninstinkt von der widersprüchlichen sozial heterogenen NS-Bewegung abbrachte und sie schließlich zu einer ihre Klasseninteressen konsequent vertretenden Partei trieb. Das Bild des zwar zunächst „irregeleiteten" aber an sich lauteren Proleten, der zur Vernunft kam und ohne große Worte in die Reihen der Kommunisten aufgenommen wurde, ent-

spräche auch einem Topos, und zwar dem kommunistischen.

Fazit

So gut wie alle Zahlenangaben im Aufsatz von Udo Grashoff , auf den sich Petersen stützt, beziehen sich auf die Zeit nach der Machtübergabe 1933. Auch die Zahlenangabe eines ehemaligen Leiters der „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit" speziell für Berlin, der von 20 Prozent Überläufern sprach, bezieht sich auf die Zeit nach 1933.[11] Petersen spricht jedoch von einer „großen Eintrittswelle" Ende 1932/Anfang 1933 in die SA, also in genau jenem Zeitraum, für den es Belege für Massenübertritte in umgekehrter Richtung gibt. Grashoff räumt auch ein, dass Überläufe lokal und regional in unterschiedlichem Ausmaß stattgefunden haben. Im Falle der Lichtenberger Straßenkämpfer hat es offensichtlich so eine lokale Häufung gegeben. Ein so fokussierter Blick auf spektakuläre Einzelfälle verzerrt jedoch die Gesamtsicht. Die gegenteilige These scheint allein schon deshalb plausibler, weil sie auch dem übergeordneten Trend entspräche: Während nach dem Wahldebakel vom 6. November 1932 allmählich Zerfallserscheinungen in der NSDAP zu Tage traten, legte die KPD an Mitgliedern und Wählern zu und wurde stärkste Partei in Berlin. Auch scheint, um auf den Titel dieses Aufsatzes zurück zu kommen, Rot nicht gleich Braun gewesen zu sein, da, jedenfalls nach den bisherigen Belegen, die Motivlagen für den Wechsel völlig andere waren. Allein schon ein Blick auf die Wählerbewegungen am Ende der Weimarer Republik — der ganze bürgerliche Block bricht weg, während die Arbeiterparteien nahezu konstant bleiben — genügt, um aufzuzeigen: Die entscheidenden Massenbewegungen fanden nicht zwischen Kommunisten (auch nicht Sozialdemokraten) und SA statt. Wilhelm Frick, ab dem 30. Januar 1933 Reichskommissar für Inneres, brachte es in besagtem Jahre 1932 auf den Punkt: „Die Masse der Arbeiter werden wir zweifellos erst gewinnen, wenn wir im Besitz der Macht sind." •



Am gestrigen Sonntag hatten die Sturm-Abteilungen Hitlers in Neukölln einen Umzug geplant, um sich an der Arbeiterbevölkerung zu reiben. Bereits in den frühen Morgenstunden machten Trupps von Nationalsozialisten die Straßen unsicher und pöbelten alles an, was irgendwie nach Arbeiter aussah. Straßenpassanten wurden mit Revolvern, Dolchen und Totschlägern bedroht. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine berechtigte Empörung und sie begann sich zur Wehr zu setzen. An anderer Stelle wieder glaubten faschistische Rowdies Zeitungen und Flugblätter engros gratis (die Kosten tragen die Unternehmer) verteilen zu können. Sie fanden „dankbare" Abnehmer. Gegen 8 Uhr vormittags hatten sich so etwa 200 Hakenkreuzbanditen unter dem Schutze der Schupo des Sozialdemokraten Zörgiebel am Ringbahnhof Kaiser-Friedrich-Straße eingefunden, um schnell aus Neukölln heraus zu „demonstrieren". Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Rote Frontkämpfer, Reichsbannerleute und Unorganisierte hatten sich am Sammelpunkt der Faschisten eingefunden, um ihnen zu bedeuten, daß Neukölln nicht Miesbach ist.

weisung eines Offiziers, man sagt, des Kommandeurs Major Sternberg-Bielski (berüchtigt von den Vorgängen in der Bergstraße Pfingsten in Neukölln) einem Hakenkreuzler eine beschlagnahmte Pistole zurückgegeben werden mußte. Ueberall lehnte es die Schupo ab, die Faschisten nach Waffen zu durchsuchen. Selbst der Pressevertreter des „Vorwärts" erhielt von dem Major Sternberg höchst persönlich einen Stoß in die Rippen (!) und sollte auf der Stelle abgeführt werden, weil er auf Grund seiner Pressekarte forderte, durch eine von der Schupo rigoros vorgenommene Absperrung durchgelassen zu werden. Ob dieser „freundschaftliche" Rippenstoß in den Spalten des „Vorwärts" zum Ausdruck kommen wird?

Insgesamt sind schätzungsweise 12 Arbeiter willkürlich festgenommen worden, während nicht gesehen worden ist, daß einer von den faschistischen Provokateuren arretiert worden wäre. Unter den Verhafteten befanden sich auch Sozialdemokraten und Reichsbannerleute. Die Arbeiterschaft Neuköllns hat einmütig die Provokation der Hitler-Banden gebührend zurückgewiesen. Sache der Arbeiter der SPD. und des Reichsbanners muß es jetzt sein, mit ihrem Polizeipräsidenten und ihrem Innenminister abzurechnen.

Ausschnitt aus der „Roten Fahne" vom 15. November 1926

Der Gegner: Neuköllner RFB.

324

Faksimile aus: Julek Karl von Engelbrechten; Eine braune Armee entsteht: die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, (1937). Abgebildet: Der Rote Frontkämpferbund (RFB) aus Berlin Neukölln.

1 Ein komprimierter Auszug seiner Ergebnisse ist in einer Gedenkschrift erschienen: Christian von Gélieu, Schüsse auf die Richardsburg. Der Überfall auf eine Neuköllner SA-Kneipe und seine politischen Folgen, in: Frieder Boehne/Bernhard Bremberger/Matthias Heisig (Hrsg.), „Da müsst ihr euch mal kümmern". Werner Gutsche (1923—2012) und Neukölln. Spuren, Erinnerungen, Anregungen, Berlin 2016, S. 177—196. **2** Als erste Nachfolgeorganisation des am 3. Mai 1929 verbotenen Roten Frontkämpferbundes (RFB) formierte die KPD im Juli 1929 die Antifaschistischen Jungen Garden (kurz Antifa). Bis Herbst 1929 war die Antifa in allen Berliner Bezirken vertreten und hatte 1500 bis 2000 Mitglieder, die in uniformartiger Einheitskleidung in der Öffentlichkeit auftraten. Bereits im Februar 1930 wurde die Antifa als Ersatzorganisation des RFB vom Berliner Polizeipräsidenten wieder verboten. Sie war auch bei der illegalen RFB-Führung nicht unumstritten gewesen. **3** Der Fall Hamanns zeigt deutliche Parallelen zum Fall des Kampfstaffelführers Jonny Lanze aus dem Nostitzkiez, der Ende 1932 auf ähnlich spektakuläre Weise zur SA übertrat. Vgl. Oliver Reschke, Kampf um den Kiez. Der Aufstieg der NSDAP im Zentrum Berlins 1925–1933, Berlin 2014, S. 313. **4** Diese Bezeichnung steht für Abwehr- und militärpolitischer Apparat und war als Tarnname für den Nachrichtendienst der KPD in Gebrauch. **5** Der am 28. September 1930 in Berlin gegründete Kampfbund gegen den Faschismus war die eigentliche paramilitärische Nachfolgeorganisation des RFB. Er erreichte mit ca. 6000 bis 7500 Berliner Mitgliedern im Mai 1931 seinen Höhepunkt. **6** Die Kampfstaffeln wurden nach dem ehemaligen Reichswehrleutnant Richard Scheringer benannt. Im Hochverratsprozeß vor dem Leipziger Reichsgericht gegen drei Ulmer Reichswehroffiziere wegen Bildung einer nationalsozialistischen Zelle in der Reichswehr wurde er zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt. Während seiner Festungshaft in Gollnow wurde Scheringer von kommunistischen Zellengenossen beeinflusst. Nach Gesprächen mit Hitler und Goebbels erfolgte der endgültige Bruch mit der NSDAP. Am 19. März 1931 verlas der Reichstagsabgeordnete Kippenberger den Übertritt Scheringers zur KPD im Reichstag. In der Folgezeit wurde er zur Symbolfigur der kommunistischen Einheitsfrontbemühungen in Richtung Nationalsozialisten. **7** „1500 Berliner SA-Leute vor dem Austritt", in: Die Rote Fahne Nr. 24 vom 28.1.1933. **8** Zitiert nach: Johannes Fülberth, „… wird mit Brachialgewalt durchgefochten". Bewaffnete Konflikte mit Todesfolge vor Gericht — Berlin 1929 bis 1932/1933, Köln 2011, S. 46/Anm. 157. **9** Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, 2. Aufl., Köln/Weimar/Wien 2009, S. 712. **10** Zitiert nach: Fülberth, Brachialgewalt, S. 54. **11** Grashoff, Erst rot, dann braun? Überläufer von der KPD zu NS-Organisationen im Jahr 1933, in: Günther Heydmann/Jan Erik Schulte/Francesca Weil (Hrsg.), Sachsen und der Nationalsozialismus, Göttingen 2014, S. 232f.; Hans-Rainer Sandvoß, Die „andere" Reichshauptstadt, Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007, S. 276.

GESCHICHTE

Verdienste und Irrtümer.

Zum Tod des Faschismusforschers Kurt Gossweiler

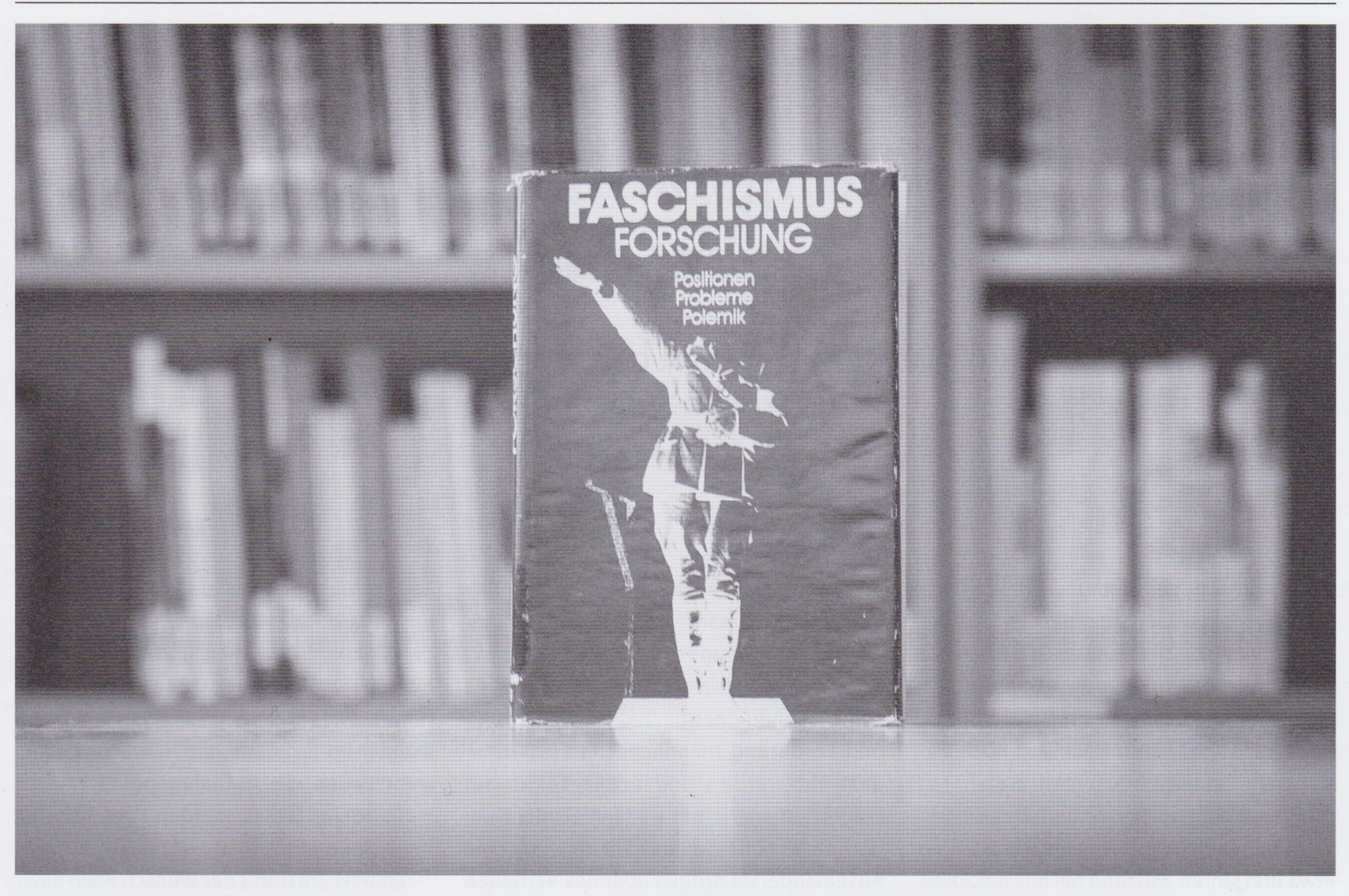
In den 1970er Jahren hatte die Debatte um Faschismustheorien nicht nur in der Sozial-und Geschichtswissenschaft, sondern ebenso in den tagespolitischen Debatten der alten Bundesrepublik Hochkonjunktur. Linke aller Schattierungen hegten den Verdacht, die postnazistische Elite Westdeutschlands bereite die Rückkehr zum Faschismus vor. In der westdeutschen Forschung zu Ursachen und Voraussetzungen der Nazi-Herrschaft dominierten Ansätze wie die These von der charismatischen Herrschaft Hitlers oder phänomenologischen Deutungen, wie jene Ernst Noltes. Die marxistische Faschismusforschung war zwar an einigen Universitäten wie in Marburg mit Reinhard Kühnl vertreten, sah sich aber vor dem Hintergrund des kalten Krieges ausgegrenzt.

Anders in der DDR. Dort war nach dem Krieg mit der bürgerlichen Geschichtswissenschaft und ihren Kontinuitäten zur NS Zeit gebrochen worden. An ihre Stelle trat jedoch das Primat einer marxistischen Auffassung von Geschichte, die in einem leninistischen Sinne Waffe im Klassenkampf sein sollte. Die Geschichtswissenschaft, und noch stärker die Erforschung des Aufstiegs des Faschismus in Europa und Deutschland, wurde in Ost wie West als Instrument der Systemauseinandersetzung im kalten Krieg angesehen.

Eine der zentralen Kontroversen war etwa jene über die Ursachen des Endes der Weimarer Republik. Bereits in den 1950er Jahren veröffentlichte Karl Dietrich Bracher sein für Westdeutschland prägendes Werk über das Ende der Weimarer Rebublik, in dem sich die bürgerlichen, national-konservativen Eliten von ihrer Verantwortung für den Aufstieg des Faschismus entlastet sahen. Dem setzte die DDR-Geschichtswissenschaft eine detaillierte Erforschung der Rolle des Kapitals als wesentlicher Motor des Aufstiegs des Faschismus entgegen. Unter ihnen war der Kommunist Kurt Gossweiler. Nach dem Machtantritt der Nazis war er illegal für den kommunistischen Jugendverband (KJVD) tätig. Als Soldat zur Wehrmacht eingezogen, desertierte er und lief 1943 zur Roten Armee über. Nach der Kriegsgefangenschaft kehrte er 1947 nach Ostberlin zurück und arbeitete in der SED-Bezirksleitung. Ab 1955 arbeitete er als Asisstent am Institut für Geschichte der Humboldt-Universität Berlin, wo er 1963 bei Erich Paterna über die sogenannte „Röhm-Affäre" promovierte. Darin versuchte Gossweiler den Nachweis zu führen, dass die im Juni 1934 von der SS durchgeführte Enthauptung der SA Ausdruck einer Auseinandersetzung nicht nur zwischen Machtgruppen im Apparat von Reichswehr und sich formierendem NS Staat, sondern verschiedener Kapitalfraktionen war.

In den Faschismus-Theorie-Debatten der Zeitschrift „Das Argument" war Gossweiler ein scharfer Kritiker westlich-marxistischer Lesarten des Aufstiegs des Faschismus. Der neomarxistischen westlichen Neuen Linken warf Gossweiler Revisionismus vor, und sah sie als Gefahr für den Deutungsanspruch der marxistisch-leninistischen Orthodoxie an. Vor allem gegenüber dem Historiker Tim Mason und dessen Thesen einer im Laufe der NS-Herrschaft zunehmenden Entfremdung zwischen Wirtschaft und NS-Führung, profilierte sich Gossweiler als orthodoxer Vertreter der Dimitroff-Thesen der kommunistischen Bewegung. Gossweiler hielt an der Auffassung fest, der Faschismus sei





Ausdruck einer Herrschaftsform des „staatsmonopolistischen Kapitalismus" der bürgerlichen Gesellschaft.

Seine Arbeiten zur Verstrickung des Kapitals in den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland wurden in der westdeutschen Linken zunächst als Raubdrucke rausgebracht und heftig diskutiert. Sie waren Quelle für den Nachweis eines Zusammenhangs zwischen Faschismus und Kapitalismus. Gossweilers Verdienst in der Forschung zum Machtantritt der Nazis bestand darin, systematisch herausgearbeitet zu haben, welche Kapitalgruppen aus welchen Gründen die NSDAP in ihrer Aufstiegsphase unterstützten und finanzierten. Dies war in der alten Bundesrepublik lange ein Tabu. Zugleich teilte Gossweiler mit anderen marxistisch-leninistischen Historikern die Blindheit gegenüber der Dynamik der Ideologie des Antisemitismus, und dessen Schlüsselrolle für die Ziele und die Machtausübung der Nazis. An der führenden Auffassung, dass Kapital habe sich des Antisemitismus' für seine Ziele bedient, hielt er nach dem Ende der DDR fest. In einem Debattenbeitrag in der Zeitschrift „konkret" über die Leistungen und Fehler der DDR-Forschung zum Thema Holocaust wies Gossweiler 1992 die Kritik ehemaliger Kollegen, die DDR-Forschung habe den Antisemitismus als sekundäre Frage behandelt, mit dürren Argumenten zurück.

Nach dem Ende des Sozialismus änderte Gossweilers marxistisch-leninistische Sicht auf die Geschichte ihre Richtung in einem neostalinistischen Sinne. So veröffentlichte er in den 1990er Jahren zwei Bände, die den Nachweis liefern sollten, dass und wie Chrustschow den Grundstein für die Zerstörung des sozialistischen Lagers gelegt habe, dessen Höhepunkt der Ausverkauf der Sowjetunion unter Gorbatschow gewesen sei. Damit isolierte sich Gossweiler nicht nur in der undogmatischen Linken.

Im Mai 2017 ist Kurt Gossweiler im Alter von 99 Jahren verstorben. In der Zeitung „Neues Deutschland" erschien nur eine Notiz, in der Zeitung „junge Welt" ein hagiographischer Nachruf des Leiters der DKP-Partei-Schule, Jürgen Lloyd. Eine kritische Würdigung der Verdienste und schweren Irrtümer Kurt Gossweilers steht noch aus. •

DISKUSSION

Handlungsfähigkeit und Frauen*quote

Diskussionsbeitrag zu feministischen Aufnahmepolitiken in Antifa-Gruppen

AG5 (MARBURG)

Als die ag5 gegründet wurde, bestand sie aus einem wilden „männlichen Haufen", deren einziges Ziel es war, den Neonazis in Marburg das Leben schwer zu machen. An der Mitgliederstruktur hat sich über die Jahre vieles geändert. Nach und nach traten mehr Frauen*[1] bei, feministische Themen wurden bearbeitet und das Selbstverständnis der Gruppe wandelte sich. Vor etwa drei Jahren entstand bei uns die Sorge, dass dies nicht immer so bleiben würde. Es kam zu einem mehrjährigen gruppeninternen Diskussionsprozess über die Barrieren, die Frauen* von einer Organisierung abhalten oder ihnen die antifaschistische Arbeit erschweren. Die zentralen Themen und Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses sollen hier dargestellt werden.

Der Männer-Aufnahmestopp

Frauen* aus der linken Szene kritisierten damals, dass unsere Gruppenkultur männlich dominiert sei und die Gruppe durch „Mackerverhalten" auffalle. Diese Aussagen gaben den Anstoß zu einem Diskussionsprozess über die Gruppenkultur und unsere Außendarstellung. Daher setzten wir uns mit „Mackerverhalten" in der Gruppe auseinander, übten Selbstkritik und bemühten uns um einen anderen Umgang sowohl in der Gruppe als auch in der Außendarstellung. Im Zuge des Diskussionsprozesses kamen wir zu dem Schluss, dass die männliche Dominanz in der Gruppe nicht nur durch die dauerhafte Reflektion und Kritik von Verhaltensweisen männlicher Mitglieder bekämpft werden kann, sondern auch die Position von Frauen* in der Gruppe gestärkt werden muss. Daher entschieden wir uns dazu, auf unbestimmte Zeit nur noch Frauen* aufzunehmen. Es sollte weniger Energie in die Beobachtung und Förderung männlicher Interessierter gesteckt werden und unser Fokus auf Frauen* ausgerichtet werden. Zudem erhofften wir uns dadurch, gruppeninterne Auseinandersetzungen über das Verhalten der Männer besser führen zu können.

Wir beobachteten zudem, dass Frauen* oftmals weniger Vorwissen mitbringen, da sie sich erst später in ihrem Leben für eine Organisierung entscheiden als Männer, die häufig bereits in Jugendantifas unterwegs waren. Daher gestalteten wir die Weitergabe von Wissen und die Einarbeitung neuer Mitglieder um.

Gleichzeitig wurden viele Diskussionen über die Frage geführt, unter welchen Vorausetzungen wieder Männer aufgenommen werden würden. Hier wurde oft argumentiert, dass es eine Notwendigkeit gebe, bestimmte Männer aufzunehmen, da diese besonders geeignet für unsere Gruppe wären und wir nur so handlungsfähig bleiben könnten. Auch bei Nicht-Mitgliedern stieß unsere Entscheidung mit der gleichen Begründung oft auf Unverständnis.

Die Evaluation

Vor etwa einem halben Jahr haben wir den Männer-Aufnahmestopp und die Entwicklung der Mitgliederstruktur und des öffentlichen Auftretens der Gruppe evaluiert. Wir werten den mehrjährigen Männer-Aufnahmestopp als Erfolg: Er hat es uns erlaubt, die Aufnahme von Frauen* in den Fokus zu nehmen und verschiedene interne Auseinandersetzungen darüber zu führen, wie wir gemeinsam Politik machen wollen. Im Ergebnis haben wir uns dazu entschieden, die Aufnahmepolitik neu zu verhandeln. Dabei standen drei Themen im Mittelpunkt:

Erstens entstand der Wunsch nach einer dauerhaften Aufnahmepolitik aufgrund der Beobachtung, dass der Männer-Aufnahmestopp manchmal nur als eine Phase wahrgenommen wurde, die es auszusitzen galt. Ein langfristiges Konzept musste her.

Das zweite zentrale Thema lässt sich stark vereinfacht auf einen Konflikt zwischen feministischen Forderungen innerhalb der Gruppe und dem Wunsch nach Handlungsfähigkeit herunterbrechen. Es gab die Befürchtung, sollten Männer von der Aufnahme ausgeschlossen bleiben, hätte die Gruppe nicht genügend wo*menpower, um weiterhin ihrem Anspruch an antifaschistische Politik gerecht zu werden. Die Erklärung der Absicht Frauen* aufzunehmen, führte schließlich nicht augenblicklich dazu, dass Frauen* vor unserem Plenumsraum Schlange stehen. Auch wenn wir den Konflikt zwischen dem Ziel einer paritätischen Mitgliedschaft und fortbestehender Handlungsfähigkeit nicht auflösen konnten, hat die Diskussion darüber, was Handlungsfähigkeit überhaupt ist und wie wir sie aufrechterhalten/ausbauen/verändern, dazu geführt, dass wir unsere Vorstellungen hinterfragen konn-



Foto: strassenstriche.net, Köln 2016 Frauenkampftag (CC BY-NC 2.0)

ten. So haben wir festgestellt, dass Handlungsfähigkeit oft indirekt mit „viele Männer in der Gruppe, die Antifa zu ihrer obersten Priorität machen" gleichgesetzt wurde und dass mit Handlungsfähigkeit meist die Befähigung zu einem ganz bestimmten Set an Aktionen gemeint ist.

Das dritte Thema unserer Evaluation war die Suche nach einer Strategie, um mehr Frauen* für antifaschistische Arbeit zu gewinnen. Wir diskutierten verschiedene Möglichkeiten, Selbstreflexion und Außendarstellung als kontinuierliche Arbeitsfelder in unseren Gruppenalltag einzubinden. Zudem kamen wir zu der Erkenntnis, dass wir unsere eigene Wahrnehmung potentieller Mitglieder verändern und aufhören müssen bei Männern „Potential" und bei Frauen* „fehlende Erfahrung" zu sehen. Wir müssen aufhören Frauen* erst anzuerkennen, wenn sie sich bewiesen haben, keine Angst oder Zweifel zeigen und sich dem dominanten Habitus der Männer anpassen.

Quote und vieles mehr

Es ist unser erklärtes Ziel, dass die Gruppe zu mindestens 50 Prozent aus Frauen* besteht. Wir haben uns dazu entschieden zunächst eine Quote einzuführen, die den aktuellen Status quo nach unten hin absichert, sodass der Frauen*anteil nicht unter den jetzigen sinken darf. Diese Quote wollen wir kontinuierlich steigern, um in absehbarer Zeit eine paritätische Mitgliederstruktur zu erreichen.

Wir wollen weiterhin an unserer Gruppenkultur arbeiten. Dazu haben wir unter anderem Sondertreffen der Männer der Gruppe eingeführt, um die Reflexion von Privilegien und damit verbundenen Verhaltensweisen zu institutionalisieren. Wir haben Möglichkeiten zur Kritik von männlichem Dominanzverhalten in unsere Plenumsstruktur eingebaut und Fragen zu der Perspektive auf Antifa und Männlichkeit sowie Feminismus in unseren Aufnahmeprozess integriert. Außerdem haben wir den Themenkomplex Antifaschismus und Feminismus zu unserem aktuellen Arbeitsschwerpunkt gemacht.

Unsere Auseinandersetzung mit dem Thema ist noch lange nicht abgeschlossen und wird es auch (bis nach der Revolution) wahrscheinlich nie sein. Wir sind noch weit davon entfernt mit den Geschlechterverhältnissen in unserer Gruppe und der Antifa im Allgemeinen zufrieden zu sein. Das wohl wichtigste Ergebnis unseres Diskussionsprozesses ist die wenig überraschende Einsicht, dass Antifa feministisch sein muss, um sinnvoll zu arbeiten. Neben den vielen anderen hervorragenden Gründen für Feminismus gilt insbesondere für Antifa-Gruppen der folgende: Hierarchische Geschlechterverhältnisse sind ein notwendiger Bestandteil rechter Politik. Daher braucht der Kampf gegen diese feministische Perspektiven. Mit diesen lässt sich auch Problemen und Leerstellen antifaschistischer Politik begegnen. Hierzu zählen z.B. die Imaginierung von rechten AkteurInnen ausschließlich als Männer oder von rechter Gewalt als geschlechtsblind. Da sich das Vorhandensein feministischer Perspektiven in Antifa-Gruppen und die Organisierung von Frauen* in diesen Gruppen wechselseitig bedingen, müssen Antifa-Gruppen ihre Arbeit vor dem Hintergrund feministischer Analysen und Forderungen gestalten und zugleich die Barrieren, die der Organisierung vieler Frauen* im Weg stehen, beseitigen. Die Gruppen müssen bewusst feministische Kämpfe führen und supporten, damit Frauen* die Doppelbelastung, antifaschistisch und feministisch aktiv zu sein, nicht alleine tragen müssen. Wir hoffen, dass unser Beitrag sowohl Denkanstöße für Antifa-Gruppen, die ähnliches Feedback wie wir erhalten haben, bietet, als auch Frauen* dazu motiviert sich antifaschistisch zu organisieren. •

1 Mit dem * wird in diesem Text deutlich gemacht, dass es sich bei den Geschlechterkategorien Frau/Mann um gesellschaftliche Konstrukte handelt, mit denen Fähigkeiten und Eigenschaften verbunden werden. Mit dem * wird versucht Identitäten jenseits der Zweigeschlechtlichkeit sichtbar zu machen.

DISKUSSION

Bereits Ende der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre gründeten sich in mehreren Städten gut vernetzte, feministische Antifa-Gruppen. Im Jahr 1993 gab es bundesweit 25 solcher F*antifa-Gruppen. Um die Jahrtausendwende geriet die Antifa insgesamt in eine zunehmend marginalisierte Position, und auch viele F*antifagruppen lösten sich auf, das letzte deutschlandweite Treffen fand 1999 statt. Seit einigen Jahren ist eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten, d.h. es gründen sich wieder vermehrt F*antifagruppen.

Ein Plädoyer für die F*antifa

FEMINISTISCHER-ANTIFASCHISTISCHER ARBEITSKREIS BERLIN

Wir sind zwei linksradikale, queer_feministische Gruppen aus Berlin, die sich als F*antifa[1] bewusst ohne Cis-Männer[2] organisieren und für *FLTI*[3] offen sind.

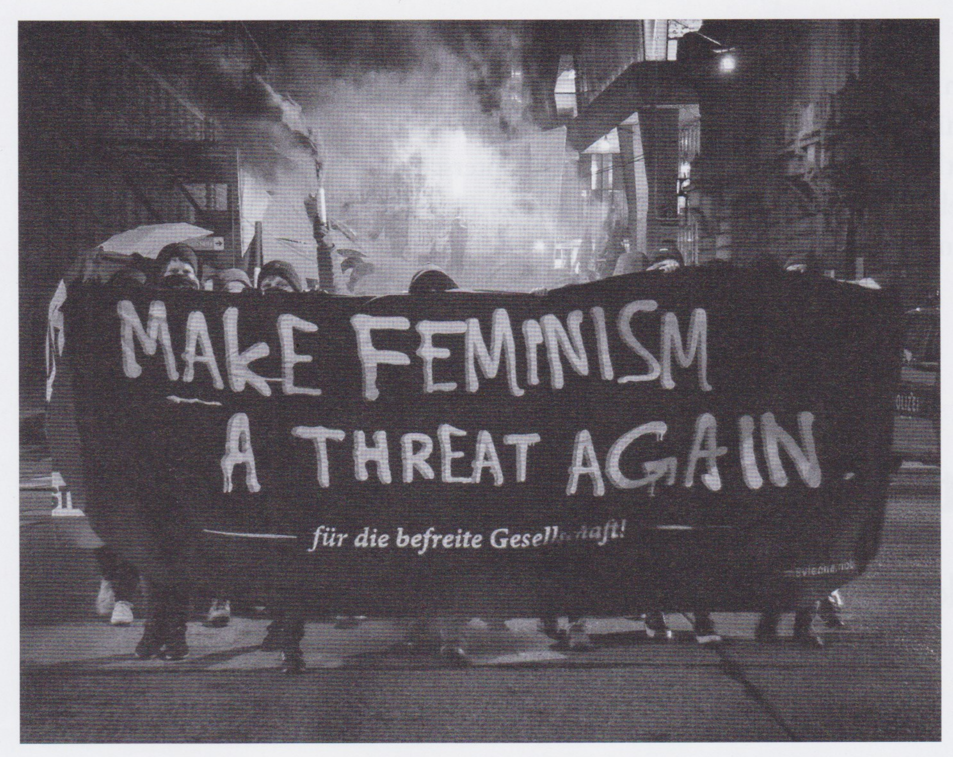
Queer-Feminismus[4] als Themenkomplex ist ausschlaggebend für unsere politische Arbeit. Dabei unterstützen und bestärken wir uns gegenseitig und andere im alltäglichen Kampf gegen Heteronormativität[5], Patriarchat, Sexismus sowie Trans- und Interfeindlichkeit. Ein Ziel ist es zum Beispiel, Antifeminismus innerhalb gesellschaftlicher, konservativer, religiös-fundamentalistischer und rechter Zusammenhänge offenzulegen. Denn gerade antifeministische Strömungen haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und ermöglichen einen Schulterschluss zwischen konservativen, neu-rechten und neonazistischen Gruppierungen. Queer-feministische Ansätze erleben wir dabei als gewinnbringende Perspektive, die es uns ermöglicht, die Verwobenheiten von Herrschaftsverhältnissen auch bei diesen Themen mitzudenken. Wir wollen einen Feminismus, der Alternativen außerhalb der bürgerlich kapitalistischen Logik und das Zusammenwirken unterschiedlicher Herrschaftsstrukturen aufzeigt und diese angreift. Das bedeutet, dass eine geschlechtliche Gleichberechtigung innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems für uns keine erstrebenswerte Option ist. Neben dem Ermutigen von *FLTI*-Personen, politisch aktiv zu werden, wollen wir daher einen Gegenpol zum bürgerlichen Feminismus schaffen, da dieser unter anderem oftmals über die Verstrickungen von verschiedenen Unterdrückungsverhältnissen hinweg sieht. Gleichzeitig beschäftigen wir uns mit klassischen Antifa-Themen wie Faschismus, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus in extrem-rechten Zusammenhängen und innerhalb der sogenannten gesellschaftlichen Mitte oder staatlichen Institutionen.

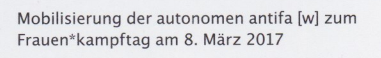
Neben Zusammenhängen der sogenannten Mitte und des rechten Spektrums nehmen wir aber auch die eigenen Strukturen in den Blick. Gesellschaftliche Machtverhältnisse gibt es leider auch in linksradikalen Gruppen. Eine kritische Auseinandersetzung mit diskriminierenden Verhaltensweisen im eigenen politischen Umfeld und ein selbstreflexiver Umgang mit den eigenen Privilegien sind daher unerlässlich.

Dabei arbeiten wir teilweise auch in Bündnissen gemeinsam mit Cis-Männern und bringen queer-feministische Perspektiven in diese Zusammenhänge ein. Insgesamt wollen wir durch unsere Arbeit uns selbst und andere *FLTI* im Alltag und insbesondere in der Antifa ermächtigen, für sich selbst einzustehen, sich gegen Angriffe und diskriminierendes Verhalten zu wehren und für eigenen Belange einzutreten. Das Sichtbarmachen von widerständigen und rebellischen *FLTI* ist uns ein Anliegen. Dazu machen wir an von *FLTI* frequentierten Orten (Mobi-) Veranstaltungen und eigene Tresenabende. Diese sollen verstärkt FLTI* ansprechen, sind aber größtenteils offen für alle. Wir zeigen auf Demos Präsenz und gestalten diese lautstark mit. Dadurch, dass wir dort und in linken Strukturen eigene *FLTI*-Reihen, Blocks, Räume und Partys organisieren, möchten wir Möglichkeiten schaffen, sich zu organisieren, zu vernetzen, Spaß zu haben und queer-feministische Forderungen auch innerhalb der Linken sichtbarer zu machen.

Die Gründe

Für uns gibt es viele Gründe, uns ohne Cis-Männer politisch zu organisieren. Hierzu zählen für die meisten von uns auch negative Erfahrungen innerhalb klassischer Antifa-Strukturen — dazu gehören die häufig unter dem Schlagwort „Mackertum" zusammengefassten Verhaltensweisen, dominantes Redeverhalten, unhinterfragte und unbenannte Hierarchien oder das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Wir haben oft erlebt, dass Sexis-




Mobilisierung der autonomen antifa [w] zum Frauen*kampftag am 8. März 2017

mus und patriarchale Verhältnisse als Nebenwiderspruch behandelt werden und es nur selten ernsthafte Auseinandersetzungen mit Sexismus innerhalb von Antifa-Gruppen gibt. Denn ansozialisiertes Verhalten (wie eine sexistische, aber auch eine rassistische, klassistische etc. Denkweisen) lässt sich nicht an der Tür vor dem Antifa Plenum ablegen. Für die Menschen, die negativ von diesen Diskriminierungsformen betroffen sind, ist ein Plenum oft doppelt anstrengend, weil sie auf diese Strukturen aufmerksam machen und diese benennen müssen. Es handelt sich dabei um Situationen, die wir ohnehin täglich erleben, am Arbeitsplatz, in der Uni und im sonstigen Alltag. In einer Politgruppe kann durch eine *FLTI* Organisierung ein Freiraum entstehen, den es so ansonsten nicht gibt. Wir empfinden es daher als bestärkend, politisch mit Leuten zusammen zu arbeiten, die ähnliche (Diskriminierungs-) Erfahrungen gemacht haben, sowohl in der Gesamtgesellschaft als auch innerhalb linker Strukturen. Und wir glauben, dass es für *FLTI* den Einstieg in antifaschistische Arbeit erleichtern kann. Das Wegfallen des Drucks, sexistische Bewertungsmaßstäbe durch extra viel Engagement ausgleichen zu müssen, erspart viel Frustration. Wir nehmen uns, unsere Erfahrungen und unser Wissen gegenseitig ernst. Wir müssen den anderen nicht erklären, warum das, was „Peter" auf dem Bündnistreffen gesagt hat, sexistisch war — sie wissen es schon.

Außerdem ist es wichtig, zu bestimmten Themen gemeinsame Positionen als *FLTI* zu entwickeln und sichtbar zu machen, weil sie historisch gesehen und gesamtgesellschaftlich untervertreten und marginalisiert sind. Ohne die Perspektiven von *FLTI* als Betroffene auf Phänomene wie Sexismus (die Cis-Männer, die von dieser Struktur profitieren, zumindest nicht intuitiv nachvollziehen können), fehlen wichtige Inhalte.

Wofür wir stehen

Auch wir kämpfen mit typischen Problemstellungen der Antifa. Wir sind größtenteils weiß, ableisiert[6], kommen überwiegend aus der Mittelschicht und die meisten von uns studieren oder haben mal studiert. Wir sind uns darüber bewusst, dass wir dadurch eine eingeschränkte Perspektive haben. Wir versuchen unsere verschiedenen Lebensumstände mitzudenken, damit beispielsweise auch Menschen mit Kind mitmachen können. Wir haben den Anspruch, dass sich Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen und mit unterschiedlichen Lebensmodellen linksradikal organisieren können.

Von anderen linksradikalen Gruppen werden wir meist in unserem Auftreten bestärkt und häufig besteht Interesse an unserer Gruppe und einer Zusammenarbeit. Wir sehen, dass queerfeministische Themen in der Antifaszene (wieder) an Bedeutung gewinnen. So reflektieren Gruppen den niedrigen Anteil von *FLTI* in ihren Strukturen und entwickeln Methoden wie zum Beispiel eine Quote, um dem entgegen zu wirken. Zusätzlich muss aber auch daran gearbeitet werden, FLTI* einen Einstieg zu ermöglichen und das bedeutet eben auch, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich alle wohlfühlen und organisieren können. Grundsätzlich ist es wichtig, ein Problembewusstsein zu schaffen um gemeinsam verschiedene Lösungen entwickeln zu können. Wir sind uns bewusst, dass wir als F*antifa ohne Cis-Männer einen möglichen Ansatz verfolgen, welcher sicher in einer Stadt mit einer großen (queeren-) Szene leichter umzusetzen ist als an anderen Orten.

Zudem gibt es vielfältige Möglichkeiten sich als nicht FLTI* solidarisch zu FLTI* Zusammenhängen zu verhalten. So können Cis- Männer Support leisten, indem sie bei FLTI* organisierten Veranstaltungen beispielsweise unsichtbare Aufgaben (wie Küfa kochen, Kinderbetreuung beim Kongress) übernehmen, falls gewünscht. Zudem sollte mehr Wert auf eine Vernetzung mit FLTI* Gruppen gelegt werden. •

Der Text erschien im April 2017 zum ersten mal in der AS.ISM 4. Streitschrift gegen sexistische Zustände (www.asbb.blogsport.de) und wurde für das Antifaschistische Infoblatt überarbeitet. **1** Mit dem * möchten wir Identitäten jenseits der zugeschriebenen Zweigeschlechtlichkeit sichtbar machen und markieren, dass die Kategorie „Frau" keine biologische, sondern eine sozial hergestellte ist. **2** Als Cis-Männer bzw. Cis-Frauen bezeichnen wir Menschen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, das sie bei ihrer Geburt zugeschrieben bekommen haben. **3** Kurzform für Frauen*/ Lesben/ Trans* und Inter* **4** Queer nutzen wir als Sammelbegriff für geschlechtliche und sexuelle Identitäten, die nicht heterosexuell sind oder dem Prinzip der Zweigeschlechtlichkeit entsprechen. **5** Mit Heteronormativität beschreiben wir die verbreitete Annahme, dass es zwei aufeinander bezogene Geschlechter (Frau/Mann) gibt und diese sich heterosexuell aufeinander beziehen. Damit sind Privilegien und bei Abweichung Ausschlüsse verbunden. **6** Der Begriff Ableismus bezeichnet und kritisiert das strukturelle Diskriminierungsverhältniss zwischen Menschen, die als Behinderte bzw. Nicht-Behinderte konstruiert werden. Letztere sind „ableisiert".

REPRESSION

Anlässlich einer DNA-Entnahmen gegen Antifaschist_innen aus Berlin möchten wir uns mit den gesellschaftspolitischen und kriminalistischen Hintergründen, den Dunkelfeldern der Debatte und dem repressiven Potential dieser Ermittlungsmethode auseinandersetzen. Unterschiedlichste Behörden machen mittlerweile reichlich davon Gebrauch, und die kritische Debatte hierüber führt abseits traditioneller Antirepressions- und Bürgerrechtsstrukturen ein Schattendasein.

DNA – Worthless or Almighty?

Zur Kritik am „genetischen Fingerabdruck“[1]

WHENTHEYKICK.BLOGSPORT.DE

Am Morgen des 28. Februar 2017 drangen Beamte des Berliner Staatsschutzes in mindestens zwei Wohnungen in Berlin-Kreuzberg und -Mitte ein. Im Raum steht der Vorwurf der gemeinschaftlichen gefährlichen Körperverletzung zum Nachteil eines Neonazis. Laut Durchsuchungsbeschluss soll der Sänger einer Neonaziband im Dezember 2015 in Berlin »diverse Prellungen« erlitten haben. Nach einseitig geführten Ermittlungen kam es Ende Februar zur Vollstreckung mehrerer Durchsuchungsbeschlüsse, bei denen auch ein SEK zum Einsatz kam. In mindestens einem Fall wurde während der Durchsuchungen DNA entnommen. Ein weiterer Beschuldigter, der bei der Durchsuchungsaktion nicht zugegen war, hat sich den polizeilichen Maßnahmen bis auf Weiteres entzogen. Er verweist darauf, dass die Ermittlungsbehörden sein Alibi ignorieren und spricht von einem gezielten Versuch, Aktivisten der sozialen Bewegungen durch die Entnahme ihrer DNA nachhaltig einzuschüchtern. Ein „Soli-Blog“ berichtet über die tendenziösen Ermittlungen des Berliner Staatsschutzes und den weiteren Verlauf des Verfahrens.

Der aktuelle Fall repräsentiert ein klassisches Szenario politisch motivierter Verfahren. Einerseits haben die Ermittlungsbehörden kaum mehr als einen Anfangsverdacht, andererseits versuchen sie, umfangreiche und im Falle einer DNA-Entnahme auch anhaltende Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen zu legitimieren. Dass es den Ermittlungsbehörden dabei noch um die Aufklärung einer konkreten Straftat gehen soll, ist unglaubwürdig. Die Akteneinsicht zeigt, dass die Ermittlungsbehörden in den vergangenen eineinhalb Jahren auf der vermeintlichen Suche nach Täter_innen mit großem Aufwand Strukturen und Einzelpersonen durchleuchtet haben. Obwohl sie am Ende kaum etwas Verwertbares in den Händen halten, drängen sie zum Schluss darauf, dass zwei Betroffene ihre DNA abgeben.[2] In einem Fall wurde diese Forderung bereits unter Zwang durchgesetzt, in einem anderen konnte sich der Betroffene bis dato dieser Maßnahme erfolgreich entziehen.[3] Dabei ist klar: Nach umfangreicher Ermittlungsarbeit, unzähligen Zeug_innenbefragungen, Lichtbildvorlagen und drei Hausdurchsuchungen haben die Ermittelnden keinerlei stichhaltige Beweise gegen die Beschuldigten zur Hand. So wird auch die Analyse und Speicherung ihrer DNA weder zur Aufklärung einer Straftat, noch zur Entlastung der momentan Beschuldigten etwas beitragen können. Denn entgegen ihrem Ruf als ultimatives und aussagekräftiges Beweismittel, lässt sich anhand eines Abgleichs entnommener DNA mit einer vermeintlichen DNA-Spur vom Tatort weder mit Gewissheit auf eine Anwesenheit zur Tatzeit schließen, noch lässt sich dadurch eine unterstellte Täterschaft in irgendeiner Weise derart widerlegen, dass die Ermittlungsbehörden sich veranlasst sehen würden, Ruhe zu geben. Obwohl die Entnahme und Speicherung von DNA selbst im Falle einer Übereinstimmung zweier Proben keinerlei weitere Ermittlungsansätze liefern würde, werden damit weitere Grundrechtseingriffe in Kauf genommen. Dahinter steht weder ein dummer Zufall noch ein Versäumnis, sondern das Interesse einer umfassenden Ausforschung und Kontrolle unliebsamer Aktivisten und die erhoffte Einschüchterung ihres Umfelds. Dass gerade jener Beschuldigter, der gezwungen ist, sich einer drohenden DNA-Entnahme zu entziehen, für die angegebene Tatzeit ein Alibi vorweisen kann, entzieht dem repressiven Schauspiel jeden Rest an Glaubwürdigkeit. Zum einen rechnet kaum jemand damit, dass dieses Ermittlungsfahren jemals zu einer Anklage, geschweige denn zu einer Verurteilung führt. Andererseits können die Betroffenen darauf wetten, dass die Behörden im Nachhinein erbitterten Widerstand leisten werden, wenn sie nach Abschluss dieses politisch motivierten Verfahrens die Ver-

nichtung und Löschung bereits entnommener DNA-Proben und -Profile einfordern.



Der genetische Fingerabdruck — Was ist DNA?

Desoxyribonucleinsäure (DNA) enthält nach heutigem Forschungsstand die individuellen Erbinformationen eines jeden Menschen. Sie findet sich in sämtlichen Körperzellen wie Blut, Muskelgewebe, Haut, Knochen, Haaren, Sperma, Speichel, Schweiß und lässt sich bereits als mikroskopisch kleiner Rückstand dazu nutzen, im Labor ein genetisches Profil zu erstellen.

Seit rund 15 Jahren nutzen auch die deutschen Ermittlungsbehörden die Möglichkeit, ein genetisches Profil zur Identifikation von Personen anzulegen. Indem sie DNA-Spuren bis zu einer bestimmten Anzahl festgelegter Marker auslesen, erlangen sie ein Profil, mit dem spätere Abgleiche möglich sind — Internationaler Standard sind 12 Merkmalssysteme, während in Deutschland 13 üblich sind. Derzeit rühmt sich das Bundeskriminalamt (BKA) damit, dass die Datei 2016 einen Bestand von 1.167.087 Datensätzen aufwies. Dabei handelte es sich bei 864.630 Datensätzen um DNA-Profile von Personen und bei 302.457 um sogenannte „Spurendatensätze“. Beide Kategorien verzeichneten seit 2013 etwa ein Plus von 60.000 Datensätzen. Insgesamt 235.715 Treffer seien seit Einrichtung der Datei im Jahre 1998 erzielt worden (Stand 31. Dezember 2016). In 49.188 Fällen handelte es sich dabei um sogenannte Spur-Spur-Treffer, bei denen ein Tatzusammenhang zwischen verschiedenen Tatorten hergestellt wurde. Grob überschlagen ist das ein Zuwachs von rund einem Drittel gegenüber den gesamten Fallzahlen sogenannter Spur-Spur-Treffer von 2013 (32.482). In 186.527 Fällen konnte seit 1998 „Tatortspuren“ einer Person zugeordnet und „damit vermutlich eine Tat aufgeklärt“ werden. Gegenüber den absoluten Fallzahlen von 2013 (123.845) ergibt sich damit ebenfalls ein Anstieg der absoluten Zahlen von circa einem Drittel. Dass sich der Anstieg der Fallzahlen, in denen „vermutlich eine Tat aufgeklärt“ werden konnte, überproportional zum Anwachsen der Datei verhält, könnte einem Erfolg der DNA-Analysedatei aus kriminalistischer Sicht Recht geben. Vergleicht man jedoch die Statistiken von heute mit jenen von vor 14 Jahren, wird offensichtlich, dass der Anstieg von Treffern keineswegs einer Steigerung der Aufklärungsquote schwerer Straftaten gegen das Leben oder die sexuelle Selbstbestimmung zu verdanken ist. Vielmehr lässt sich der Zuwachs an vermeintlichen oder möglichen Ermittlungserfolgen dadurch erklären, dass das Mittel der DNA-Analyse seit seiner Einführung stetig auf weitere Deliktfelder ausgeweitet wurde. So sind 78 Prozent aller tatverdächtigen Personen, die seit 1998 mittels DNA-Analyse ermittelt wurden, nicht einer Vergewaltigung oder eines Mordes verdächtig, sondern Menschen, die aufgrund von Eigentumsdelikten mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind.

DNA-Analyse in der Praxis und ihre Beweisproblematiken vor Gericht

In der Praxis wird das Instrument der DNA-Analyse zunehmend inflationärer eingesetzt, z.B. indem Ermittelnde an „Tatorten“ alles einsammeln, dessen sie habhaft werden, um die DNA-Analysedatei damit zu füttern. Ein eindrucksvolles Beispiel aus der jüngeren Zeit liefert das sogenannte Kotti-Verfahren aus Berlin aus dem Jahre 2013.[4] Im Anschluss an eine Spontandemonstration, bei der es zu Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamte kam, sammelten Ermittelnde in ganzen Straßenzügen vermeintliche Spurenträger ein. Mehrere „Treffer“ in der Kartei führten nicht nur zu zahlreichen Beschuldigungen, sondern unter anderem auch zu Hausdurchsuchungen an mehreren Orten. „Mittlerweile kann jede dritte an einem Tatort gefundene DNA-Spur einer Person zugeordnet werden. Durch den Abgleich von an Tatorten gefundenen DNA-Spuren mit der DNA-Analysedatei können Täter überführt, Verbrechen aufgeklärt, potenzielle Opfer vor Wiederholungstätern geschützt und Unschuldige entlastet werden“, schreibt das BKA auf seiner Homepage. Wie auch dieses Zitat belegt, erscheint für die Ermittelnden zum Erfolg eines DNA-Abgleichs unerheblich, dass eine gefundene DNA-Spur an einem sogenannten „Tatort“ in den meisten Fällen kaum etwas darüber auszusagen vermag, wann oder auf welchem Wege sie dort hingelangt ist. So lässt sich auch mittels einer DNA-Spur häufig nicht belegen, ob eine betreffende Person zum Tatzeitpunkt überhaupt anwesend war. Selbst im Falle von am Tatort zurückgebliebenen DNA-Spuren an sogenannten „Tatwerkzeugen“ lässt sich vor Gericht schwerlich ausschließen, dass eine DNA-Anhaftung nicht indirekt oder zu einem weit früheren Zeitpunkt an das „Tatwerkzeug“ gelangt ist. Vor Gericht entpuppt sich der vermeintlich sichere DNA-Treffer, den das BKA in seiner Statistik aufführt, damit so manches mal als Papiertiger. Und so muss auch das BKA letztendlich eingestehen: „Die DNA-Analyse ersetzt jedoch nie die

weitere Tatortarbeit oder kriminalistische Ermittlungstätigkeit; sie ergänzt diese allerdings sehr wirkungsvoll."



Die DNA-Analyse und ihre Fehleranfälligkeit im kriminologischen Alltag

Dass die DNA-Analyse nicht nur wirkungsvoll, sondern auch anfällig für Fehler ist, wurde seit ihrer Einführung schon mehrfach deutlich. Wie schwer es ist, die Ausbreitung oder Übertragung von DNA durch Dritte zu kontrollieren und wie fragwürdig es deshalb auch ist, das Auffinden von DNA an einem „Tatort" als aussagekräftiges Beweismittel anzusehen, mussten Ermittlungsbehörden schon mehrfach feststellen. Wer erinnert sich noch an das „Phantom von Heilbronn" nach dem mit über 40 Spur-Spur-Treffern jahrelang und republikweit gefahndet wurde? Der Name leitet sich ab vom vermeintlichen Fundort einer DNA-Spur an dem Ort, an dem der „Nationalsozialistische Untergrund" (NSU) im April 2007 eine Polizistin erschoss und ihren Kollegen schwer verletzte. Später entpuppte sich das „Phantom" als Mitarbeiterin einer Fabrik für Wattestäbchen, die von den Ermittlungsbehörden offenbar bundesweit zur Entnahme von DNA-Proben verwendet wurden. In einem im Juli 2010 an den Innenausschuss des Deutschen Bundestages übermittelten vertraulichen Bericht[5] heißt es, dass die interne BKA-Gruppe in der Analysedatei 74 sogenannte Spur-Spur-Serien gefunden habe — DNA-Spuren, die ähnlich wie beim Phantom von Heilbronn mit hoher Wahrscheinlichkeit derselben noch nicht bekannten Person zugeordnet werden können. Sieben dieser Serien hatten die zuständigen Landeskriminalämter bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des vertraulichen Berichts tatsächlich als Kontaminationen, als sogenannte Trugspuren bestätigt. Bei damals 185.000 Spur-Spur-Treffern in der DNA-Analysedatei des BKA entsprachen diese sieben bestätigten Fälle seinerzeit einer Fehlerquote von 1 zu 26.000. Laut den internen Aussagen des BKA, sei deshalb nicht auszuschließen, dass in der DNA-Analysedatei ein weiteres Dunkelfeld von Mitarbeiterkontaminationen besteht. Also Verunreinigungen, die von Polizei-Mitarbeitenden bei der Spurensicherung oder -auswertung verursacht wurden. Offen bleibt, wie sich Betroffene in Zukunft vor Fehlermittlungen und deren Konsequenzen schützen können. Zumal Ermittelnde und weitere Teile der Öffentlichkeit auf den vermeintlichen DNA-Beweis noch immer große Stücke halten. Jüngste Studien stellen die Aussagekraft von DNA-Spuren im Strafprozess sogar noch weiter in Frage. So stellten Forschende im Jahr 2015 fest, „dass ein tertiärer Transfer tatsächlich möglich ist und das sogar zu einem hohen Prozentsatz." Ein „tertiärer Transfer" meint, dass eine dritte Personen die DNA-Spur eines vermeintlichen Verursachers „zu einem hohen Prozentsatz" an einer Stelle z.B. an einer Türklinke oder einer Fernbedienung aufnehmen und diese Spur später unbeabsichtigt an einem „Tatort" zurücklassen kann ohne, dass die Person, deren DNA später dort sichergestellt und dokumentiert wird, jemals vor Ort gewesen ist.

DNA-Analyse und Speicherung aus Grundrechtsperspektive

Um eine DNA-Spur einer Person zuordnen zu können, benötigen die Ermittlungsbehörden eine Vergleichsspur. Diese wird Verdächtigen entweder im Rahmen einer vorläufigen Festnahme unmittelbar entnommen, später mittels einer Vorladung oder in dem Fall, dass ein richterlicher Beschluss vorliegt, auch mittels einer Zwangsvorführung. Da es sich bei der „Entnahme und molekulargenetischen Untersuchung von Körperzellen zur Identitätsfeststellung in künftigen Strafverfahren" laut BGH um einen staatlichen Eingriff in das verbürgte Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung handelt, steht die Maßnahme bis heute unter Richtervorbehalt. In der Praxis versuchen Polizei und Staatsanwaltschaft jedoch unter Berufung auf „Gefahr im Verzug" oder durch anderweitig angedrohten Zwang, oftmals Druck auf Betroffene auszuüben, damit sie einer DNA-Entnahme ohne Richtervorbehalt zustimmen. Hierbei hat sich schon mehrfach gezeigt, dass es sich lohnt, bei alleinigem Druck von Polizei und Staatsanwaltschaft standhaft zu bleiben, nicht immer kamen die Ermittlungsbehörden anschließend bei einer/einem Ermittlungsrichter_in mit Ihrem Ersuchen zum Ziel.

No way out? – Einmal drin in der Kartei

Einmal in die Kartei gelangt, ist es für Betroffene hingegen schwer, wieder heraus zu kommen. Die gesetzlichen Fristen zu Löschung betragen bei Jugendlichen 5 und bei Erwachsenen 10 Jahre — sofern in diesem Zeitraum aus polizeilicher Sicht keine Erkenntnisse hinzukommen, die eine Löschung in Frage stellen. Da der zur Einführung der DNA-Analysedatei im Jahre

1998 in einer gemeinsamen Richtlinie der Datenschutzbeauftragen des Bundes und der Länder geforderte Richtervorbehalt einer langfristigen Speicherung von DNA-Proben niemals im Gesetz berücksichtigt wurde, liegt es heute faktisch im Ermessen der Polizeibehörden bzw. des BKA, welche der erhobenen Daten gespeichert werden. Erschwerend kommt hier die faktische Verkehrung der Unschuldsvermutung hinzu: Wer den Behörden einmal als tatverdächtig galt, bleibt dies aus Sicht der Ermittler schließlich bis zum Beweis seiner Unschuld, beziehungsweise bis zu einem Freispruch erster Klasse. Konkret bedeutet dies für alle, die einmal von den Ermittlungsbehörden falsch verdächtigt wurden, ohne dass es jemals zu einer Verfahrenseröffnung kam oder letztenendes zu einem Freispruch oder einer Einstellung mangels Tatverdacht, dass die im Zuge eines solchen Verfahrens erhobenen DNA-Profile weiter in der Datenbank potentiell tatverdächtiger Personen geführt werden. Dagegen zu Klagen bedeutet ein oft jahrelanges und kostspieliges Verfahren mit ungewissem Ausgang. Angesicht des Wissens darum, dass 97 Prozent aller §129a-Verfahren, die in den 1990er Jahren zum Teil über Jahre mit massivem Überwachungsaufwand gegen zahlreiche Einzelpersonen und linke Strukturen geführt wurden, nie vor ein Gericht kamen, zeichnet dies ein düsteres Bild. Denn in Staatsschutzverfahren ist es bis heute keine Seltenheit, dass die Behörden, um auf „die Szene“ Druck auszuüben, oftmals nur auf Basis eines kaum haltbaren Anfangsverdachts gegen ausgemachte Aktivist_innen vorgehen. Die derzeitige Rechtspraxis begünstigt sie noch darin, auch in Zukunft auf solchem Wege gewonnene DNA-Profile weiter verwenden zu dürfen. Der Einschüchterung und anhaltenden Kontrolle ist damit Tür und Tor geöffnet. Die gesetzlichen Löschfristen können zwar als letzte Hoffnung gelten, dabei ist es jedoch kein Geheimnis, dass die von den Datenschutzbeauftragen des Bundes und der Länder durchgeführten Überprüfungen der behördlichen Selbstkontrolle immer wieder schwerwiegende Verstöße gegen gesetzliche Datenschutzbestimmungen, insbesondere gegen Löschfristen feststellen.

Fazit

Festzustellen ist, dass die Beweis- und Aussagekraft von DNA-Vergleichs-Analysen in der Öffentlichkeit um ein Vielfaches überschätzt wird. Neben dem oftmals fragwürdigem Stellenwert, welcher der DNA im Ermittlungs- und Strafverfahren beigemessen wird und nicht weniger beweisproblematischen Schlüssen, die im Zuge von Ermittlungsverfahren aus ihr gezogen werden, hat sich im kriminologischen Alltag wiederholt gezeigt, dass der Erfassung und Auswertung genetischer Profile ein viel größeres Fehlerpotential innewohnt, als gemeinhin angenommen. In der behördlichen Darstellung der DNA-Analyse erfahren „Trugspuren“ und auch andere mögliche Beweisproblematiken kaum Beachtung. Vielmehr erleben wir seit der flächendeckenden Einführung dieses Ermittlungsinstrumentes in den 1990er Jahren einen Hype, der sich in der stetigen Erweiterung ihrer technologischen und rechtlichen Handlungsspielräume auf immer neue und geringfügigere Tatbestände ausdrückt. Die Interpretation von aus der DNA gewonnenen vermeintlich objektiven Informationen ist gesellschaftlich noch immer umkämpft. Und es besteht nach wie vor ein großes Potential zur Diskriminierung und Kriminalisierung sowohl Einzelner, als auch konstruierter Gruppen, deren kriminologische oder (folgt man den Forderungen von Law & Order) in naher Zukunft auch genetische Zuschreibung, als Anhaltspunkt für unerwünschtes Verhalten gilt. Für die Behörden gibt es mittlerweile jede Menge Schlupflöcher, um an die DNA eines Betroffenen zu gelangen und in der Folge auch eine anhaltende Speicherung durchzusetzen. Internationale Weitergabe aber auch die Speicher-Praxis hiesiger Datenbanken stellen den Schutz von Grundrechten in Frage. Einmal in einer DNA-Analysedatei gelandet, gibt es für Betroffene nur unzureichende Möglichkeiten, sich gegen eine Speicherung zur Wehr zu setzen. Wiederholt zeigt sich die Kontrolle von Flucht- und Migrationsbewegungen als repressives Testfeld mit der Folge für Betroffene, dass ihnen im Asylverfahren noch weniger Möglichkeiten zugestanden werden, sich gegen anhaltende Kontrolle und Überwachung zu wehren. Zum einen handelt es sich bei der Speicherung eines genetischen Fingerabdrucks um einen schwerwiegenden Eingriff in die informelle Selbstbestimmung, zum anderen ist im Hinblick auf das, was Politik und Behörden mit dieser Technologie offensichtlich vorhaben, noch lange kein Ende der Fahnenstange erreicht. Angesichts immer schneller anwachsender Datenbanken ist eine breite gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit DNA-Entnahmen überfällig. •

Spendenkonto für die betroffenen Antifaschist_innen aus Berlin:

Konto: Rote Hilfe e.V.
Institut: GLS-Bank
IBAN: DE55 4306 0967 4007 2383 17
BIC: GENODEM1GLS
Verwendung: „whentheykick“.

1 Der Text wurde von der Redaktion gekürzt. Ihr findet ihn in voller Länger auf der Website: http://whentheykick.blogsport.de/2017/04/13/dna 2 www.whentheykick.blogsport.de/2017/03/27/justizskandal-ermittlungsbehoerden-verschleppen-alibi 3 www.whentheykick.blogsport.de/2017/03/15/nach-hausdurchsuchung-dna-entnahme-verweigert-interview-mit-einem-beschuldigten 4 Informationen zu diesem Verfahren unter: https://ea-berlin.net/update-zum-kotti-verfahren-august-2015 5 www.heise.de/tr/artikel/Jagd-auf-DNA-Phantome-1228067.html

REPRESSION

Sportgruppe gesucht

Geschichten aus der „linksextremistischen Unterwelt", wie sie nur sächsische Ermittlungsbehörden erzählen können

EINE REPORTAGE VON MARINA LUDWIG

„Es riecht irgendwie nach Gummi", sagt Simon. Er sieht das Bundeswehrlogo auf dem Bus und zählt eins und eins zusammen: „Jemand hat versucht, den Bus anzuzünden." Garfunkel ist überrascht, Simon nicht, weil er sich an den Anschlag auf eine Dresdner Bundeswehr-Kaserne im selben Jahr erinnert, bei dem 30 Bundeswehr-Fahrzeuge verbrannt sind. Nicht uninteressant also schlendern sie zur nahegelegenen Bushaltestelle um von dort aus Feuerwehr und Polizei zu beobachten, die sich nun um den Bus kümmern. Dann Simons Eingebung: „Ey lass uns mal abhauen, wir sind beide schwarz angezogen und kriechen hier rum." Zu spät. Eine Frau im Auto hat alles beobachtet und findet ihr Verhalten verdächtig. Sie ist Polizeiobermeisterin in zivil und gibt später zu Protokoll, dass Simon und Garfunkel kein Licht machten, als sie in einem Hauseingang verschwanden. Gemeinsam mit einem Kollegen kontrolliert sie kurz darauf die verschlossene Eingangstür und notiert alle am Klingelbrett aufgelisteten Namen.

Der Sachverhalt, unbekannte Täter entzünden unter einem Reisebus der Bundeswehr unbekanntes Brennmaterial, wird am frühen Morgen dem Landeskriminalamt übergeben. Man entschließt sich der Spur zu folgen, die die Polizeiobermeisterin aufgetan hatte. Alle Namen vom Klingelschild werden mit dem Melderegister abgeglichen und im polizeilichen Auskunftssystem überprüft. Im Verlauf des Vormittags ergeben sich weitere Erkenntnisse. Ein Beamter hatte sich Zugang zum Hausflur verschafft und dort vor einer Wohnung mehrere Schuhpaare der Marke New Balance entdeckt. Solche hatte seine Kollegin bei einem der Verdächtigen gesehen. Die dort gemeldeten Personen werden nochmal überprüft. Und siehe da: Gegen zwei Bewohner wurde bereits wegen Körperverletzung ermittelt, einer ist außerdem als „Straftäter linksmotiviert" gelistet.

Das reicht Staatsanwalt X für eine Hausdurchsuchung, Ermittlungsrichter Y vom Dresdner Amtsgericht ordnet sie mündlich an. Ein Beamter des 52. Dezernats PMK-links beim Landeskriminalamt leitet den Einsatz. Weil niemand da ist, wird die Wohnung aufgebrochen. Bei der Durchsuchung aller Zimmer, Schränke, Schubladen, Papierstapel, Ordner, Wäscheberge und Mülleimer stoßen die Beamten auf Hinweise zu einer Person, die woanders gemeldet ist: Garfunkel. Zwei Beamte fahren zur Meldeadresse und klingeln. Garfunkels Cousine, minderjährig, macht auf. Weil sonst niemand da ist, beantwortet sie alle Fragen. Garfunkel sei ausgezogen, kommt nur noch sporadisch zum Essen und so weiter. Die Minderjährige willigt ausserdem ein, dass sich die Beamten in der Wohnung umsehen dürfen. Wegen der Möglichkeit zur Besichtigung wurde auf eine Durchsuchung verzichtet, heißt es dazu in einem Aktenvermerk.

„Ihr seid wirklich schlimmer als euer Ruf!" habe Simon gerufen, als er die aufgebrochene Tür und die vielen Leute in seiner Wohnung sieht. Warum hat die Polizei sie denn nicht gleich gestern Abend angesprochen? Warum sollten sie so blöd sein, einen Bundeswehrbus anzünden und sich dann noch ewig da rumdrücken? Was sind das überhaupt für Ermittlungsmethoden? Er habe gleich Äußerungen zur Sache gemacht, wusste also genau worum es geht, steht im Durchsuchungsbericht.

Nach dem ersten Schreck fällt Simon ein, dass man bei einer Hausdurchsuchung einen unabhängigen Zeugen bestellen kann, also will er einen. „Der bin ich, den können sie sich hier nicht aussuchen", habe ihm Staatsanwalt X geantwortet. Simon soll Garfunkel anrufen, Hauptkommissar übernimmt das Gespräch: „Kommen sie mal bitte her, es ist nichts Schlimmes". Um halb vier nachmittags betritt Garfunkel die Wohnung. An den Füßen: Schwarze New Balance, weißes N — wird vermerkt.

„Ich hab's dir gesagt" ruft Simon. „Ja du hast es gesagt", pflichtet Garfunkel bei. Frötzeleien über Ermittlungsmethoden werden ausgetauscht. Garfunkel versucht es bei der Polizei auf die Kumpeltour: „Wir haben doch mit sowas nichts am Hut." Ein Beamter lacht, dem Staatsanwalt reicht es dann. Die Beschuldigten sollen den Mund halten, Handys, Klamotten und Schuhe vom Vorabend werden beschlagnahmt. Dann geht's ab zur ED-Behandlung: Detailbild, Dreiseitenbild, Ganzkörperbild, Personenbeschreibung, Zehnfinger- und Handflächenabdruck. Zum Schluss verspricht der Hauptkommissar: „Wenn hier alles so stimmt, wie ihr's sagt, dann gebe ich euch ein Bier aus."

Genau der will ein paar Tage später aber einen Speicheltest. Richter Y vom Amtsgericht Dresden hat eine molekulargenetische Untersuchung der Beschuldigten ver-



anlasst. Denn am Freitag „setzen der Beschuldigte und der anderweitig Verfolgte den rechten vorderen Reifen eines Kraftomnibusses der Bundeswehr in Brand", was „eine gemeingefährliche Straftat mit offensichtlich ideologischem Hintergrund" gewesen sei. Simon stimmt dem Test zu, weil er hofft, seinen Rechner schneller wiederzubekommen, wenn er kooperiert. Garfunkel sagt nein. Dann passiert lange nichts.

Irgendwann dürfen ihre Anwälte dann mal in die Akten schauen: Videoaufzeichnungen der Straßenbahnen und von drei Tankstellen wurden sichergestellt, alle umliegenden Geschäfte und Betriebe nach Videoaufzeichnungen gefragt, Taxiunternehmen um passende Auskünfte gebeten. Die Bewohner von drei Häusern und die Mitarbeiter aller umliegenden Hotels und Restaurants wurden überprüft oder vernommen. Die Hotels wurden zusätzlich angewiesen, die Personendaten derjenigen zu übergeben, die laut Schlüsselkarten zwischen Mitternacht und 2 Uhr ihre Hotelzimmer verlassen hatten. Insgesamt wurden knapp 150 Personen mit Anschrift und Telefonnummer erfasst. Zu etwa 30 Personen, allesamt „Zufallsfunde" aus der Hausdurchsuchung bei Simon, werden Daten aus polizeilichen Auskunftssystemen gesammelt: erkennungsdienstliche Behandlungen, Straftaten, Typ und Kennzeichen privater Fahrzeuge, Einträge zu Beruf, Arbeitsplatz und Fußballverein.

Das Landgericht Dresden erklärte den Durchsuchungsbeschluss des Ermittlungsrichters am Amtsgericht Dresden acht Monate später für „rechtswidrig und „nicht tragbar". Eine eigenverantwortliche richterliche Prüfung der Eingriffsvoraussetzungen sei schlicht nicht erfolgt, weil „nicht jeder, der sich in der Nähe des Busses befunden und sich danach von diesem entfernt hat, Tatverdächtiger sein kann". Außerdem hatte es bei der Suche nach Beweisen „überhaupt keine Eingrenzungen"-gegeben. Dasselbe Gericht hebt später auch die Anordnung zu einer DNA-Analyse bei Garfunkel auf.

Noch bevor das passiert, rückt die Polizei vier Monate später zum zweiten Mal zur Hausdurchsuchung an. Diesmal nicht nur bei Simon sondern auch bei seinen Eltern. Die Brandstiftung an dem Bundeswehrbus wird ihm jetzt als Mitglied einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. In der Zwischenzeit wollen die Ermittler herausgefunden haben, dass er jemand ist, der Gewaltstraftaten „nicht abgeneigt" sei. Noch dazu sei eine SMS abgefangen worden, in der er „zugibt der Antifa anzugehören". Wie das kommt? Als am 19. Februar 2011 ein Dresdner Wohnprojekt von Neonazis angegriffen wurde, ist er hingefahren. Was bekannte Youtube-Videos zeigen, hat er live erlebt: Die Neonazis kommen, die Polizei fährt weg.

Die folgt nämlich einer anderen Spur: Einem „Gewalt-Handy", von dem aus linke Attacken orchestriert worden sein sollen. Polizisten durchsuchen am selben Abend das „Haus der Begegnung", inklusive Büro der Linkspartei und eine Anwaltskanzlei. An diesem Tag war dort der Info-Point für den Antinaziprotest. Die anwesenden mutmaßlichen Unterstützer des Bündnisses „Dresden nazifrei" werden am Boden gefesselt, einige kommen über Nacht in Gewahrsam. Rund 20 wird kurzerhand die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Knapp eineinhalb Jahre später wird das Verfahren eingestellt. Insgesamt ermittelte die Dresdner Staatsanwaltschaft gegen drei angebliche kriminellen Vereinigungen im Zusammenhang mit Versammlungen am 13. bzw. 19. Februar 2011 in Dresden — allesamt gegen mutmaßliche Linke.

Simon und Garfunkel landen in dem berühmten Verfahren gegen die „Antifa-Sportgruppe".

Es macht Schlagzeilen, als bekannt wurde, dass 896.000 Handydaten von Demonstranten gegen den Neonaziaufmarsch am 19. Februar 2011 gesammelt wurden — wegen dieser „Antifa-Sportgruppe". Einer der Demonstranten an diesem Tag war der Jugendpfarrer Lothar König. Im August reitet die sächsische Polizei auch bei ihm ein, durchsucht alles und schmökert in seiner Stasi-Akte. Warum?

Weil er der Anführer der Sportgruppe sein soll. Diese grelle Geschichte wurde lang und breit erzählt und medial intensiv begleitet. Aus dem Sportgruppen-Verfahren wird er irgendwann rausgenommen und dann einzeln angeklagt, wegen schwerem Landfriedensbruch. Über ein Jahr hat es gedauert, bis die Staatsanwaltschaft Dresden zustimmte das Verfahren einzustellen — gegen eine Zahlung von 3.000 Euro.

Im selben Jahr, also 2014, klappt die Staatsanwaltschaft im Sportgruppen-Verfahren die Akten zu. Vier Jahre lang wurde zeitweilig gegen bis zu 50 vorgeblich „gefährliche, gewalttätig organisierte“ Personen ermittelt. Ihre Grundrechte wurden dauerhaft außer Kraft gesetzt und die Privatsphäre all jener verletzt, die mit ihnen zu tun hatten. Hier wurde mit großem Besteck im Privatleben der Anderen geschnüffelt und absolut unterbelichtet daherkommende Täterprofile erfunden. Die Kampagne Sachsens Demokratie[1] hat die Akten analysiert: Leute, die ihren Freunden Tipps zu Computerfragen gaben, avancierten zum „IT-Experten der Gruppe“, PKW-Besitzer zu „Organisatoren“. Allein über eine Million Verkehrsdaten wurden im Rahmen dieses Verfahrens gespeichert.

Nach heutigem Kenntnisstand ein beispielloser Vorgang, der über die Jahre in der bundesweiten Presse mit Erstaunen und Entsetzen verfolgt wurde. Ein Umstand, der noch in Einstellungsbescheiden verächtlich obstruiert wird, mit der Bemerkung, das fehlende öffentliche Interesse wäre auch Grund für die Einstellung des Verfahrens. Dazu kommen urkomische Gründe, wie die angeblich nur geringfügige Schuld eines angeblichen Mitglieds. Komisch ist das, weil für eine Verurteilung die Mitgliedschaft und die Kenntnis der Ziele der kriminellen Vereinigung ausreichen. Individuelle Schuld hin oder her, kollektiv soll man für Verbrechen der „kriminellen Bande“ büßen.

Theoretisch. Praktisch hat es in Sachsen noch nie für eine Anklage gegen eine angebliche linke kriminelle Vereinigung gereicht. Aus parlamentarischen Anfragen seit 2010 lässt sich rekonstruieren, dass im Jahr etwa zwei Verfahren nach diesem Schnittmuster von der Staatsanwaltschaft Dresden geführt werden. Das heißt, es wird davon ausgegangen, es gäbe eine verschworene Gemeinschaft von 10 bis 20 soweit bekannt hauptsächlich männlichen Personen, mehrheitlich mit Wohnsitz in Dresden oder Leipzig, die mit krimineller Energie gegen „Personen des rechten Spektrums“ vorgehen. Schätzungsweise wurden in den letzten sechs Jahren über 100 Personen als Beschuldigte ermittelt. Diesen mutmaßlichen kriminellen Vereinigungen werden eine Handvoll angezeigte Straftaten zugeordnet, deren Zusammenhang in den Akten jedoch schwach bis nicht ersichtlich ist.

Die Täter sind zumeist unbekannt. In nur ganz wenigen Fällen können die mutmaßlichen Mitglieder der „Antifa-Sportgruppe“ mit den Taten unmittelbar in Verbindung gebracht werden. Als Indizien einer potentiellen Mitgliedschaft wurden scheinbar vor allem Einträge in einschlägigen Dateien der Polizei angeführt, die sich aber ebenfalls auf Verdächtigungen stützen. Um dort zu landen, reicht es an Demonstrationen teilzunehmen oder mit der Sonnenbrille durch Connewitz zu laufen.

Läuft die Telefonüberwachung erstmal, finden sich über die Auswertung der Kontaktdaten weitere „Verdächtige“. Häufigkeit des Kontakts scheint dazu einer nicht unwichtiger Faktor, sofern die Person dem Profil eines „gewalttätigen Nazischlägers“ entsprechen könnte. Neben Geschlecht und Alter ist offenbar Kampfsport ein alarmierendes Attribut für die Ermittler. Weil er ausgerechnet dort Trainer war, wo, laut Aussagen eines Neonazis die „Antifa-Sportgruppe trainiert, wurde eine 28-Jähriger kurzum zum Mitglied erklärt.

Nach diesem Schnittmuster wurde auch das § 129-Verfahren gegen mutmaßliche Verdächtige aus dem Umfeld des Leipziger Fußballvereins BSG Chemie Leipzig ab 2013 bis Ende 2016 geführt. 14 Beschuldigten wurden Körperverletzung, Sachbeschädigung und Beleidigung vorgeworfen. 70 Leitz-Ordner dokumentieren langfristige Telefonüberwachungen, Observationen von Personen und Objekten, Videoüberwachungen und Funkzellenabfragen per IMSI-Catcher. Über 800 Bestandsdaten, also Telefonnummern und Namen etc, wurden gespeichert und 125 000 Verkehrsdatensätze, also Verbindungen, ausgewertet.[2]

Bekannt wurde das Verfahren, weil auch gegen einen Fansozialarbeiter der BSG Chemie beschuldigt wurde Teil der kriminellen Vereinigung zu sein: Weil er intensiven Kontakt zu Fans pflegte, Räumlichkeiten zur Verfügung stellte und Fahrten zu Fußballspielen und zum sächsischen Landtag organisierte. Kernaufgaben der Fansozialarbeit wurden hier kriminalisiert. Auch das Rechtshilfekollektiv Chemie Leipzig stand nach eigener Aussage im Fokus der Ermittlungen. Beobachtet wurden Informationsveranstaltungen und es wurde verfolgt, wie die juristische Unterstützung von Fußballfans organisiert wurde.

Polizisten werteten darüber hinaus Gespräche mit Journalisten, Ärzten und Anwälten aus und verwursteten die hieraus gewonnen Informationen auch in übergeordneten Polizeidateien. Offenbar ganz ohne Unrechtsbewusstsein, denn diese Berufe genießen laut Gesetz einen besonderen Schutz. Ignoriert wurde offenbar auch das Prinzip der Gewaltenteilung, laut Rechtshilfekollektiv wurde ebenfalls die Kommunikation mit dem deutschen Konsulat in Prag ausgewertet.

Wann und wie hat sich die „kriminelle Vereinigung“ rund um BSG Chemie gegründet und ihre Ziele festgelegt? Auf solch essentielle Fragen liefern kiloweise Akten keine klare Antworten. Was aber zu erfahren ist: Aus ihrem „Selbstverständnis“ heraus hätten die Beschuldigten Neonazis abgelehnt. Das ist kein Alleinstellungsmerkmal, das ist in weiten Teilen der Bundesrepublik Staatsräson. Sogar Justizminister Sebastian Gemko ist ist entgegen der örtlichen CDU-Linie gegen Legida auf die Straße gegangen. Dabei könnte er viel mehr tun, er könnte in seinem Zuständigkeitsbereich nach dem Rechten schauen. Trotz aller Versuche, unter massiven Verletzungen fundamentaler Grundrechte eine „kriminelle Vereinigung“ zu konstruieren, scheiterte das Vorhaben: Sämtliche Verfahren wurden inzwischen eingestellt. •

1 siehe sachsens-demokratie.net **2** Aus einer Kleinen Anfrage des Grünen-Landtagsabgeordneten Valentin Lippmann geht hervor, dass mindestens 240 Personen als Gesprächspartner betroffen waren. 68.925 Verkehrsdatensätze seien gespeichert worden.

Leipzig: „Eins zwei neun“

Fans, Fanprojekt und Rechtshilfe im Visier der Sächsischen Generalstaatsanwaltschaft

Im November 2014 erhielten Fans und Verein der BSG Chemie Leipzig im Rahmen einer hoch offiziellen Preisverleihung zum Sächsischen Demokratiepreis einen Anerkennungspreis für die Arbeit mit gflüchteten Kindern und Jugendlichen. Im selben Monat startete ein bei der Dresdner Staatsanwaltschaft angelegtes Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer Kriminellen Vereinigung.

Das Verfahren nach §129 StGB, das später von der Generalstaatsanwaltschaft des Landes übernommen wurde, richtete sich gegen 14 „Beschuldigte“, denen verschiedene Delikte — Körperverletzung, Sachbeschädigung und Beleidigung — vorgeworfen wurden. Unter ihnen waren auch einige Fans der BSG — aktiv in Verein und Fanszene. Betroffen waren auch Mitarbeiter des Fanprojektes und wir als Rechtshilfekollektiv Chemie Leipzig. Im November 2016 wurde das Verfahren ohne Ergebnis von der Dresdner Generalstaatsanwaltschaft eingestellt, die Beschuldigten erhielten allesamt einen Brief, in dem sie über der Beendigung des Verfahrens informiert wurden.

Der Umfang und die Dimension der Ermittlungen wurde nun mit Einsicht in die Akten bekannt. Die sächsischen Behörden haben das volle Repertoire an Überwachung eingesetzt um an Informationen zu kommen: Langfristige Telefonüberwachungen, Funkzellenabfragen, Observationen von Personen und Objekten, Einsatz von Videoüberwachungstechnik und sogenannten IMSI-Catchern gehörten ebenso dazu, wie das Erstellen von Bewegungsprofilen und die Analyse des Telefon- und Internetverhaltens. Unmengen von Datensätzen wurden generiert, allein 56.000 Verkehrsdatensätze — also aufgezeichnete Sprach und Textnachrichten — sind in den drei Jahren entstanden.[2]

Von den mehreren hundert „Drittbetroffenen“ der Ermittlungen wurden 177 darüber benachrichtigt, dass sie „mit-abgehört“ worden sind. Unter ihnen sind Ärzte, Rechtsanwälte und Journalisten — allesamt Personen mit einem gesetzlich attestierten Schutz als „Berufsgeheimnisträger“, aber auch Lokal- und Landespolitiker, SozialarbeiterInnen, Fußball- und Vereinsfunktionäre, Familienangehörige und ArbeitskollegInnen.

Die Überwachung und Kriminalisierung von sozialpädagogischen Mitarbeitern des Leipziger Fanprojektes ist eine von vielen ermittlungstaktischen Absurditäten des §129-Verfahrens. Hier lässt es sich „eindrucksvoll“ illustrieren, wie wahllos die Behörden im Rahmen ihrer Überwachungsmaßnahmen agierten und welche haarsträubenden Schlüsse sie aus ihren Observationen zogen. Bildungsfahrten, Räumlichkeiten des Fanprojektes und sozialpädagogische Angebote für und mit Fans waren Teil von Ermittlungsmaßnahmen. Die Kommunikation mehrerer Mitarbeiter des Fanprojektes wurde über einen längeren Zeitraum mitgeschnitten und ausgewertet. Die Grundvoraussetzung für sozialpädagogische Arbeit — ein Höchstmaß an Vertrauen und Klientenschutz — wurde damit quasi ohne Rücksicht auf Verluste ausgehebelt.

Die Anhaltspunkte, warum es sich bei den Betroffenen um eine „Kriminelle Vereinigung“ handeln kann, sind dabei so dünn wie skurril: eine „gemeinsame Identität“ reicht ebenso aus wie „gemeinsame Treffen“ in Fanprojekt-Räumen oder soziokulturellen Zentren, das „Versenden von SMS“ oder dass „man aus seinem Selbstverständnis heraus Nazis ablehnt“. An Absurdität ist die Ableitungs- und Kombinationslogik der Ermittler kaum zu überbieten. Dass der der Ermittlung zugrunde liegende § 129 insbesondere wegen seiner „Gesinnungsschnüffelei“ politisch äußerst umstritten ist, erklärt ein wenig den Kontext des Ganzen: So stellt er die Bildung oder Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“, bzw. das Werben für eine solche unter Sanktionen, die zwischen einer Geldstrafe und einem Gefängnisaufenthalt von bis zu fünf Jahren variieren.

Welche Anforderungen eine Vereinigung allerdings erfüllen muss, um auch das Prädikat „kriminell“ verliehen zu bekommen, ist weitgehend unklar. Im aktuellen Verfahren reichte es augenscheinlich, dass bestimmte Personen häufig miteinander kommunizierten, sich trafen oder gemeinsame Hobbys hatten. Einig ist sich die Justiz insoweit, dass erst ein auf längere Zeit angelegter Zusammenschluss von mindestens drei Menschen mit dem Zweck der Begehung von Straftaten die Einschlägigkeit des § 129 begründet.

Das Ermittlungsverfahren wurde Ende November 2016 „mangels hinreichenden Verdachts“ eingestellt, wohlgemerkt nach drei Jahren nahezu kompletter Aushebelung verschiedener Grundrechte!

Ihr Ziel, die Errichtung eines Kontrollschirms über große subkulturelle Personenkreise, angefangen bei Stadtteil-BewohnerInnen über Kulturschaffende und Spätverkaufseckensteher bis hin in die Fanszene der BSG, haben die Ermittler dabei erreicht.

So unangenehm das alles ist, etwas Gutes hat die Sache: Es sollte wachsam machen und das Bewusstsein schärfen, dass staatliche Kriminalisierung schneller passieren kann als man denkt. Wer glaubt, die Sache beträfe ihn nicht, der irrt. Dass subkulturelle Protagonist_innen — egal ob Fußballfans, Graffiti-Leute oder Besucher_innen von Punkkonzerten — samt ihrem Umfeld „qua ihrer Interaktion“ zum Hort von gesellschaftskritischer Schwerstkriminalität gemacht werden, ist sicherlich nicht ganz neu. Trotzdem verdeutlicht es immer wieder die „Irrationalität, Verselbständigung und Verwilderung des Rechtssystems“ — in Sachsen nochmal in seiner absurdesten, völlig außer Kontrolle geratenen Form.

Als Forderung kann daher nur der solidarische Umgang mit allen Betroffenen und die Abschaffung des sich immer wieder selbst bloßstellenden § 129 stehen! •

24. April 2017
Rechtshilfekollektiv Chemie Leipzig e.V., www.rechtshilfe-chemie.de

FRANKREICH

In Frankreich sind extrem rechte Skinheads weder zahlreich noch organisiert, aber sie sind in den letzten Jahren für mehrere Angriffe verantwortlich, von denen einige tödlich endeten. So sind gerade drei neonazistische Skinheads aus Nordfrankreich angeklagt, im Jahre 2011 den Gitarristen der Punk-Band Ashtones Hervé Rybarczyk ermordet zu haben. Die Polizei behauptete lange, es habe sich um einen Unfall gehandelt. In diesem Fall konnte der Schleier um die unklaren Beziehungen zwischen Polizei, französischem Nachrichtendienst und der neonazistischen Szene in Frankreich ein wenig gelüftet werden.

Neonazi-Mordserie aufgedeckt?

GASTBEITRAG VON „LA HORDE – MÉCHAMMENT ANTIFASCISTE “

Am 27. und 28. April 2017 wurden drei Mitglieder der Neonazi-Szene der Stadt Lille verhaftet. Sie sollen an den Morden von fünf „ertrunkenen“ Männern im Kanal der Deûle in Lille im Oktober 2010 und September 2011 beteiligt gewesen sein. Diese Fälle galten zunächst als gelöst, da die Polizei das Ertrinken mit dem Konsum von Drogen oder Alkohol begründete. Um zu verstehen, wer die Angreifer sind und warum sie so gehandelt haben, muss man sich die Geschichte der lokalen extrem rechten Skinhead-Bewegung in Erinnerung rufen: Im Jahre 1985 begründete Serge Ayoub, Spitzname „Batskin“ und Führungsfigur der neonazistischen Skinhead-Szene die erste extrem rechte Organisation „von Skinheads für Skinheads“. Zwei Jahre später gründet Ayoub innerhalb der Gruppe „Troisième Voie“ (TV, Dritter Weg)[1] die „Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires“ (JNR, National-Revolutionäre Jugend)[2], der es gelang, einige Neonazi-Skinhead-Gruppen zu vereinen. Die JNR fiel durch gewalttätige Angriffe auf AntifaschistInnen und MigrantInnen auf, etwa in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 1990 ,als Neonazis aus Le Havre und Paris — unter ihnen das JNR-Mitglied Régis Kerhuel, der sich „Madskin“ nennt — James Dindoyal, einen jungen Mann aus Mauritius ermordeten.[3]

Bemerkenswert ist, dass der „Front National“ (FN) noch Anfang der 1990er Jahre ein gutes Verhältnis zu den Skinheads zu haben schien. „Batskin“ behauptet sogar, dass die Partei mit ihm damals Kontakt aufgenommen hätte, damit er 1995 für die Kommunalwahlen kandidiere. Erst am 1. Mai 1995 musste sich die Partei distanzieren, nachdem Brahim Bouarram von Neonazi-Skinheads am Rande einer FN-Demonstration ermordet und in die Seine geworfen wurde.

2009 belebte Ayoub die Gruppe „Troisième Voie“ wieder, deren Ziel es ist, die verschiedenen extrem rechten Skinhead-Gruppen, die in ganz Frankreich[4] zersplittert sind, unter eine einzige Autorität zu bringen. Ayoub reaktivierte zudem die JNR, welche „Troisième Voie“ als Ordnungsdienst dienen soll. „Troisième Voie“ und JNR treten zum ersten Mal im Mai 2010 in Paris gemeinsam öffentlich auf, als sie neben anderen kleinen nationalistischen Organisationen wie der Groupe Union Défense (GUD, Gruppe Union und Verteidigung) an einer Demonstration zu Ehren Johanna von Orléans teilnehmen. In den folgenden zwei Jahren bestreiten sie weitere Demonstrationen, bis sich Troisième Voie im Jahr 2013 auflösen muss, nachdem der Angriff ihres Mitglieds Esteban Morillo und anderer Anhänger der Organisation auf den Antifaschisten Clément Méric tödlich endete. Wichtige JNR-Mitglieder neben Ayoub sind Jérémy Mourain aus Paris, die rechte Hand von Serge Ayoub in der Picardie, sowie Yohan Mutte, der Chef von Troisième Voie in der Stadt Lille und Umgebung.

Nach der Auflösung von „Troisième Voie“ gründet Mourain im Juli 2013 seine eigene neonazistische Gruppe, den „White Wolf Klan“, der aber mehr einer Sekte als einer politischen Gruppe ähnelt. Im März 2015 wird Mourain verhaftet, weil er wegen verschiedener Angriffe und Gewalttätigkeiten in der Picardie und in Nordfrankreich angeklagt wird, darunter wegen eines Mordversuchs an einem Mitglied der extrem rechten Nationalistes Autonomes (NA, Autonome Nationalisten) im Dezember 2012. Dazu äußerte sich Mourain mit der Begründung, der Mann habe sich während einer Demonstration von „Troisième Voie“ im Mai desselben Jahres Ayoub gegenüber respektlos verhalten. Damals hätte Ayoub ihm befohlen, das Problem der NA zu „regeln“. Als Ayoub daraufhin verhört wird, distanziert er sich. Wie beim Prozess von JNR-Mitglied Régis Kerhuel wird er freigesprochen, während Mourain zu neun Jahren Haft verurteilt wird.

Anlässlich dieses Verfahrens sagen viele der Beschuldigten und Zeugen aus, so dass die Fälle der verschwundenen Männer am Kanal der Deûle rücken wieder in den polizeilichen Fokus. Zwei von den im März 2015 Verhafteten berichten von Jérémy Mourain und Yohan Mutte, die sie zu den „Antreibern“ aus Lille zählen: Mourain ha-



Alle Fotos: La Horde





Oben: Serge Ayoub und Claude Hermant.
Rechts: Die JNR in den 1980er Jahren (oben) und im Jahr 2012.

be sogar von einem Punk geredet, den sie erschlagen und dann in einen Kanal geworfen hätten. Dabei handelt es sich wohl um Hervé Rybarczyk, Musiker der Punk-Band Ashtones, der nach einem Konzert am 11. November 2011 nie nach Hause zurückkehrte.

Diese Aussagen zeigen, wie nachlässig die Kriminalpolizei der Stadt Lille ermittelt hat und wie Spuren des Verbrechens beiseite geschoben wurden, obwohl die Familien der Opfer nicht an einen Unfall glaubten. Obwohl die Ermittlungen schon im Juli 2015 wieder aufgenommen wurden dauerte es zwei weitere Jahre, bis die Justiz die Hauptverdächtigen erneut verhörte.

Die polizeiliche Nachsicht gegenüber den Neonazis überrascht lokale Antifagruppen nicht, da „Troisième Voie" zu dieser Zeit eng mit dem „Maison de l'Identité Flamande" (Vlaams Huis, Haus der Flämischen Identität) zusammenarbeitete. Das Vlaams Huis war Treffpunkt der Neonazis von „Troisième Voie" und den Identitären von Opstaan (dem Vorgänger von „Génération Identitaire"), unter ihnen Aurélien Verhassel, dem heutigen Chef vom Haus La Citadelle. Als Anhängern des Vlaams Huis galt auch der Chef der Kommunalpolizei von Lambersart. Es sei vorgekommen, dass Polizisten dort ihre Geburtstage feierten. Hinzu kommt, dass sympathisierende Polizisten den Neonazis Informationen über linke AktivistInnen weitergegeben haben sollen.[5]

Antoine Denevi, der „Troisième Voie" für ganz Nordfrankreich leitete und oft im Vlaams Huis war, soll auch an einem umfangreichen Waffenschmuggel teilgenommen haben, der von Claude Hermant, dem Chef vom Vlaams Huis, initiiert wurde. Dieses Netzwerk um Denevi und Hermant, das die Mörder von Hervé beeinflusst hat, soll dem Dschihadisten Amedy Coulibaly das Sturmgewehr und die Tokarev-Pistolen besorgt haben, mit denen er am 9. Januar 2015 während der Geiselnahme im Supermarkt östlich von Paris vier Opfer erschossen hat.[6]

Es stellte sich heraus, dass Hermant ein Spitzel der Polizei war, der die Waffen lediglich auf Wunsch der Sicherheitskräfte geliefert haben will. Wie die Zeitungen Mediapart und La Voix du Nord berichteten, sollen auch die Polizei, die DCRI (Direction C du Renseignement Intérieur, der Nachrichtendienst), die Gendarmerie (das Militär) und die Zollpolizei bei diesem Schmuggel eine Rolle gespielt haben.[7] Die Staatsanwaltschaft versuchte, die innerhalb weniger Monate begangenen Morde am Kanal der Deûle mit der Tat eines Serienkillers zu erklären. Uns ist bekannt, dass die Mitglieder dieser Gruppe sich jede Woche in der „White only"-Kneipe „La Citadelle" trafen, die im letzten Herbst eröffnet worden war und die von den Behörden trotz zahlreicher Proteste nicht geschlossen wird. Die für den Mai 2017 geplante Demonstration in Erinnerung an Hervé Rybarczyk wurde hingegen polizeilich untersagt und mit Hilfe der berittenen Polizei und anderer Spezialeinheiten verhindert. Es stellt sich die Frage, welches gefährliche Spiel die Sicherheitskräfte hier mit den neonazistischen Aktivisten spielen. •

1 Diese antisemitische national-revolutionäre Splittergruppe, die sich von der faschistischen Tradition inspiriert, wurde 1984 von Jean-Gilles Malliarakis gegründet. 2 JNR, National-Revolutionäre Jugend. 1989 verlassen die JNR Troisième Voie und werden dann zu einer selbständigen Organisation. 3 James Dindoyal wurde zum Trinken von Säure gezwungen und im Anschluss ins Hafenbecken von Le Havre geworfen wurde. Zwar entkam er dem Ertrinken, verstarb jedoch an inneren Verletzungen. Im Oktober 2000 werden Régis Kerhuel und Joël Giraud zu 20 Jahren Haft verurteilt, während Ayoub, der Kerhuels Alibi war, behauptet, er wäre zur Zeit des Mordes in Japan gewesen. Er wird freigesprochen. 4 U.a. Front des Patriotes (Patriotenfront) in Limoges, Lyon Dissident in Lyon, Opstaan in Lille, Picard Crew in Amiens 5 Vgl: cettesemaine.info, 21. August 2009: Vidéo de la Maison flamande: le point sur l'affaire 6 Vgl. Le Monde, 13. April 2016: Un Français interpellé en Espagne pour trafic d'armes 7 Vgl. mediapart.fr vom 7. Mai 2016: Karl Laske: Quatre services de sécurité connaissaient les fournisseurs d'armes de Coulibaly

USA

Der Journalist Spencer Sunshine, der seit über zehn Jahren extrem rechte Bewegungen in den USA beobachtet, fasst die wichtigsten Momente einer gewalttätigen neuen Bewegung, die er als „unabhängigen Trumpismus“ (Independent Trumpism) bezeichnet, zusammen. Erstmals erschienen bei Colorlines.com, übersetzt von Frederik Fuß

„Freie Rede oder Tod“

Die wachsende gewalttätige Allianz zwischen Neonazis, rechten Paramilitärs und republikanischen Trumpanhängern

In den letzten Monaten war zunehmend eine neue, gewalttätige Form rechten Straßenprotests zu beobachten, welche Neonazis, Mitglieder der „Alt-Right“, des „Patriot Movement“ und republikanische Trumpanhänger vereint. Ich bezeichne diese neue Art der Bewegung als „unabhängigen Trumpismus“. Zwei Dinge unterscheiden diesen von gewöhnlichen rechten Protesten. Erstens finden die Demonstrationen zur Unterstützung des Präsidenten statt, werden aber außerhalb der Strukturen der Republikaner organisiert. Zweitens gesellen sich „normale“ Republikaner zu weißen Rassisten (White supremacists), besonders wenn Kundgebungen unter dem Motto der Redefreiheit angekündigt werden.

Im Juni 2017 riefen „unabhängige Trumpisten“ zum landesweiten „Marsch gegen die Scharia“ auf, es wurden tausende von Menschen in 28 Städten in 20 Staaten erwartet. Ausgegeben als „Marsch für die Menschenrechte“ wurden verschiedene Bündnisse von „unabhängigen Trumpisten“ erwartet.

Die Zukunft dieser Koalitionen ist unklar, aber die Unterstützung von Trumps Kurs gegen Migrant_innen, Muslim_innen und LGBTQ's verbindet die verschiedenen Fraktionen. So eindeutig, wie sie ihre Gegnerschaft zu antifaschistischen und antirassistischen Ideen und Demonstrationen ausdrücken, scheint es, als sei das Tabu der Zusammenarbeit mit extrem rechten Rassisten gebrochen.

Was geschah in den sechs Monaten, die diesem Ereignis vorausgingen: Ein Vortrag am 20. Januar 2017 an der Universität Washington in Seattle von Milo Yiannopoulos — ein notorischer Twitter-Troll, leidenschaftlicher Trump-Anhänger, ehemaliger Breitbard Redakteur und führender Kopf der „Alt-Right“ — wurde mit großen Protesten konfrontiert. Das Ehepaar Marc und Elizabeth Hokoana kam mit Pfefferspray und einer Pistole bewaffnet zur Veranstaltung um Demonstrant_innen zu attackieren. Nachdem der Gegendemonstrant Joshua Dukes Marc sich gegen den Einsatz des Pfeffersprays stellte, schoss ihn Elizabeth in den Bauch. Nachdem bekannt wurde, dass Yiannopoulos plante, bei einem Vortrag am 1. Februar an der Universität von California, den die Republikaner des Berkeley College sponserten, Studierende ohne gültige Aufenthaltserlaubnis zu outen, fanden sich tausende Studierende zum friedlichen Protest ein. Als 150 Anarchist_innen Feuerwerkskörpern zündeten, Fensterscheiben zerschlugen und Yiannopoulos Anhänger_innen attackierten, sagte die Universitätspolizei den Vortrag aus Sicherheitsgründen ab. Trump ließ daraufhin per Twitter verlautbaren, dass die bundesstaatliche Finanzierung der Universität einbehalten werde, da „sie keine freie Rede erlauben und Gewalt mit Menschen, die einen anderen Standpunkt haben, ausüben.“ Landesweite Aufmärsche „unabhängiger Trumpisten“ am 4. März 2017 waren die ersten großen Versuche, nach den Wahlen eine Präsenz auf der Straße zu organisieren. In der Vergangenheit bestand ein gesellschaftliches Tabu mit Rassisten offen zusammen zu arbeiten und es reichte meistens, diese zu outen, damit Republikaner die Zusammenarbeit beendeten. Doch die Stimmung, die Trump kreierte, besonders durch seinen Schulterschluss mit der „Alt-Right“, brachte dieses Tabu ins Wanken. So schlossen sich trumptreue Republikaner den Rassisten an. In Lake Oswego, Oregon, marschierte der KKK-Vorsitzende Steven Shane Howard neben Aktivisten der „III%er“, einer dezentrale organisierten paramilitärischen rechten Gruppe, die gewöhnlich nicht mit erklärten Rassisten kollaboriert. In Denver liefen Neonazis mit „III%ern“ und zwei antimuslimischen Gruppen — den Kriegern Odins und den Bikern gegen radikalen Islam — auf dem Marsch für Trump am Capitol Building. Am Trumpmarsch in Berkeley nahmen zwar keine offenen Rassisten teil, doch trug er zur Formierung des „unabhängigen Trumpismus“ bei. Nach dem abgesagten Vortrag von Yiannopoulos suchten die Trumpanhänger Vergeltung und kamen in Kampfmontur. Unter ihnen Kyle Chapman, der, nachdem er mit Schild, Helm und einen Knüppel



Kyle Chapman, der mit Schild, Helm und einen Knüppel schwingend fotografiert wurde, ist zum Internetphänomen (Meme) „Based Stick Man geworden.

schwingend fotografiert wurde, zum Internetphänomen (Meme) „Based Stick Man" avancierte. Dies inspirierte mehr militante Aktionen und wurde zu so etwas wie einer Straßenkampf-Uniform. Die „Patriot Day Free Speach Rally" am 15. April 2017 in Berkeley war eine rechte Demonstration mit landesweiter Mobilisierung, der sich auch die „Alt-Right" sowie die paramilitärische Gruppe „Oath Keepers"[1], deren Anführer Stewart Rhodes eine Rede hielt, anschlossen. Neonazis verbrachten den Tag Hitlergruß zeigend Seite an Seite mit "gemäßigten" Rechten. Nathan Domigo, ein führender Vertreter der „white supremacist", wurde gefilmt, als er eine Antifaschistin schlug. Das Video wurde zum „Alt-Right" Internet Hit. Die Komplexität dieser Veranstaltungen zeigt sich daran, dass sich eine beträchtliche Zahl von Schwarzen unter den Trumpanhänger_innen befand. Hunderte von Antifaschist_innen versuchten erfolglos, den Aufmarsch zu stoppen. Die „Oath Keepers" erklärten den Tag auf ihrer Internetseite zum „totalen Sieg von epischem Ausmaß."

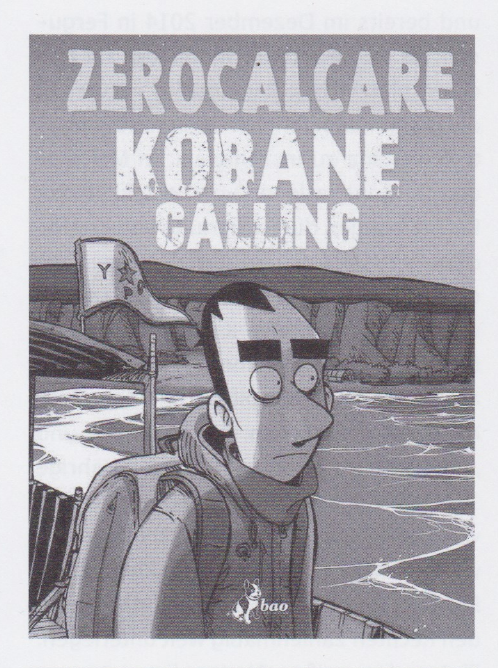
„Jagdsaison auf Antifas"

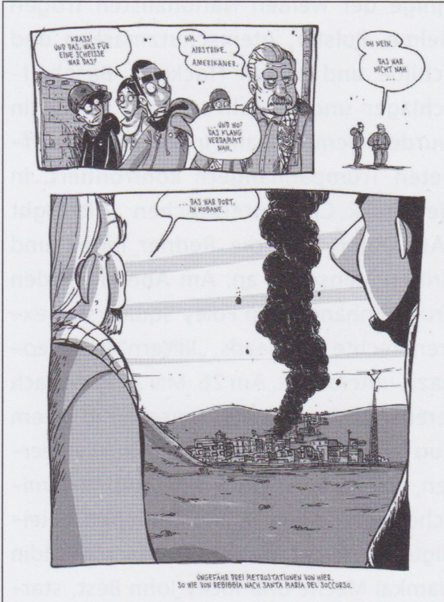
Am 21. April 2017 verkündete Kyle „Based Stick Man" Chapman via Facebook die Gründung des „Fraternal Order of Alt Knigths" (FOAK). Das „Southern Poverty Law Center" beschrieb sie als eine Kampfgruppe. FOAK ist assoziiert mit einer anderen gewalttätigen „Alt-Right" Gruppe, den „Proud Boys", welche vom Co-Gründer des „Vice Magazine" Gavin McInnes angeführt wird. Teil ihres Selbstverständnisses ist es, die körperliche Konfrontation mit Antifaschist_innen zu suchen. Auf dem Weg zu einer Demonstration twitterte Chapman: „Ich erkläre die Jagdsaison auf Antifas offiziell für eröffnet. Zerschlagt sie!" Nach einer anonyme Drohung gegen die Republikanische Partei, sagten die Organisator_innen der jährlichen „rose parade" in Portland das Event ab. Stattdessen veranstalteten Mitglieder der „Alt-Right" und andere Rassisten am 29. April 2017 einen „Marsch für die freie Rede". Portlands Bürgermeister Ted Wheeler wurde dort gesichtet, wie auch Jeremy Christian — mit Baseballschläger, den Hitlergruß zeigend und rassistische Parolen brüllend — der im Mai verhaftet wurde, da er zwei Menschen erstochen haben soll, die sich mit zwei Frauen solidarisierten, die er als Muslima wahrnahm und beleidigte. Klassische Neonazis marschierten am 29. April 2017 in Pikeville, Kentucky auf. Die „Oath Keepers" beteiligten sich zwar nicht an der Demonstration, kamen aber um „die Redefreiheit zu schützen". Sie formierten sich gegenüber protestierenden Antifaschist_innen und sicherten mit der Polizei die Abreise der Neonazis ab. Dieselbe Aufgabe übernahmen die „Oath Keepers „ auch bei einer von Neonazis unterstützten Demonstration am 4. Juni 2017 in Portland und bereits im Dezember 2014 in Ferguson, als sie bewaffnete Mitglieder auf Dächern platzierten. Regelmäßig versuchen die „Oath Keepers" sich dennoch als neutrale Instanz zu inszenieren. Im Mai fanden Demonstrationen von verschiedenen Rechten gegen die Entfernung von Konföderierten-Denkmälern statt. Sie bewirkten eine Verschiebung von den „free speach rallies" hin zu offenen Kämpfen mit Antifaschist_innen. Zu einer Demonstration am 7. Mai 2017 mobilisierten die „Oath Keepers" gemeinsam mit Rassisten und „Alt-Right" AktivistInnen. Der diesjährige 1. Mai, an dem seit 2006 auch die Rechte von Immigrant_innen in den USA gefeiert werden, wurde ebenfalls zum Ziel rechter Proteste. In Nashville war die Mai-Demo den Rechten zahlenmäßig weit unterlegen. Einige der weißen Nationalisten trugen Helme, Polster, Atemschutzmasken und Schilde und hatten Hockey-, Baseballschläger und Gewehre dabei. In Austin wurden Demonstrant_innen mit bewaffneten Trumpanhängern konfrontiert. In New York City unterbrachen „Alt-Right „AnhängerInnen die Redner_innen und griffen Menschen an. Am Abend wurden Trumpanhänger am Foley Square von extrem rechte Skinheads, „III%ern" und Neonazis unterstützt. Am 26. Mai 2017 erstach Jeremy Christian zwei Menschen in einem Zug in Portland. Drei Männer intervenierten, weil er zwei Frauen mit antimuslimischen und rassistischen Sprüchen beleidigte. Zwei der Männer, Taliesin Myrddin Namkai Meche und Ricky John Best, starben. Micah David-Cole Fletcher überlebte. Im Gericht schrie Jeremy Christian: „Freie Rede oder Tod! Verschwindet wenn ihr die Redefreiheit nicht mögt… ihr nennt es Terrorismus, ich nenne es Patriotismus." •

1 Die Miliz „Oath Keepers" rekrutiert aktive und ehemalige Militärs, Polizisten und Sanitäter. Sie vertreten eine Mischung aus verschiedenen Verschwörungsideologien.

Kobane Calling — Gesichter, Worte und Kritzeleien von Ribibbia bis zur türkisch-syrischen Grenze

Text & Zeichnung: zerocalcare
Avant-Verlag 2017
272 Seiten , schwarzweiß, Hardcover,
24.95 €





■ „Es ist die Auflösung, die mich fertig macht. Ich bin dabei eine gute Sachen zu machen, aber ich komme mir vor, als ob ich einen Knaller auf die Rektorin werfen würde. (die auf jeden Fall eine blöde Kuh war, was auch diese Sache moralisch rechtfertigt.)"

So beschreibt zerocalcare, Protagonist der folgenden Erzählung und Alter-Ego des gleichnamigen Comiczeichners, die verpixelte Stelle in einem Tortendiagramm in seinem Gehirn. Es ist ein Diagramm, das seine Motivationen aufzeigen soll, seine Motivationen nach Rojava zu fahren.

Da ist die Überzeugung, dass Rojava als Vorbild für ein friedliches Zusammenleben im Nahen Osten dient, da ist der Wunsch, eine andere mediale Perspektive zu schaffen und da ist das Ego des Comiczeichners, aber eine Stelle fehlt: „Hier, das vierte Stück, das grösste, verschwimmt, verpixelt sich. Völlig unklar, was das ist." Also nimmt uns zerocalcare in seiner Comic-Reportage „Kobane Calling" mit nach Kurdistan, um diesem verpixelten, grauen Fleck auf die Spur zu kommen.

Die erste Fahrt geht 2014 nach Mehser. Das liegt auf der türkischen Seite der Grenze. Gemeinsam mit einer Delegation von insgesamt acht Personen will zerocalcare Medikamente nach Kurdistan bringen, in Camps für geflüchtete Menschen helfen und eine Medienkampagne aufbauen. „Ungefähr drei Metrostationen von hier. So wie von Ribibbia nach Santa Maria del Soccorso." So weit ist Kobane entfernt, wo kurdische Kämpfer*innen gegen den sogenannten Islamischen Staat kämpfen. Es ist Nacht. Zerocalcare steht auf dem Dach einer Moschee. Von dort kann er in der Dunkelheit die Leuchtraketen drüben in Kobane sehen und die Schüsse hören.

Acht Monate später wird Kobane befreit und zerocalcare plant seine zweite Reise. Diesmal soll es auf die syrische Seite gehen, nach Rojava. Von der türkischen Grenzpolizei am Flughafen aufgehalten, die ihnen die Hilfsgüter abnimmt, erreicht die Gruppe schließlich mit einem Reisebus Erbil im Irak. Dort erhalten sie die Erlaubnis, Vertreter_innen der PKK in den Kandil-Bergen zu treffen. An dieser Stelle setzt zerocalcare bewusst eine Leerstelle im Erzählfluss ein, um keine empfindlichen Informationen weiterzugeben. Nach diesem Zwischenstopp können zerocalcare und seine Mitstreiter_innen endlich nach Rojava. Aus dem Gesellschaftsvertrag von Rojava zitierend überquert er die Grenze ins Kanton Cizîrê, um von dort ungeplant auch Kobane einen Besuch abzustatten.

Auf knapp 300 Comic-Seiten zeigt zerocalcare die Eindrücke und Erfahrungen, die er auf seinen Reisen gesammelt hat. Er beschreibt viele Gespräche mit Kämpfer_innen an den verschiedenen Orten und Zivilisten mit unterschiedlichsten biographischen Hintergründen. So schafft er einen unmittelbaren Zugang zu den individuellen Geschichten der Figuren.

In Zwiegesprächen mit seinen imaginären Freunden, einem Gürteltier, einem Mammut und einem Schwein, ergänzt er diese subjektiven Eindrücke durch historische und geographische Informationen. Ebenso verbindet der Comiczeichner gekonnt bedrückende Bilder von Krieg, Zerstörung und den Schicksalen der Kämpfer_innen mit humorvollen Anekdoten. Dies ist zum einen dem spannenden sowie ironischen Erzählstil des Zeichners geschuldet. Zum anderen dem Medium Comic, das, wie schon durch andere Comic-Reportagen gezeigt worden ist, durch seine spezifische Medialität prädestiniert ist, auch ernste Geschichten immer wieder auch humoristisch unterlaufen zu können, ohne dabei an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Erfrischend ist auch die selbstreflexive Transparenz, mit der zerocalcare seine eigenen Beweggründe und den Blick einer europäischen Linken auf Rojava immer wieder hinterfragt und versucht, dem verpixelten Fleck auf den Grund zu kommen. Aber lest selbst... •

Rassismus. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein
Annita Kalpaka, Nora Rätzel, Klaus Weber (Hg.), Texte kritische Psychologie 7, Argument Verlag 2017, 314 Seiten, 13,– €

■ 1986 erschien die Erstauflage dieses längst zum Klassiker gewordenen Buchs. Damals neu war der, in der Regel ignorierte, Fokus auf Alltagsrassismus und institutionellem Rassismus. Besonderes Augenmerk legte das Buch auf die Arbeit im sozialen Bereich. Dort war und ist meist das Bewusstsein für den Widerspruch zwischen ‚gut gemeint' und ‚gut' kaum vorhanden, da die Arbeit ja ‚sozial' ist, ergo nicht rassistisch sein kann. Die geringe Entwicklung seither macht die Notwendigkeit dieser Neuveröffentlichung aus. Frappierend ist, dass fast alle Themen seit der Erstveröffentlichung auch heute noch die Debatte bestimmen.

Die hervorragende Einleitung, die gekonnt und jenseits der oft polarisierten Auseinandersetzungen auf aktuelle Debatten wie z.B. um das Konzept ‚Rassismuskritik' statt ‚Antirassismus' oder ‚Critical Whiteness' eingeht, ist allein schon den Kauf wert.

Hier wird auch auf die unerquicklichen Evergreens hingewiesen, wie etwa ‚die Integration' als Voraussetzung des ‚Dazugehörens'. Bis heute fehlt bei den Integrationsredner_innen jeder belastbare Gedanke, was der Inhalt dieser Worthülse jenseits von beliebigen, willkürlich sich ändernden Forderungen zur Unterordnung und Anpassung sein soll.

In einer Endlosschleife geführt werden die inzwischen unzählbaren ‚Kopftuchdebatten'. Alle verlaufen entlang der ewig gleichen zwei Linien — zum einen der Linie patriarchale Unterwerfung bzw. Frauenrechte, zum anderen der Linie Ausdruckkultureller Identifikation. Dass diese Debatte ein Zeichen einer zutiefst rassistischen Gesellschaft ist, ist den wenigsten Beteiligten klar, weshalb der Untertitel ‚Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein' das Grundproblem treffend charakterisiert.

In Zeiten der AfD erfreut sich das Pseudoerklärungsmuster der ‚Ängste', der ‚Abgehängten', ‚Marginalisierten' oder sich davon ‚bedroht Fühlenden' als Motor des Rassismus trotz aller gegenteiligen Untersuchungen, Forschungen und Statistiken nach wie vor weiter Verbreitung. Dass hier vielmehr Normalisierungspraxen, die Zurichtung durch Unterwerfung sowie das Hinterfragen der eigenen Versagungen und dem daraus erhofften Gewinn als Aggressions- und Rassismusquelle wirken, rüttelt dann doch ein wenig zu sehr an den Fundamenten, als dass eine breite Rezeption auch nach über 30 Jahren zu erwarten wäre.

Die Neuauflage wurde um eine Kritik antirassistischer Erziehungskonzepte von Klaus Holzkamp und einer Analyse zu institutionellem Rassismus als gesellschaftliche Form der Herrschaftssicherung von Ute Osterkamp erweitert. Da es den Umfang des Artikels sprengen würde auf diese sehr lesenswerten Beiträge einzugehen, ist also die Anschaffung unumgänglich. Denn das Buch bietet sowohl eine Basis rassismuskritischer Reflexion der gesellschaftlichen Bedingungen als auch antirassistischer Praxis. Die Kenntnis (eigener) rassistischer Muster helfen im Kampf gegen eine strukturell rassistische Gesellschaft und ‚gut gemeinte', unbewusst paternalistische Verhaltensweisen, Ansätze und Konzepte zu reduzieren. •

Golden Dawn: A Personal Affair (2016)
Dokumentation, 90 Minuten
Mehr Infos unter:
https://goldendawnapersonalaffair.com

■ In ihrem 90-minütigen Film „Golden Dawn: A personal affair" begleitet die Regisseurin Angélique Kourounis die neonazistische Partei Chrysi Avgi aus Griechenland über einen Zeitraum von 5 Jahren. Die Aufnahmen begnügen sich nicht mit einer Wiedergabe der selbstinszenierten Auftritte. Vielmehr bieten sie eine dokumentarische Innenperspektive, die das vermeintlich soziale Bild der Partei nach außen mit dem inneren Kitt einer neonazistischen Ideologie, die sich in rassistischen Übergriffen und hierarchischen Strukturen äussert, kontrastiert.

Mit den landesweiten Wahlen 2012 konnten die Neonazis erstmals mit 21 Abgeordneten in das griechische Parlament einziehen. Angesichts dieses Erfolges setzte sich die bis dahin als Kleinstpartei agierende Chrysi Avgi in ganz Griechenland fest, eröffnete eine Vielzahl von Parteibüros und inszenierte sich immer wieder in der Öffentlichkeit. Dies reichte von Blut- und Essensspenden nur für GriechInnen, über Massenkundgebungen bis hin zu fast täglich stattgefundenen rassistischen Übergriffen.

Auf Grundlage ihrer eigenen familiären Biographie — Teile der Familie waren u.a. im griechischen Widerstand während der Besetzung des Landes durch deutsche Nazis aktiv — stellt sich Kourounis die Frage, wie diese wohl angesichts des sichtbaren Aufstiegs neonazistischer Kräfte heute reagieren würden? Ausgehend von dieser Fragestellung entscheidet sich die Regisseurin das Bild der sich ihr gegenüber moderat nationalistisch gebenden Chrysi Avgi kritisch zu kommentieren. Dies gelingt ihr besonders dann, wenn sie einzelne neonazistische AktivistInnen außerhalb der durchchoreographierten Parteiaktivitäten mit der Kamera begleitet und noch mehr, wenn sie Betroffene von Angriffen und Einschüchterungen zu Wort kommen lässt.

Diese personalisierten Einblicke werden immer wieder durch Schlaglichter auf die griechische Gesellschaft erweitert. Mit ihnen versucht Kourounis einen möglichen Erklärungsansatz für den Aufstieg der Chrysi Avgi zu liefern. Die europäische Austeritätspolitik, ein nicht mehr vorhandener Sozialstaat sowie die Verflechtungen der Neonazis mit Kirche und Polizei sind einige der im Film angesprochenen Punkte. Wenn auch die zwar spät einsetzende staatliche Repression sowie die Prozesse gegen die Führungsebene der Partei wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung größeren Raum einnimmt, macht der Film doch sehr deutlich, dass der aktive Widerstand von organisierten Antifa-Strukturen die stärkste Opposition gegen Neonazis in Griechenland darstellt. •

VOR 28 JAHREN

Das Umfeld des Ekkehard Weil

■ Im AIB Nr. 6 (1989) berichteten wir über den Berliner Neonazi-Terroristen Ekkehard Weil und sein politisches Umfeld. Weil wurde von der Westberliner Polizei als Tatverdächtiger für eine antisemitische Denkmalschändung ermittelt. Als Käuferin der hierfür verwendeten Schweinekopfhälften soll Pia B.[1] von Zeugen wiedererkannt worden sein.

Ekkehard Weil ist seit langem in der internationalen Neonazi-Terrorszene aktiv. Er hatte im November 1970 einen Wachsoldaten des Sowjetischen Ehrenmals am Brandenburger Tor beschossen und schwer verletzt. 1975/1976 reiste er mit weiteren Neonazis in Richtung Libanon, wo sie an einem militärischen Ausbildungslager teilnehmen wollten. Er wurde u.a. mit dem Kieler Gunnar P. und dem Berliner Günter Bernburg in Jugoslawien verhaftet. Sie wurden laut Berichten der „Frankfurter Rundschau“ mit Unterstützung des Berliner Neonazi-Funktionärs Johannes Kösling dort wieder herausgeholt. Der Mann von Pia B. ist in der Berliner Neonazi-Szene organisiert. Günter Bernburg wurde 1977 im Berliner NSDAP (AO) — und 1983 im ANS/NA-Prozeß[2] verurteilt. Am 1. August 1979 verübte Ekkehard Weil mit anderen Neonazis zusammen einen Brandanschlag auf das Charlottenburger Büro der „Sozialistischen Einheitspartei Westberlins“ (SEW). Ekkehard Weil wurde zu einer Haftstrafe verurteilt. In der Nähe des Büros war in der selben Nacht ein Auto in einen Unfall verwickelt, dessen Fahrer geflohen war. Das Auto gehörte Ingrid „Inge“ Röthke (geb. Ri.). Das Ehepaar Ingrid Röthke und Helge Röthke war in Berlin bekannt für seine Neonaziaktivitäten, etwa im „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)[3] und bei den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN).[4] Helge Röthke wurde mehrfach wegen Waffenbesitzes und Sachbeschädigungen verurteilt. 1978 saß er zusammen mit Michael Pohl von der „Hansa-Wehrsportgruppe“ in Westberlin vorübergehend in Untersuchungshaft.[5] Sie wurden u.a. beschuldigt, an einem Waffenraub aus dem Bundeswehrdepot in Reinbek beteiligt gewesen zu sein. Wenig erstaunlich, dass sich Ingrid Röthke in einem Artikel für Michael Pohl einsetzte.[6] Nachdem Ekkehard Weil 1979 nicht mehr von einem Hafturlaub zurückgekehrt und über Belgien und Frankreich nach Österreich geflohen war, wird er 1980 in Brüssel festgenommen. 1982 konnte er erneut aus deutscher Haft nach Österreich fliehen. Dort wird er wegen der Verübung von vier Sprengstoffanschlägen verhaftet. Einer dieser Anschläge war gegen das Haus von Simon Wiesenthal gerichtet. Einen Tag vor seiner Festnahme soll er sich mit dem „bevollmächtigten Repräsentanten“ des „Freundeskreises der Wehrsportgruppe Hoffmann“, Helmut Schönangerer getroffen haben. Die Festnahme Weils erfolgte durch die Aussage des Chefs der „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) Norbert Burger. Er verriet den Behörden, dass sich Weil in einem Zweitdomizil des NDP-Funktionärs Gernot Moser aufhielt. Weil wurde außerdem beschuldigt, ein Waffenlager angelegt zu haben, das „geeignet ist, eine größere Zahl von Menschen zum Kampf auszurüsten“. Er erhielt mit fünf Jahren die Höchststrafe für zwei nachgewiesene Sprengstoffanschläge auf jüdische Geschäftshäuser. Da die Österreicher ihn nicht vorzeitig laufengelassen haben, wurde er 1987 in die BRD abgeschoben, wo er seine Reststrafe antreten mußte.

Weil verfügt über gute internationale Kontakte zu NS-Terrororganisationen, u.a. nach Belgien und Österreich. Es ist unwahrscheinlich, dass Weil ein notorischer „Einzeltäter“ ist. Zu erwähnen bleibt noch die Tatsache, dass er wegen der Denkmalschändung nur vorübergehend festgenommen worden ist. Er wurde am 1. Juni 1988 aus der Haft entlassen. Genauso erging es Pia B., die als Käuferin der Schweinsköpfe identifizert worden ist. •

1 Bei Pia B., handelt es sich um die Ehefrau von dem Berliner Neonazi Günter Bernburg. 2 ANS/NA steht für Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten 3 Vgl. „Neues Deutschland“, 14. Januar 1978: Neofaschistisches Treffen fand in Westberlin statt 4 In: Wie kriminell ist die NPD?: Analysen, Dokumente, Namen, Buntbuch-Verlag, (1980), S. 130. 5 So berichtet 1979 der Fachautor Dr. Jan Peters in dem Buch „Neofaschismus: Die Rechten im Aufwind“ (Sozialpolitischer Verlag): „Helge Röthke und Michael Pohl wurden in West-Berlin festgenommen. Beide sind Mitglieder des Hansa-Ablegers „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung“ und des „Bundes Heimattreuer Jugend“ (BHJ).“ 6 Vgl. Anne Huhn/ Alwin Meyer: „Einst kommt der Tag der Rache“. Die rechtsextreme Herausforderung 1945 bis heute.

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
30. Jahrgang
Nummer 115 | 2.2017

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abonniert
das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 114

TITEL
Rechte Parallelwelten

NS-SZENE
Deutsche Neonazis in Ungarn

RASSISMUS
Rassistische Kontrollen und ein vergifteter Diskurs

INTERNATIONAL
Chile: Colonia Dignidad verurteilt



AIB 113

TITEL
Neue Bewegung von Rechts

NS-SZENE
NSU-Unterstützerkreis zwischen Chemnitz und Zwickau

RASSISMUS
Amerikas Rechte ist Weltmacht

INTERNATIONAL
Neonazigewalt in Finnland

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin


30
1987
2017
Antifaschistisches info Blatt
AKKTENZEICHEN
[PUNK, CHANSON,
TRESENHITS, ROSTOCK]
[STRSSNKMPF]
30 JAHRE HASSPOST
[MAIK MARTSCHINOWSKY,
LESEDÜNE]
ROTER HERING
[KLASSENKAMPFCORE, ROSTOCK]
TORWART BROS.
[KOMBINAT POGOPOP]
BLASFEMATIC
[SPRINGSTOFF]
30. SEPTEMBER
[EINLASS: 20 UHR]
ZUKUNFT AM
OSTKREUZ
[BERLIN]
ANTIFAINFOBLATT.DE
[TICKETS GIBT ES UNTER:
FIREANDFLAMES.COM]
AIB